DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG 1
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

86 8. JAHRGANG November '91 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

AUTO TEILEN, ABER WIE? DIE II.

In der Oktober-Ausgabe ging es ausgiebig um Car-Sharing. Neben der Vorstellung des bundesweiten Genossenschaftsmodelles interviewten wir Carsten Petersen von Stattauto Berlin, Kritiker dieses Modells. In der vorliegenden Ausgabe erklärt der Bundesvorsitzende der VCD Rainer Graichen, noch einmal ganz genau, wie es zu der Idee, eine bundesweite Auto-Teilen-Genossenschaft zu gründen kam, und worin der eigentliche Vorteil einer solchen Einheit besteht.
Seite 17

DRESDNER ALTERNATIVKULTUR

Über ein bundesweites Treffen verschiedener Träger unterschiedlicher Alltagskulturen in und einen Rasantstreifzug durch Dresden berichtet Ulli Berger auf Seite 2

BETRIEBE

Es gibt eben Solche und Solche. Auch im grafischen Gewerbe. Da sind die Einen, die in Lateinamerika mühevoll eine Druckerei zur Herstellung von Schulbüchern aufbauen, aus einer Garage mit 2 Kopierern eine Kooperative mit 50 Mitarbeitern und diverser Technik wachsen lassen, derweil die Anderen in Berlin die »Frühlingstage 1991« abhalten.
Die TeilnehmerInnen haben in angenehmer Umgebung gut gegessen und getrunken, die Reste sollen noch drei Tage gereicht haben...
In den Arbeitsgruppen wurde dafür auch nicht so eifrig mitgeschrieben und was dokumentiert wurde, ging durch ein dummes Mißgeschick verloren. Warum aber mußten ausgerechnet die Unterlagen der Arbeitsgruppe »Warum scheitert die Selbstverwaltung?« darunter sein?
Brandaktuell dokumentieren wir aus dem Rundbrief von tranfer e.V.: Die Frühlingstage 1991 auf Seite 4

Dem schlechten Image der Naturfarben setzt der Geschäftsführer einer Firma, die professionelle Naturfarben herstellt, einen aussage- und werbekräftigen Artikel entgegen.
Ob Grundierung, Oberflächenveredlung oder Problem Lösungsmittel-der Autor hat immer eine Meinung und teilt sie uns unerbittlich mit.
Zur Problematik Oberflächentechnik und Baubiologie äußerten sich die SchreinerInnen auf ihrem Treffen in Stetten.
Ein Bericht von Andreas Küstermann auf Seite 5

KOMMUNEN IN DEN USA

Der Kommuneforscher Fritz Vilmar, traf anläßlich der 3. Tagung der »Internationalen Vereinigung für kommunitäre Studien« in den USA auf eine Fülle radikalchristlicher, kommunitärer Traditionen.
Roman Schweidlenka berichtet über die Vorbereitungen zu einem internationalen Kommunetreffen in Washington im Jahr 1993. Das Treffen soll die Vielfalt und Vitalität der Kommunenbewegung feiern und Kommunarden aus aller Welt zusammenbringen, um gemeinsam Visionen und die Erfahrungen mit kooperativen Selbstversorgerlebensstilen auszutauschen. Insbesondere die Vernetzung mit Kommunenprojekten in Europa steht auf dem Programm. Nachzulesen auf Seite 7

FREIWIRTSCHAFT IN DER DISKUSSION

Wird der Werkzeugmaschinenbauer arbeitslos, so läßt er sich von seiner Frau die Haare schneiden. Die Einnahmen des Friseurs sinken, weshalb er wohl oder übel auf seine Gartenzwerge verzichten muß. Der Gartenzwergfabrikant ... usw.
... Freiwirtschaft contra Schulwissenschaft eine Gegendarstellung zu Jürgen Kauns Artikel im Oktoberheft ...
Seite 14, 15.

DATENFLUT

Plastikgeld am Pranger

Zum Thema »Datenflut« beginnt in dieser Ausgabe von CONTRASTE eine mehrteilige Serie. Zunächst steht das »Plastikgeld am Pranger« .... demnächst hören wir aber auch Neues über die zunehmende Computervernetzung der technikkritischen Szene (in der Dezemberausgabe) und – zum wiederholten Mal – über die Lage des Datenschutzes im ISDN-Zeitalter (im Januar).
Alle Beiträge hierzu angelten wir uns mit freundlicher Genehmigung der VerfasserInnen – teils selber bisher schon CONTRASTE-AutorInnen – aus einer sogenannten »Computer-Mailbox«, einer Art elektronischer Briefkasten.

Kurt Regenauer aus Nürnberg ● Kritische Beiträge zur Computerei, zu ISDN und zum Kartentelefon standen nur zu oft in dieser Zeitung. Neben der Telekom ist aber auch der Finanz- und Handelsbereich federführend in Sachen elektronischer Vernetzung. Die »Karte« kommt, kein Zweifel.

Ein Blick über die Grenzen nach Frankreich *zeigt nur zu gut, wo es lang gehen soll... Dort läuft bald nichts mehr ohne die unscheinbare Plastik*karte mit dem veräterrischen Magnetstreifen auf der Rückseite.

Genauso wie der digital erfaßte Anruf (ISDN) ist auch das »Geld ziehen« oder gar der Einkauf mit »Karte« damit verbunden, daß eine breite Datenspur personenbezogener Daten erhoben und gespeichert wird. Bewegungsprofile, Kauf- und Konsumpräferenzen sowie die Eckdaten der Finanzsituation der NutzerInnen werden bei jedem Kartengebrauch durch ein Computer-Autorisierungsverfahren erfaßt. Der elektronische Karten-Check erstellt also eine ständig wachsende Datei mit intimen Daten der betroffenen Teile der Bevölkerung.

Einen ungewöhnlichen Aktionsvorschlag machte unlängst das IKÖ (Institut für Kommunikationsökologie): Die betroffenen KarteninhaberInnen sollen nach einem Kauf mit »Karte« ihre Rechte auf informationelle Selbstbestimmung wahrnehmen und eine förmliche Anfrage tätigen, welche Daten an wen weitergeleitet wurden. Hierzu muß nach derzeitiger Rechtslage eindeutig Auskunft erteilt werden, wenn eine solche Anfrage erfolgt...

Mehr dazu auf den Seiten 7 bis 9

DATENSTAU

Kommunikationskollaps

Manchmal gelingt auch alles daneben (Murphys Law). Und auch CONTRASTE hatte bei der Produktion dieser Ausgabe beträchtliche Schwierigkeiten...

Es fing damit an, daß der Rechner der »Beratungsbüros Südschiene« bei einem der häufigen Umstöpselungsvorgänge zwischen Modem und Maus leise, aber verdächtig aufzischte. Er wollte damit wohl nur kundtun, daß künftig sein Disketten-Laufwerk geschrottet ist.

Jedenfalls kam fürderhin nichts mehr auf Diskette raus. Der gesamte Schwerpunkt zum Thema »Plastikgeld am Pranger« aber befand sich in seinem Innern, da bislang vorerst nur die CONTRASTE Redaktionen in Nürnberg und Dresden mit dem Computer telefonieren können. Und auf diesem Wege waren ja sämtliche Texte übermittelt worden.

Kaum hatte CONTRASTE Heidelberg davon Wind bekommen, machte sich der für die Produktion Verantwortliche auch schon auf den Weg, besser die Autobahn nach Nürnberg, einen CONTRASTE-Computer im Kofferraum. Eine Rechner-Rechner-Verbindung solte das Dilemma lösen und die CONTRASTE-Übertragung vornehmen. Allein, dem CONTRASTE-Computer gefiel es in Nürnberg überhaupt nicht. Er ließ sich nicht starten. Und der CONTRASTE-Programmierer in Frankfurt, der ihn schlau gemacht hatte, der schlief...

Also starteten jetzt gleich zwei Autos in Sachen CONTRASTE: eins in Richtung Frankfurt zum Programmierer und eins in Richtung Dresden zum Projekttheater-Computer, der auch viel Wissen zu dieser CONTRASTE-Ausgabe gespeichert hatte. Vielleicht ließen sich ja da Disketten holen... Weit gefehlt! Auch das dortige Laufwerk streikte.

Erst ein anderer zwischenzeitlich heimgekehrter Südschiene-Rechner – wieder in Nürnberg – ermöglicht zu guter Letzt die Datenübertragung...

Dem/der LeserIn mag CONTRASTE jedenfalls keinen Datenstau zumuten. 6 Jahre CONTRASTE wurden von CONTRASTE-Redakteur Waldemar Schindowski (»Waldi« aus Amsterdam) in mühevoller Kleinarbeit ausgewertet und registriert. Ergebnis ist ein dickes Sach-, Personen- und AutorInnen-Register, das zum Preis von DM 20,– über die Heidelberger CONTRASTE-Zentrale zu beziehen ist. ●

CONTRASTE-Register 1984 bis 1990
Themen, Personen, AutorInnen
DM 20,– bei CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20 · 6900 Heidelberg 1

P 8008 E

171

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
0-1000 Berlin 30

FLÜCHTLINGSKARAWANE

Solidaritätsgruppen planen Treck nach Straßburg

Eine Einladung der Europaabgeordneten Birgit Cramon-Daiber an die Dresdner Neustadt-Szene auf parlamentarischen Besuch wird auch vom Dresdner Ausländerrat wahrgenommen: dem Europaparlament soll eine Resolution überreicht werden. Unter Mitwirkung Nürnberger und Heidelberger Solidaritätsgruppen soll auf dem Weg nach Straßburg auf Kundgebungen und einer Infoveranstaltung über die Lage der AusländerInnen in den neuen Bundesländern informiert werden. Motto der ganzen, auch unter Mitwirkung von CONTRASTE entstandenen Aktion »Für ein Europa ohne Grenzen und Haß!«

Ein Jahr nach Aufhebung von Grenzen innerhalb unseres eigenen Landes geht es um die Mauern, die der Reichtum als Fundament des Europäischen Hauses bildet. Er ist die andere Seite der Armut in der restlichen Welt. Reich und arm können aber nicht durch Grenzziehungen und Stacheldraht voneinander getrennt werden. Für ein Anderes Europa treten Ausländerinnen und Deutsche aus Dresden ein, die in diesen Tagen eine **Flüchtlingskarawane** vorbereiten. Eine Delegation des Dresdner Ausländerrates wird bei dieser Gelegenheit dem Europäischen Parlament eine Resolution vorlegen, die Freizügigkeit für alle Flüchtlinge fordert.

Eine Zusammenarbeit mit ausländerpolitisch aktiven Gruppen in Nürnberg und Heidelberg soll es möglich machen, daß diese Delegation unterwegs auf Kundgebungen und einer Veranstaltung auf ihr Anliegen aufmerksam macht. Auftakt ist eine Kundgebung in Dresden am Freitag, den 15. November.

Fortsetzung ist am Samstag (16. November) auf einer Kundgebung um 11 Uhr in Nürnberg und auf einer Informationsveranstaltung um 20 Uhr in Heidelberg, ehe die Gruppe dann am Sonntag und Montag (17. und 18. November) von Verantwortlichen des Europaparlaments empfangen wird.

Wir sind sicher: der hierzulande auftretende Rassismus und die jüngste Welle der Gewalt gegen Fremde sind auch ein Ergebnis der sich ständig verschlimmernden Politik der verschlossenen Tür gegen AusländerInnen aus Nicht-EG-Ländern. Sie liefert die Stichworte und gibt die Anstöße »das Andere« auszugrenzen und führt zu der kleingeistigen Sichtweise, die Welt nurmehr aus der Perspektive des weißen Mannes zu betrachten.

Wir fordern ein Anderes Europa – ein wirklich offenes Europa der wirklich offenen Grenzen, daß seine Verantwortung auf der Einen Welt im Geist einer internationalen Kultur und Solidarität erkennt.

Die **Flüchtlingskarawane** versteht sich daher auch als Brückenschlag zwischen den Kulturen wichtiger Kulturstädte Europas (Dresden, Nürnberg, Heidelberg und Straßburg) und den Kulturen der Welt. Dies soll durch ein Kulturprogramm auf den Kundgebungen und der Veranstaltung deutlich werden. ●

- keine Vertreibung – Verwertung – Vernichtung!
- nie wieder Internierungslager!
- offene Grenzen, volle Freizügigkeit und Bleiberecht für alle!

Konvoi für ein Anderes Europa

- 15.11., 19 Uhr in Dresden vor dem Hygiene-Museum: Kundgebung
- 16.11., 11 Uhr in Nürnberg vor der Lorenzkirche: Kundgebung
- 16.11., 20 Uhr in Heidelberg im Autonomen Zentrum: Informationsveranstaltung
- 17. und 18.11. im Europaparlament, Straßburg

Nähere Informationen über:
Kulturstadt Dresden e.V.
Tiergartenstr. 82
O-8020 Dresden
oder
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
W-6900 Heidelberg 1

EIN STREIFZUG DURCH DIE KULTURSZENE DRESDENS

z.B. Dresden – eine Tagung zur Sozio-, Stadtteil- und Alltagskultur

Wer das Berliner Jugendradio DT64 (nach dem von der FDJ organisierten deutsch-deutschen Treffen von Jugendverbänden benannt) empfangen kann und am 5.10. abends auf Welle war, konnte an einer aufregende Kultur-Tour durch Dresdens neualte Szene teilnehmen.

Wandgemälde, entstanden während der Tagung »z.B. Dresden«, in der Dresdner Neustadt Foto: Franz Kröger

Von Ulli Berger, Redaktion Dresden ● Fünf Stunden begleiteten die Radiomacher die von den Dresdner Verkehrsbetrieben zur Verfügung gestellten Busse durch 18 verschiedene Szeneeinrichtungen: Vom Tagungsort SCHEUNE, dem vor der Öffnung bekanntesten Jugendclub Dresdens in den UNTEREN HECHT, einem seit 30 Jahren bestehenden Wohngebietsclub (Ausstellungseröffnung mit der Dresdner Band »Need a new drug« – zur CONNI, einer jüngst von Faschos zerstörten – inzwischen wiedereröffneten – Musikmitmachkneipe (Ausstellung mit Musik) – zum kleinen Eckkino CASABLANCA (Kurzfilmparty) – zum RIESA e.V., der eine Kneipe, Galerie, Druckwerkstatt und Kinderladen betreibt (Ausstellungseröffnung und Open Air mit den Dresdner Lokalmatadoren »Freunde der italienischen Oper« – zur KÜMMELSCHÄNKE, einem vor der Wende begonnenen Ökoprojekt, das noch in der Bauphase ist (Bauparty im Bierkeller und Ökofilme im Zelt) – zur PASSAGE, einem Neubauclubwürfel mitten im größten Dresdner Neubaugebiet (Kneipenabend mit Jazz) – zur ESPE, einem Neubaujugendclub ebenfalls in Gorbitz, der seit seiner Öffnung auch für rechtsradikale Jugendliche bundesweite Beachtung fand (Country-Musik im Zelt im Rahmen eines dreitägigen Herbstfestes) – ins THEATER 50, das mit einer Vorstellung »August der Schwache« seinen fünften Geburtstag beging – zum MÜLLERBRUNNEN, ein kleiner Veranstaltungsort in einer Etagenwohnung (Kabarett) – zum KREATIVSTUDIO, eine Erdgeschoßwohnung in einem Wohnhochhaus, betrieben von einer ehemaligen Opernsängerin (Autorenlesung mit Musik – ins SCHLOSS NICKERN, ein ehemaliger Jugendclub im Umbau (siehe CONTRASTE Nr. 84/1991) und jetzt Kulturanstalt (Ostern-Weihnachten-Performance unter dem Motto »Schwerter zu Zwangsjacken«, Kabarett, Rock und Filme der 60er Jahre) – zur FEUERWACHE LOSCHWITZ einem Kunstprojekt mit Atelierwohnungen (Kunstfest) – zum neualten Studentenclub BÄRENZWINGER, in dessen »tierischen« Räumen die Gruppe »Dekadance« spielte – zum bekannten Gewölbekeller JAZZTONNE, in dem brasilianische Dixilandmusik zu hören war – in den CLUB FÜR DICH, einer kommunalen Kulturkneipe mit Medienwerkstatt (Piano und polnische Filme) zum Cafe und Kunsthaus RASKOLNIKOFF, eins der neuen Neustadtprojekte in einem ehemals für den Abriß vorgesehenen Wohnhaus mit Hinterhof (Jazz, Filme, Disco, Diaperformance) – zum PROJEKTTHEATER, dem neuen Experimentierzentrum der Dresdner Schauspielszene (Solotheaterstück und Film) und wem es noch nicht reichte, konnte in der SCHEUNE noch Dresdner Nachwuchsbands erleben.

Mit dieser stattlichen Paralellschau Dresdner Abendkultur endete der erste Tag der Tagung »z.B. Dresden«. Die Vielzahl der Veranstalter, das Kulturdezernat Dresden, Kulturstadt Dresden e.V., Kulturpolitische Gesellschaft, Bundesvereinigung soziokultureller Zentren e.V. und die AG Stadtteilkultur Hamburg sprach für ein komplexes Programm. Der Grundkonsens bestand darin, ein bundesweites Treffen von unterschiedlichen Trägern aus unterschiedlichen Alltagskulturen sei begrüßenswert. Dazu gab es in der Frühphase der Planung ein ergeiziges Tagungsdidaktikkonzept.

Die Tagung sollte drei Ebenen bedienen:

1. Es sollte ein Forum für eine Fachtagung geschaffen werden.
2. Dresden sollte sich auch als alternative Kulturmetropole präsentieren.
3. Die Teilnehmer sollten etwas für Dresden Bleibendes produzieren.

Auf diese Ziele hin war das Programm geschmiedet. Die knappen Begrüßungsreden, zwei Vorträge mit theoretischen und zwei mit politischen Schwerpunkten sowie ein abschließendes Podiumsgespräch lieferten der Fachtagung das unvermeidliche Gerüst. Unvermeidlich deshalb, weil fast alle Tagungen so gestrickt sind. Folge dieser Frontalbehandlung ist meistens, daß das Abschlußpodium nur von Bruchteilen der zu Anfang begrüßten Gäste besucht wird.

Zur Präsentation Dresdner Kulturaktivitäten diente im wesentlichen die oben beschriebene Kultur-Tour mit DT64.

Gleichzeitig empfing die Tagungsgäste vor der »Scheune« ein Mittelding zwischen Stadtteilfest und Projektemesse (Theaterbus, Spielfeuerwehr, Filmmobil, Energiemobil, Wandbildprojekt, Drehorgel, Jazz, Puppenspiel, Trickfilme, Info-Stände, Handwerker, Trödler und Gulaschkanone). Dazu konnte man am ersten Nachmittag Dresden je nach bevorzugten Transportmittel erkunden: mit einem Szene-Bus namens KRAUSI (siehe CONTRASTE September '91), mit dem Pferdewagen, mit einer alten Feuerwehr, mit der Kinderstraßenbahn, mit Fahrrädern oder zu Fuß. Für diese quasi »kulturelle Prostitution« Dresdens sollten – nach Konzept – die Tagungsteilnehmer »gemolken« werden; sie wurden in der Einladung gebeten, ihnen wichtig erscheinende Materialien zur Vervielfältigung mitzubringen.

In vier dreistündigen Seminaren (1. Gewalt gegen Fremdes – eine Herausforderung für die Kulturpolitik? · 2. Zum Spannungsfeld zwischen selbstorganisierter und kommunaler Verantwortung – Widerspruch oder Symbiose? · 3. Stadtökologie – Brach- oder Nutzfläche der Kulturarbeit · 4. Vernetzung – horizontale Hängematte oder vertikale Seilschaft?) sollten weiterhin Texte, Thesen, Projekte, Adressen und Literatur gesammelt werden. Mit Technik und einem Redaktionsteam sollten daraus die DRESDNER KULTURNOTIZEN in Form eines tragbaren Aktenordners zusammengestellt werden. Jeder Gast hätte – je nach seinem Informationsbedarf – eine individuelle Tagungsmappe aus den von allen TagungsteilnehmerInnen gemeinsam zusammen erstellten Material mit nach Hause nehmen können; der ganze Materialpool wäre in und für Dresden geblieben.

Der Konjunktiv der letzten Sätze deutet darauf hin, daß nicht alles Geplante realisiert werden konnte. In der Tat gab es hinter den Kulissen ein erhebliches Gerangel. Ohne ins Detail gehen zu wollen, haben die KooperatorInnen ein fast komplettes Inventar an Mißverständnissen produziert: Denunziation, Klatsch, Teppichhändlermentalität, Feigheit, beleidigte Leberwürste, Vogel-Strauß-Politik, Aussitzen und sich blöd stellen. Die KooperatorInnen haben also grundsätzlich versagt, so daß es fast an ein Wunder grenzt, daß die Teilnehmer davon so wenig merkten. Für die Fachtagung war es ein beachtlicher Erfolg, daß am Abschlußpodium weit mehr als die Hälfte der 130 TeilnehmerInnen anzutreffen waren.

Die »Prostitution«, also Marktmesse, Erkundung und die DT64-Kultur-Tour, war ein voller Erfolg. Nicht nur die TeilnehmerInnen, sondern besonders die DT64-RedakteurInnen waren voll im »Dresden-Rausch«. Das Projekt der Kulturnotizen muß als gescheitert angesehen werden, obwohl jeder mit einem Sammelsurium an Papieren die Tagung verließ.

Trotz dieses relativen Erfolges – wie schlecht muß eigentlich das Gros aller anderen Tagungen sein – muß der Versuch einer kooperativen Gemeinschaftstagung zwischen verschiedenen Soziokulturträgern aus Ost und West als gescheitert angesehen werden.

Da Dresden als Tagungsort optimal geeignet ist und die Didaktik der Tagung vielversprechend war und ist, kann man nur hoffen, daß sich die MacherInnen oder Teile davon – spätestens 1993 zu einem zweiten Anlauf für ihr ehrgeiziges Projekt zusammenraufen. ●

Anzeige

IKA
Zeitschrift für Kulturaustausch & Kulturkalender "Dritte Welt"

IKA 41
WANDMALEREI

IKA 42/43
THEATERSZENE
SUDAFRIKA

IKA 44
Demokratie und Kultur in Afrika am Beispiel von
KAMERUN

Im Abonnement DM 24,-
Einzelheft DM 6,- (zuzügl. Porto)
Vertrieb:
IKA/Kulturbüro 3. Welt
Nernstweg 32-34, 2 Hamburg 50

ZUR SACKGASSEN-KOMMUNIKATION IN DER SOGENANNTEN ALTERNATIVPRESSE

Mit nur einem Ruder ... dreht sich das Boot im Kreis

»Seit fünf, sechs Jahren habe ich damit zu tun, was man 'Alternative Literatur', 'Gegenkultur', 'Klein-Verlage' etc.nennt. ...hätte ich in diesen anähernd sechs Jahren nicht eine Reihe von Jobs wie Gepäckarbeiter oder Nachtwächter gehabt, würde ich nicht für Rundfunk/TV/bürgerliche Feuilletons/Nackedeimagazine u.a. schreiben, könnte ich mir die 'Alternative-Szene' gar nicht erlauben.« bilanzierte Jörg Fauser vor etwa 15 Jahren.

Von Kai F. Böhne, Redaktion Heidelberg ● Konnte Fauser damals noch nicht direkt und deutlich die Finanzierungsfrage der AutorInnen ansprechen, so gilt heute diesbezügliches Nachfragen vielerorts bereits als aussichts- und pietätlos. Ja, die AutorInnen können froh sein, wenn sie von den Zeitungen/Zeitschriften überhaupt eine Rückmeldung erhalten. Bietet Mensch als AutorIn einer Publikation einen Text an, vergehen oftmals Wochen, ehe mensch – wenn überhaupt – eine Rückmeldung erhält. Im Falle einer Ablehnung sind viele Beiträge (Interviews, Reportagen) mittlerweile überholt und es erübrigt sich, sie anderen Zeitschriften anzubieten. Verschickt mensch gleichzeitig an mehrere Organe, kommt es mitunter zur gleichzeitigen Veröffentlichung und zu Mißstimmungen. Aber auf die Idee, sich vorab mit den AutorInnen in Verbindung zu setzen, kommen die wenigsten Zeitschriften.

In bürgerlichen Presseorganen ist es Usus, den AutorInnen umgehend eine Benachrichtigung zukommen zu lassen. Die Alternativpresse hingegen, von der Helmut Loeven 1972 den Ehrgeiz fordert »die bürgerliche Presse zu überholen und in jeder Beziehung zu übertreffen: an Attraktivität, Informationsgehalt, Aktualität der Thematik, Sprache, Layout etc.« ist zum zügigen Feedback in den seltensten Fällen fähig (oder gewillt?).

Bin ich nun ein hoffnungsloser Nostalgiker, der von der heutigen sogenannten Alternativpresse ein Minimum der in den 70er und 80er Jahren aufgestellten Ansprüche einfordert? Oder gibt es sie real überhaupt nicht mehr, die sogenannte Alternativpresse? Nun denn, in jedem Fall können wir auf eine Gegenpresse scheißen, die nicht einmal in der Lage ist eine wechselseitige Kommunikation mit den AutorInnen herzustellen. Mit nur einem Ruder dreht sich selbst bei heftigster Anstrengung das Boot nur im Kreis.

Damit diese Vorwürfe nicht nur im blutleeren Raum stehen bleiben, sondern Fleisch werden, exemplarisch ein paar Namen. Von den größten der Szene: TAZ, Freitag, Hamburger Rundschau (oder gehören sie mittlerweile nicht mehr dazu?) bekam ich auf mehrfache Textangebote trotz teilweise telefonisch bekundeten Interesses überhaupt keine Antwort. Aber auch die drei bis vier Nummern kleineren Blätter: Flesch, telegraph(Ost-Berlin), Projektil (Münster), Dichtung & Wahrheit (Mainz) scheinen es nicht nötig zu haben, auf Textangebote zu antworten. Oft würde ja ein Postkarten Kurz-Echo ausreichen.

Selbst wenn die eingesandten Texte den ZeitschriftenmacherInnen zusagen und sie sich zum Abdrucken entschließen, scheint es in den seltensten Fällen üblich zu sein, dies den AutorInnen vorab anzuzeigen. So ist mensch mitunter bei der Frühstückslektüre der 'little Mags' überrascht, unverhofft auf einen eigenen Beitrag zu stoßen.

Auch AutorInnen Belegexemplare (und da es in den seltensten Fällen Honorare gibt, dürfen es ruhig 4-5 Hefte oder ein kostenfreies Jahresabo – wie zeitweise bei Ulcus-Molle üblich – sein) sind keine Selbstverständlichkeit. Zumindest die 'Graswurzel' reagierte auf einen entsprechenden Hinweis umgehend und freundlich. 'Dichtung & Wahrheit' (Mainz) und 'atom' (Lüneburg) hingegen drucken zwar ohne Rücksprache bzw. Genehmigung eingesandte bzw. anderenorts vorgefundene Beiträge ab, bleiben aber trotz mehrfacher Bitten um Stellungnahme und Belegexemplare starr, stur und stumm.

Was ist nun von dieser alternativen Einbahnstraßen-Kommunikation zu halten? Warum sich diesen Recherchestreß machen? Warum Telefon-, Foto- und Portokosten auslegen, die fast nie rückerstattet werden? Warum Redaktionsschlüsse einhalten und selbstgefälligen ZeitschriftenmacherInnen hinterherlaufen, wenn selbst minimale Kommunikationsformen nicht gegeben sind, ganz zu schweigen von dem von Jörg Fauser eingangs mit Recht eingefordertem Honorar? Der Trend vieler ehemaliger Kolleginen und Kollegen, in bürgerliche Feuilletons und Zeitgeist-Magazine abzuwandern, wird sich fortsetzen. Ein Problem nur: Nicht jede/r kann so einfach diesem scheinbar zwangsläufigen Trend folgen. ●

Anzeige

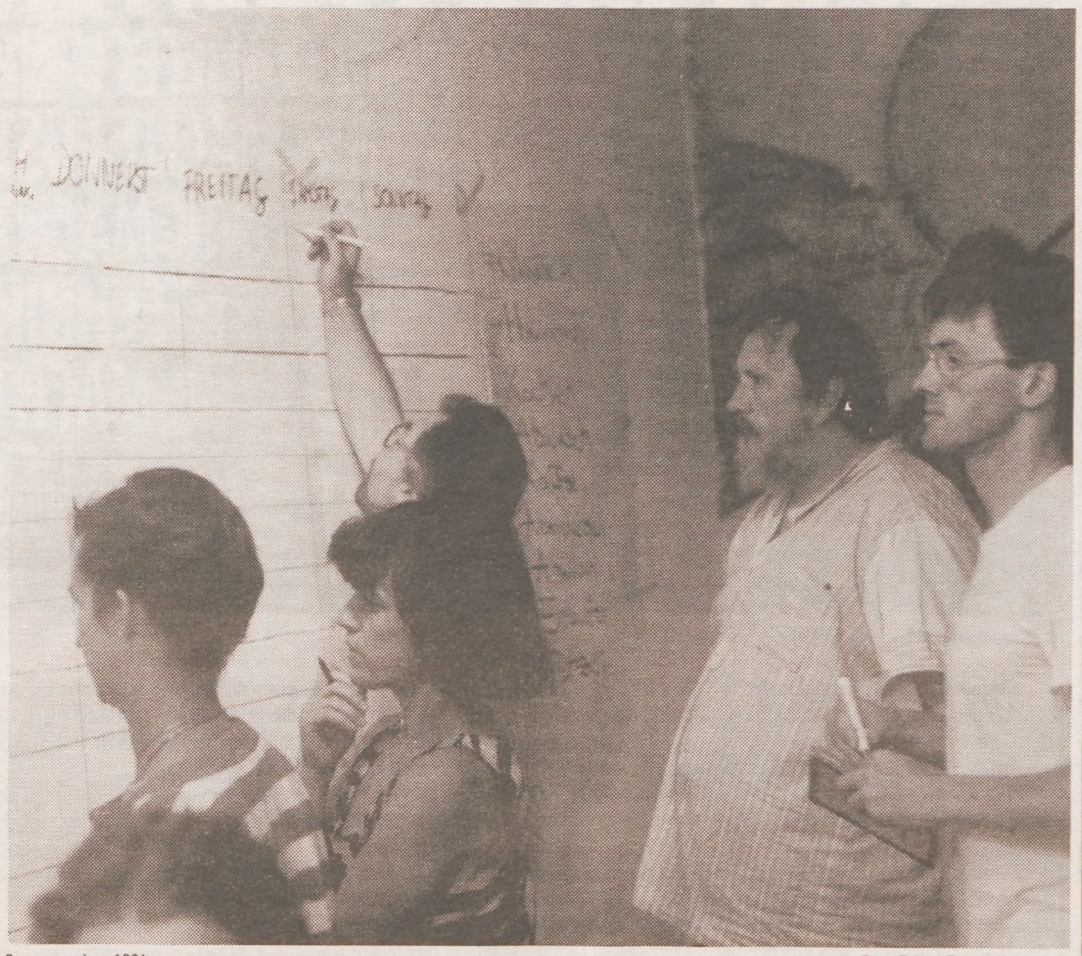
Joachim Raschke
KRISE DER GRÜNEN
Bilanz und Neubeginn

Hrsg. Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
Schüren Presseverlag
ISBN 3-924800-47-2
19,80 DM 224 Seiten

EIN SEMINARRÜCKBLICK

Utopie: Nirgendwo, überall oder wo ich bin?

Utopien waren das Oberthema des diesjährigen Sommerseminars des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie. Über zeitgenössische literarische Utopien, eine Utopie der fairen Trennung vom Kollektiv und die biographische Entwicklung persönlicher alternativer Ziele wurde intensiv gearbeitet und diskutiert.



Sommerseminar 1991 Foto: Echo / Eckard Holtmann

Von Burghard Flieger, Redaktion Sozialpolitik ● Perspektiven durch neue und alte Utopien? Für viele gegenwärtig wohl eher ein absurder Gedanke. Sieht es doch so aus, als ob von den jahrelang gehegten Wünschen, Tagträumen und Hoffnungen sozialer Bewegungen im Alltag nicht viel übrig geblieben ist. Sich ein wenig gegen diesen Zeitgeist stemmen, sich mit Inhalten und Möglichkeiten von Utopien auseinandersetzen, sich einmal wieder – wenigstens gedanklich – auf die Reise nach anderen Ufern zu begeben, aber auch sich mit den Gründen für den Abschied von vielen Utopien zu beschäftigen, dafür bot das diesjährige Sommerseminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie der AG SPAK einen Rahmen. Es fand vom 26.Juli bis 4. August im Tagungshaus Läufertsmühle in Neckargerach bei Heidelberg statt.

Mehr als 70 Teilnehmer und Teilnehmerinnen, einschließlich der vielen Kinder und Kurzbesucher, ließen sich auf das Thema Utopien ein. In drei Arbeitskreisen wurde eine Woche lang dargestellt, analysiert, geträumt, entworfen, entwickelt, gestritten und diskutiert. Unter den Titeln »Abschied vom Kollektiv« und »Der Stoff aus dem die Träume werden« versuchten zwei Gruppen mit persönlichem biographischen Material und Gefühlen sich dem Thema zu nähern. Die dritte ging »theoretischer« vor anhand zeitgenössisch literarischer Utopien.

Charakteristisch für alle drei Gruppen blieb, daß es kaum einmal um umfassende politisch-gesellschaftliche Utopien ging. Die individuelle oder kleingruppenbezogene Orientierung stand eindeutig im Vordergrund. Ein Interesse an gesamtverbindlichen Zukunftsvorstellungen fehlte – vielleicht auch der Glaube daran? Glück oder der biographische Lebensweg wird gegenwärtig von den meisten in der Gestaltung des Alltags gesucht, nicht aber über die Arbeit an einem besseren, utopischen oder auch realutopischen Gesellschaftsentwurf.

Abschied vom Kollektiv

Fruchtbar waren die Arbeitsgruppen dennoch allemal. Mit dem »Abschied vom Kollektiv« setzten sich vor allem MitgliederInnen von Projekten und Betrieben auseinander, die bereits ausgestiegen sind oder zumindest über einen Ausstieg nachdenken. U.a. führten Qualifizierungswünsche, aber auch die Folgen von Professionalisierung bei vielen zum Verlassen »ihres« selbstverwalteten Arbeitszusammenhangs.

Kritisch herausgearbeitet wurde, daß Kollektive die Veränderung der persönlichen Lebenslage ihrer Mitglieder meist nur unzureichend berücksichtigen. Ein Verstehen, ein Einlassen oder eine solidarische Auseinandersetzung über solche Veränderungen und gewandelte Lebensentwürfe sind offensichtlich in vielen Kollektiven – trotz meist anderslautender Ansprüche – nicht möglich. Folgerichtig stand am Ende der Arbeitsgruppe der Entwurf einer »Utopie des Abschieds« im Sinne einer für alle Seiten fairen Trennung.

Entstehen der persönlichen Lebensentwürfe

Über die Darstellung und Diskussion ihrer persönlichen Biographie näherten sich die Teilnehmenden einer zweiten Arbeitsgruppe dem Thema Utopie. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Fragen gelegt: Wie kam es zur Politisierung der einzelnen Personen? Läßt sich ein auslösendes Moment des Entstehens von Gegenentwürfen in uns lokalisieren und zeitlich festmachen? Inwieweit entsteht Politisierung aus individuellen Ängsten und Problemlagen wie »Langweile« oder »Einsamkeit«?

In allen biographischen Entwicklungen der Beteiligten gibt es keinen eigentlichen Knackpunkt, kaum ein »Saulus-Paulus-Erlebnis«. Charakteristisch ist vielmehr ein aus vielen kleinen und größeren Quellen gespeister Prozeß von Leiden, von Freude an aufbauenden Erlebnissen, aber auch die bewußte Entscheidung, die den oder die Einzelne schließlich zum Wechsel ins »alternative Lager« bewegt hat. Vor allem bei den Älteren wurde deutlich, daß sie sich in »jungen Jahren« mit großen Entwürfen und Theorien identifizierten. Dann kam eine Phase, in der sie Utopie auf einzelne überschaubare Gruppen bezogen hatten und heute stellen sie eher ihre Wünsche als Individuum in den Vordergrund: Wie möchte ich mich eventuell verändern und lernen, um als einzelner Mensch mit meinem Verhalten auch in meine »größeren Träume« zu passen?

Literarische Utopien

Bei der »Theoriegruppe« diskutierten die Teilnehmenden vor allem von anderen geschriebene, literarische Utopien. Dabei wurde den unter dem Pseudonym p.m. geschriebene Schrift bolo'bolo und der feministische Utopie »herland« von Charlotte Perkins Gilman am meisten Aufmerksamkeit geschenkt. Bei p.m. ist die Welt in ein breites, vielfältiges Spektrum an »bolos« unterteilt, die niemals mehr als 500 Personen umfassen. Sie bilden eine soziale und kulturelle Einheit. Bei der sozialen Gestaltung des einzelen »bolos« gibt es fast keine Begrenzungen. Sie reichen vom Banditen-, Anarcho- bis hin zum Stalin-Bolo. Insofern kann diese Utopie mit ihrer Vielschichtigkeit der Gruppen als Aufruf zur kuluturellen Vielfalt verstanden werden.

Dagegen wirkt die gedanklich geschaffene Frauen-Welt von Charlotte Perkins Gilman – anfang dieses Jahrhunderts geschrieben – eher zentralistisch und monumental. Ihr Vorzug ist die Umdeutung einiger wesentlicher Benachteiligungen von Frauen zur gesellschaftlichen Aufgabe. Eine Grundlage der Utopie stellt die kompromißlose Zusammenarbeit aller dar. Dabei sind ständige kulturelle Weiterentwicklungen durch Funktionen wie die der Kritikerinnen und Erfinderinnen in das »System« eingebaut. Auch die Erziehung ist vergesellschaftet. Alle Mütter – Männer gibt es nicht – sind für alle Kinder zuständig. Damit dies nach den die Utopie stark prägenden Nützlichkeitsdenken geschieht, gibt es jedoch gleichzeitig ausgebildete, besonders befähigte Erzieherinnen, die die Richtung der Erziehung bestimmen.

Die abschließende Diskussion drehte sich vor allem um die Frage der Umsetzbarkeit von Utopien. Eingebaute Realisierungsbarrieren durch Verlagerung an nicht existente Orte und fehlende konkrete Handlungsanweisungen wurden von einer Minderheit der Beteiligten besonders kritisiert. Daß hierin der Grund für fehlende Verwirklichungen von Utopien liege, akzeptierten die meisten nicht. Umfassendere Erklärungszusammenhänge konnten jedoch in der Kürze der Zeit nicht mehr entwikkelt werden. Offensichtlich besteht, so das Ergebnis einer Schlußrunde, wenig Zufriedenheit und Identifikation mit vorhandenen Utopien. Von ihnen werden gegenwärtig empfundene gesellschaftliche Defizite nur unzureichend »aufgehoben«. – Vielleicht muß eine aktuell zum Handeln anregende Utopie erst noch geschrieben werden? ●

(Eine Tagungszeitung – sie ist allerdings durch Gestaltung und Schreibweise vor allem an die SeminarteilnehmerInnen gerichtet – kann für 15,--DM bei Andrea Gerth, Löwenstr. 8, 6800 Mannheim 51 bestellt werden. An diese Adresse ist auch der Wunsch zur Aufnahme in einen Verteiler für zukünftige Seminare zu richten, sowie die Bestellung einer Selbstdarstellung des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie (3,--DM) und des Rundbriefs Alternative Ökonomie (8,--DM pro Ausgabe).)

NEUERSCHEINUNG

Stattbuch Ost

Die Arbeit an dem Buch ist der erstmalige Versuch einer Dokumentation über das Entstehen einer Projektelandschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nach dem Kollaps der autoritären Herrschaftsstrukturen.

Ein ganzes Jahr lang wurden Projekte recherchiert: ca. 2.000 finden sich mit Adressen und kurzen Selbstdarstellungen im Buch wieder. Diese Vielfalt von Projekten sollte in eine gebrauchsfreundliche Ordnung gebracht werden. 15 Rubriken von Alte Menschen über die Bereiche Frauen, Kultur, Politische Initiativen bis Umwelt und Naturschutz und viele Unterrubriken für die einzelnen Arbeitsschwerpunkte, außerdem ein Namens- und Ortsregister, ermöglichen eine schnelle Orientierung in dieser neuen Infrastruktur.

Neben den Kurzbeschreibungen der inhaltlichen Arbeit interessierte uns die materielle Grundlage (Finanzierung, Räume), auf der die Projekte ihre gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten, um so den ungeheuren Förderbedarf der Projekte dokumentieren zu können. Schließlich ist das Buch aber auch als ein Forum für die Öffentlichkeit zu begreifen, ermöglicht es doch Austausch, Solidarisierung und Vernetzung der Initiativen.

Dem Handbuchteil des Buches ist vorangestellt ein Leseteil, in dem VertreterInnen der Demokratiebewegung aus unterschiedlichen Positionen diese Umbruchphase resümieren. Zum einen gibt es Beiträge aus der Projektarbeit zu einzelnen thematischen Bereichen wie Dritte-Welt-Arbeit von Hans-Joachim Döring oder Claudia Kleinschmidt zu Frauenprojektarbeit am Beispiel der Frauenzeitschrift Y. Daneben dominieren allerdings thematisch übergreifende Texte: beispielhaft seien genannt der Artikel zur Stasi von Andreas Graf, Texte zur Geschichte der Oppositionsbewegung am Beispiel der grünen Bewegung von Carlo Jordan, der Frauenbewegung von Daphne Hornig oder der Initiative für Frieden und Menschenrechte von Wolfgang Templin und Reinhard Weißhuhn.

Der Vielfalt der Themen entspricht die Vielfalt der Mittel: so finden sich sehr persönlich gehaltene Beiträge, streng analytische Texte sowie Interviews, in die auch die persönliche Befindlichkeit der Gesprächspartner einfließt, neben den Collagen von Krause-Zwieback und den zahlreichen Photos – alles in allem ein Versuch, ein Stück neuer Ost-Wirklichkeit einzufangen. ●

Stattbuch Ost
– ein Wegweiser durch die Projektelandschaft
adieu ddr oder die Liebe zur Autonomie
Hg. Jeanette Albrecht · Matthias Büchner
· Manfred Rüdiger · Bettina Sondhauß
Mitherausgeberschaft:
für den Leseteil: Beate Bormann
für den Ökologiebereich: GRÜNE LIGA
1. Auflage 5.000 Ex., 546 S., ca. 150 Bilder,
Paperback, Preis 26,– DM
erschienen: September 1991
Stattbuch Verlag
Gneisenaustr. 2a · 1000 Berlin 61
☎ (030) 691 30 94

AGÖF: PROJEKTE-MAPPE

AGÖF-Institute stellen ihre Projekte vor

Mit der jetzt erschienenen Projekte-Mappe stellen Institute, die in der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute zusammengeschlossen sind, ihre Projekte vor.

So vielfältig wie die Arbeitsbereiche der AGÖF-Institute und -Büros sind – z.B. Energie, Radioaktivität, Chemie, Abfall, Umweltverträglichkeit, Umweltrecht, Baubiologie – so bunt ist auch die Zusammenstellung der Projekte-Mappe.

Aus dem Inhalt: Boden- und Flugzeug-Scanner, Umweltverträglichkeitsstudien, Bioindikation, Experten-Datei Umwelt, Holzschutzmittel in Kindergärten, Fernlehrgang Baubiologie, Verbandsklage im Umweltrecht, Klage gegen Müllverbrennungsanlage, Meßgerät zur Wasseranalyse, Radon in Innenräumen, Allergie-Therapie-Zentrum, Abfallvermeidung in Gießen... Die Mappe wird laufend ergänzt.

Die Projekte-Mappe ist gegen eine Schutzgebühr von DM 20,– (plus DM3,– Versand) zu erhalten bei der
AGÖF-Geschäftsstelle,
Rheingasse 8-10 · 5300 Bonn 1

Anzeige

Edition ID-Archiv
im internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam
Berlin - Amsterdam

Publikationen 1991

Agentur Bilwet
Bewegungslehre
Botschaften aus einer autonomen Wirklichkeit
Bewegung, Masse und Medien sind die drei zentralen Elemente mit denen die Amsterdamer Agentur BILWET ihre illegale Wissenschaft gegen die tägliche Langeweile, das Selbstmitleid und die Polit-Strategien setzt.
200 Seiten, 25,-DM (Best.Nr. 12)

Ingrid Strobl
Strange Fruit
Bevölkerungspolitik: Ideologien, Ziele, Methoden Widerstand
Die ernsthafte Beschäftigung mit dem Thema Bevölkerungspolitik beinhaltet eine grundsätzliche Konfrontation mit der herrschenden Norm, mit dem Wertesystem, das diese Gesellschaft prägt und den meisten Menschen quasi zur zweiten Natur geworden ist.
100 Seiten, 10,-DM (Best.Nr. 16)

Stefan Seifert
Lotta armata
Die Geschichte der Roten Brigaden
Eine Darstellung und Analyse des bewaffneten Kampfes in Italien, der einen Blick auf die Geschichte der bewaffneten Gruppen in der BRD herausfordert.
220 Seiten, 26,-DM (Best.Nr. 13)

diskus-Redaktion 1991 (Hg.)
Texte zur Neuen Linken
Analysen, Theorien, Interventionen und Diskussionen aus vier Jahrzehnten kritischer Intelligenz
ca. 400 Seiten, ca. 25,-DM (Best.Nr. 17)
gebundene Sonderausgabe 48,-DM (Best. Nr. 18)

Geronimo
Feuer und Flamme?
Ein unendlicher Fortsetzungsroman
Kritiken und Anmerkungen zur Lage der Autonomen
ca. 100 Seiten, ca. 10,-DM (Best.Nr. 15)

Wolfgang Rüddenklau (Hg.)
Störenfried
DDR - Opposition 1986 bis 1989
Die erste umfassende Darstellung der DDR-Oppositionsbewegung vor der "Wende" im Herbst 1989.
Gemeinschaftsausgabe mit "basisdruck", Berlin
ca. 400 Seiten, ca. 25,-DM (Best.Nr. 9)

Projektgruppe (Hg.)
Metropolen (Gedanken) und Revolution?
Texte zur Patriarchats-, Rassismus-, und Internationalismusdiskussion
Mit Beiträgen von I. Strobl, K. Viehmann, der autonomen LUPUS-Gruppe, den Revolutionären Zellen u.a.
168 Seiten, 14,-DM (Best.Nr. 11)

ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.)
aufruhr - widerstand gegen repression und 129a
Texte und Materialien
Beiträge von JuristInnen, Journalisten und politischen Gruppen zur Geschichte, Funktion und den konkreten Auswirkungen der politischen Unterdrückung in der BRD.
300 Seiten, 26,-DM (Best.Nr. 10)

ID-Archiv im IISG/Amsterdam
Verzeichnis der 'lieferbaren' Broschüren 1991/92
Das VdlB 1991/92 ist der zweite Versuch, den unübersichtlichen Bereich der 'grauen Literatur' (mit Bestelladresse) zu bibliographieren. ein wichtiges Arbeitsmittel für Läden, Initiativen und politische Gruppen.
240 Seiten, 28,-DM (Best.Nr. 307)

ID-Archiv im IISG/Amsterdam
Verzeichnis der alternativMedien 1991/92
Rund 1500 Zeitschriften, Radioinitiativen, Videogruppen und Mailboxen sind mit allen notwendigen Informationen nach Postleitzahlgebieten geordnet. Mit einem redaktionellen Teil zum Thema Gegenöffentlichkeit. Ein Nachschlagewerk für alle, die einen direkten Zugang zu den 'anderen' Medien suchen.
300 Seiten, 28,-DM (Best.Nr. 306)

Alle Bücher sind im Buchhandel erhältlich oder direkt bei
AurorA Verlagsauslieferung,
Knobelsdorffstr.8,
1000 Berlin 19, Tel.: 030/3227117

Bestellung:
Best.Nr. Preis
.....Ex. . . . . .
.....Ex. . . . . .
.....Ex. . . . . .
.....Ex. . . . . .
.....Ex. . . . . .
(plus 3,50 Porto/Versand)
○ Scheck liegt bei
○ per Nachnahme

Absender:

_____

_____

_____

_____

Datum, Unterschrift

GRAFISCHE BETRIEBE: FRÜHLINGSTAGE 1991

»Herrschaftszeiten«

Unter diesem Motto fanden die diesjährigen Frühlingstage in der Berliner »Fabrik Osloer Straße e.V.« statt, einem schönen Gewerbehof, in welchem eine Reihe von gewerblichen und kulturellen Betrieben und Projekten arbeiten.

Redaktion Grafische Betriebe ● Zu ihnen gehören die »Druckwerkstätten«, ein Siebdruckbetrieb der Anfang April dieses Jahres von einem Kollektiv übernommen wurde.

Die etwa 90 TeilnehmerInnen kamen in diesem Jahr aus etwa 40 Betrieben. Anders als in dern Vorjahren waren nur sehr wenige Betriebe mit mehreren TeilnehmerInnen vertreten.

Zum Rahmenprogramm gehörte auch in diesem Jahr wieder ein ausgedehntes Essen am Donnerstagabend – diesmal als Kaltes Buffet mit warmen Einlagen organisiert. Es zog sich wie üblich weit in die Nacht hinein, die üppigen Reste standen uns noch an den folgenden Tagen für kleinere Imbisse zur Verfügung.

Der inhaltliche Schwerpunkt der Frühlingstage war diesmal von KollegInnen unter Federführung von Ina aus dem Kartenhauskollektiv organisiert worden. Da die dafür vorgesehenen Beiträge jedoch nur den Nachmittag abdeckten, wurden für Freitag und Sonnabend Vormittag Arbeitsgruppen von transfer organisiert.

Die Arbeitsgruppen sind diesmal z.T. nicht oder nur ungenügend dokumentiert worden, sodaß wir leider weitgehend auf inhaltliche Zusammenfassungen verzichten müssen. Bei den zwei Arbeitsgruppen »Was ist kollektives Management« und »Woran scheitert Selbstverwaltung« ging durch einen ärgerlichen Fehler beim Umzug im transfer-Büro das gesamte von den TeilnehmerInnenn erarbeitete Material vor der Auswertung verloren.

Einladungsplakat zu den Frühlingstagen

DIE ARBEITSGRUPPEN

AG 1: Was ist »kollektives Management«, was nützt Organisationsberatung? Grundlegendes und Erfahrungen aus den Betrieben. Referent: Constantin Bartning.

Anhand einer Grafik wurde ein betrieblicher Entwicklungszyklus dargestellt und vorgeschlagen für die jeweils anstehenden Aufgaben innerhalb eines solchen Zyklus die geeignete Zeit und Methode für die Bearbeitung einzusetzen. Bisher wird für die betriebliche Planung und Entwicklung meist zu wenig Zeit vorgesehen, die Arbeitsweise ist für die Aufgaben nicht angemessen. Vorgeschlagen wurde für die Weiterentwicklung der betrieblichen Visionen und Ziele mindestens einmal im Jahr drei aufeinanderfolgende Tage vorzusehen.

Da die Betriebe alle schon lange arbeiten, wurde für die Aufgabe »Bewertung der erreichetn Ist-Situation« den Betrieben ein Arbeitsinstrument vorgestellt.

Anhand von Fragebogenplakaten wurde gemeinsam von den TeilnehmerInnen eine Einschätzung ihrer betrieblichen Situation zu Bereichen wie betriebswirtschaftliche Information, Betriebsversammlungen, Erwartungen an den Betrieb, persönliche Perspektiven usw. dargestellt und diskutiert. Die grafische Befragungsmethode wurde von den TeilnehmerInnen als sehr anregend empfunden, viele TeilnehmerInnen wollten die Plakate auch im eigenen Unternehmen einsetzen.

Der Referent wies darauf hin, daß solche Methoden der gemeinsamen Problemdarstellung als Instrumente kollektiven Managements betriebliche Diskussions-, Planungs- und Entscheidungsprozesse erheblich verbessern können. Die verschiedenen Möglichkeiten, Diskussion und Planung transparenter zu machen, werden in den selbstverwalteten Betrieben aufgrund von Unkenntnis und Vorurteilen »Sozialtechnologie« zu wenig genutzt.

Eine oberflächliche Betrachtung der Plakate ergab u.a. Difizite bei den betrieblichen Zeithorizonten und Planungsvorläufen, sowie bei der betriebswirtschaftlichen Selbstinformation (Die in der AG erstellten Plakate sind versehentlich vor der Auswertung vernichtet worden). Eine für den Einzelbetrieb überarbeitete Fassung dieser Plakate ist über den transfer e.V. zu beziehen.

Die Möglichkeiten zur persönlichen Gestaltung von Leben und Arbeiten, so stellte es sich in der anschließenden Diskussion dar, sind in den kleineren Betrieben besser als in den größeren, mit mehr als 10 KollegInnen. Dort ist das Gefühl fremdbestimmt zu arbeiten größer. Theoretisch müßte es umgekehrt sein, den je mehr Menschen zusammenarbeiten, desto mehr Möglichkeiten für gegenseitige Ergänzung, Vertretung usw. existieren. Wenn diese nicht wahrgenommen werden können, dann liegt es an unserer Unfähigkeit, diese Spielräume zu nutzen.

Im zweiten Teil der AG wurden Erfahrungen einzelner Betriebe mit Unternehmensberatung angesprochen. Deutlich wurde dabei, daß Unternehmensberatungen, die grundlegende betriebliche Organisations- und Strukturprobleme bearbeiten sollen, nicht durch ein oder zwei Wochenendworkshops erledigt sein können, sondern das dazu ein längerer Wechselprozeß mit Erarbeitung von Lösungen, der Umsetzung und weiteren Problembearbeitung erforderlich ist, der sich über ein bis zwei Jahre hinziehen kann.

AG 2: Entwicklungsstand der elektronischen Druckvorstufe – Versprechen, Wirklichkeit, Perspektive – Erfahrungen und Diskussion.

Es fand ein anregender Austausch über die weiterhin erschreckend schnelle Entwicklung im Bereich Satz, DTP und Text-Bild-Integration. Deutlich wurde, daß die elektronische Text-Bild-Integration sich schon in den nächsten Jahren durchsetzen wird, der Prozeß hat insbesondere in den Satzbetrieben bereits begonnen.

Das weitere Verdrängen dieser Entwicklung durch Setzer und Druckvorlagenhersteller kann die betreffenden Betriebe rasch ins wirtschaftliche Abseits bringen. Ein Bericht der AG liegt nicht vor.

AG 3: Arbeits- und Umweltschutz in Druckvostufen und Druck: Überblick über die Entwicklung und Austausch der Erfahrungen von Entsilberung bis zur Arbeit mit Waschmitteln auf Pflanzenöl-Basis.

Ein Bericht liegt nicht vor. Der Austausch scheint zu den Waschmitteln auf Pflanzenöl-Basis ergeben zu haben, daß diese offenbar doch nicht so gute Arbeitsergebnisse bringen, wie es durch Veröffentlichungen u.a. in »Kontrapunkt« (Fachzeitung der IG-Medien) den Anschein hat.

AG 4: Der Zusammenhang zwischen Aneignung von einflußrelevanten technischem Wissen und Fähigkeiten und den Möglichkeiten für die Beteiligung an der betrieblichen Macht. Referat v. H. Orth, anschl. Diskussion.

Durch ein Mißverständnis mit der Referentin fand diese AG für die sich eine größere Zahl von TeilnehmerInnen interessiert hatte, am Freitag nicht statt. Das Thema wurde stattdessen am Sonnabend gemeinsam mit der AG von Gerda Lischke behandelt.

AG 5: Wird unser Leben durch eine auf Technik orientierte Arbeit deformiert? Wie können mögliche Deformationen erkannt, wie kann ihnen begegnet werden? Referat von W. Neef, anschließend Diskussion.

Ein Bericht aus der AG liegt nicht vor.

AG 6: Woran scheitert Selbstverwaltung und was sind die Grundlagen kollektiver Selbständigkeit?

Als Teilnehmer der AG berichtete Pit von »Schwarz auf Weiß«/Freiburg vom Ende der Selbstverwaltung in diesem Betrieb. Anfang des Jahres hatte Pit zusammen mit einem zweiten Gesellschafter die Mehrheit an der GmbH übernommen. Vorausgegangen waren endlose und erfolglose Diskussionen über die Betriebsführung, die Bezahlung und die Arbeitskultur.

Seit der Übernahme werden Tarifgehälter bezahlt, Pit und sein Partner entscheiden über die Arbeitseinteilung. Eine der ersten Amtshandlungen war, einem unzuverlässigen Kollegen fristlos zu kündigen.

Erstaunlich und erschreckend war für Pit dabei die Beobachtung, wie seine ehemaligen KolegInnen daraufhin ihre Arbeitshaltung im Betrieb änderten. Nach seiner Beschreibung wurde die Arbeit sorgfältiger ausgeführt, erforderliche Nebenarbeiten ohne extra Aufforderung erledigt usw.. Die Arbeitskultur nahm deutlich zu und damit auch die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens, so daß die höheren Tariflöhne erwirtschaftet werden.

In der nachfolgenden Diskussion wurde deutlich, wie sehr die real existierende Selbstverwaltung inzwischen vor allem in den etwas größeren Betrieben in einer Krise steckt. So arbeiten inzwischen in vielen Betrieben Angestellte, die am Unternehmen nicht beteiligt sind und auch nicht beteiligt werden wollen/sollen. Ihnen steht z.Zt. nur noch ein »Kernkollektiv« als Arbeitgeber gegenüber.

Die bisherige Form der »Kapitalneutralisierung« erscheint ebenfalls sehr unbefriedigend. Die Überlegung, nach jahrelanger Arbeit auch einen Anteil am Unternehmen in bare Münze umsetzen zu können, steht als Forderung oder ist in einigen Betrieben bereits verwirklicht – mit der Folge, daß für die NachfolgerInnen zu übernehmende Anteile immer teurer werden.

Eine weitere Diskussion drehte sich um die Frage, ob die bestehenden Organisationsprobleme durch Schaffung formeller Hierarchien zu lösen sind, oder ob eine Qualifizierung zur Teamarbeit effizienter und befriedigender ist.

Hinter der Forderung nach Hierarchie stand die Erfahrung vieler unfruchtbarer Debatten und daraus resultierenden Frustes und Handlungsfähigkeit. Hierarchien sollten diese Debatten weitgehend überflüssig machen.

Als Gegenposition wurde vertreten, daß auch dort, wo bereits klare Zuständigkeiten bestehen die Arbeit aufgrund fachlicher Defizite oft schlecht ausgeführt werde, daß z.B. wichtige Entscheidungen von denen, die sie anstrebten, miserabel vorbereitet würden und man sich dann über eine ineffiziente Debatte nicht wundern müßte. Als Lösung wurde daher eine Qualifizierung für die betrieblichen Planungsaufgaben sowie für Teamarbeit vorgeschlagen.

Die Diskussion verlief sehr lebhaft und wurde auf den Sonnabend Nachmittag verlängert. Allgemein scheint großes Interesse an diesen Themenkomplexen zu bestehen. Es sollte möglichst bald im Seminar weiterbearbeitet werden.

Wenn sich genügend InteressentInnen finden, wird »transfer« einen Workshop zum Thema: »Woran scheitert die Selbstverwaltung ... wie wird selbstbestimmte Arbeit erfolgreich« organisieren. Terminvorschlag: 5. bis 11. Januar 1992.

AG 7: Führen unterschiedliche Rollenerwartungen von Männern und Frauen zu informellen Hierarchien? Sind sie damit ein Hindernis für die berufliche und persönliche Entwicklung? Referat von Gerda Lischke und Diskussion.

An dieser AG nahm nach dem Terminchaos auch Hanne Orth teil. Ein Bericht über diese gut besuchte AG liegt uns leider nicht vor.

AG 8: Ein Jahr nach der Entwicklung von Betrieben in der ehemaligen DDR – was ist gelaufen, wie geht es weiter? Welche Kooperationen sind entstanden, welche sollten ausgebaut werden?

Die AG beschränkte sich im wesentlichen auf den Austausch von Informationen.

Plenum: Was haben die Frühlingstage gebracht?

Beim Schlußplenum wurde die Zufriedenheit der TeilnehmerInnen mit dem Verlauf der Frühlingstage deutlich. Die verschiedenen Arbeitsgruppen haben ebenso wie die persönlichen Kontakte viele Anregungen gegeben. 1992 sollen daher wieder die Frühlingstage in Berlin stattfinden. Voraussichtlicher Termin: **28. bis 31. Mai 1992.** ●

Weitere Informationen:
transfer e.V. · Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36 · ☎ (030) 611 68 03

PERU:

Tarea – ein Druckereikollektiv in Lima

Normalerweise erfahren wir kaum etwas über selbstverwaltete grafische Betriebe in der übrigen Welt. Die nachfolgenden Informationen verdanken wir Winfried Wenning, ehemaliger Oktoberdrucker, inzwischen seit Jahren in den Diensten des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED).

Redaktion Grafische Betriebe ● TAREA entstand Anfang der achtziger Jahre aus einer politischen Basisbewegung, die sich eine Verbesserung der Bildungssituation der armen Leute zum Ziel gesetzt hatte. Dafür war und ist es unter anderem erforderlich, Unterrichtsmaterial und Schulbücher herzustellen, da es geeignetes Material in Peru kaum gab. Aus dieser Aufgabenstellung entstand ein kleiner Verlag und eine Druckerei, die von Anfang an als Kooperativen aufgebaut wurden.

Die technischen Bedingungen waren bis zum Beginn der Unterstützung durch den DED und andere Auslandsorganisationen außerordentlich schlecht: In einer Garage wurden auf zwei ständig defekten A4-Vervielfältigungsmaschinen kleine Schulbücher in Auflage von vielen tausend Stück hergestellt. Die gesamte Weiterverarbeitung erfolgte (und erfolgt noch heute) in reiner Handarbeit.

HEUTIGER ENTWICKLUNGSSTAND

Durch die Unterstützung des DED und anderer ausländischer Organisationen konnten mehrere Mitarbeiter zu Druckern ausgebildet werden. Es konnte ein GTOZP (Zweifarben/SW), eine Kompaktkamera, Leuchttische, Plattenkopiergerät, Schneidemaschine mit manueller Pressung usw. angeschafft werden. Letzte wichtige Investition waren zwei Apple und ein Linotronic 100 Laserbelichter.

Natürlich ist das längst nicht mehr in einer Garage untergebracht. Durch einen 50% Auslandszuschuß wurde TAREA der Erwerb eines eigenen Firmengebäudes möglich. Mieträume wie bei uns gibt es in Lima praktisch nicht. Die privat zusammengeborgten 50% Eigenanteil an der Finanzierung des Hauses konnten inzwischen zurückgezahlt werden, sodaß TAREA inzwischen über eigenes, selbsterwirtschaftetes Vermögen verfügt.

Die Mitarbeiterzahl ist inzwischen auf ca. 20 Frauen und Männer angestiegen, die fast alle an der Kooperative beteiligt sind.

ARBEITSBEDINGUNGEN

Die Arbeitsbedingungen sind mit den unseren kaum zu vergleichen. Berufsausbildung wie bei uns gibt es nicht. Die schulische Ausbildung ist sehr viel schlechter. Das erschwert auch die Arbeit in einem solchen Projekt. Insbesondere beim Verständnis für die betriebswirtschaftlichen Zusammenhänge macht sich die fehlende Bildungsgrundlage bemerkbar.

DAS GESELLSCHAFTLICHE UMFELD

Der Terror des maoistischen Sendero Luminisco und des Militärs, normaler Straßenraub, zusammenbrechende, korrupte staatliche Institutionen und gesellschaftliche Strukturen bilden einen allgemeinen Hintergrund, den wir uns hier nicht vorstellen können.

Stunden- und tageweise fällt der Strom aus (inzwischen konnte ein eigener Generator angeschafft werden). Wasser kommt nur gelegentlich aus den Wasserleitungen. Eine galopierende Inflation macht die Auftragskalkulation und die Materialbeschaffung zum kalkulierten Preis zu einem komplizierten Geschäft, bei dem man schnell Geld verlieren kann.

PROBLEM BETRIEBSWIRTSCHAFT

Das Problem, keinen versierten Betriebswirt zu finden, hat die Entwicklung von TAREA in den letzten Jahren daher ständig belastet: Ein vom DED finanzierter Fachmann verließ die Firma kurzfristig, um einen lukrativeren Job anzunehmen. Mehrere Versuche, fachkundige Geschäftsführer einzustellen, schlugen fehl – die jeweiligen Fachleute waren nicht fähig genug und mußten wieder entlassen werden.

Schließlich entschied man sich, daß das wirtschaftlich geschickteste Kollektivmitglied sich in den Job der kaufmännischen Leitung einarbeiten sollte. Das funktionierte dann einigermaßen. Die betriebswirtschaftliche Selbstinformation ist allerdings noch unbefriedigend. Sie soll ab Januar 1992 durch einen weiteren Entwicklungshelfer verbessert werden.

TAREA ALS VORREITER DER SV

In dieser Situation hat die relativ stabile Existenz von TAREA, über die Produkte hinaus, die politische Bedeutung eines wichtigen Hoffnungsträgers (auch wenn sie nur durch ausländische Subventionen das heutige Niveau erreichte). Bei der heutigen Situation ist ein Betrieb, der Löhne über dem gesetzlichen Mindestlohn zahlt und die Sozialversicherungspflicht einhält, eine seltene Ausnahme.

Die KollegInnen von TAREA nehmen die Entwicklung ihrer kooperativen Strukturen sehr ernst und wirken auch beratend beim Aufbau anderer Kooperativen mit. Im November 1989 organisierten sie erstmals ein Treffen selbstverwalteter Betriebe aus ganz Peru.

Im eigenen Betrieb wurden eine Reihe von gewählten Kommissionen geschaffen, die für Fragen der aktuellen Geschäftsführung, Personalfragen, Konflikte und Investitionen zuständig sind.

Unser Informant Winfried Wenning ist voraussichtlich noch bis Ende des Jahres in Deutschland. Wer nähere Informationen zu TAREA haben möchte, kann ihn durch Vermittlung von transfer e.V., Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36, ☎ (0 30) 611 68 03, erreichen. ●

16. SCHREINEREIENTREFFEN

Alles »bio« im Schreinercollectiv ?

Von Oberflächentechnik und Baubiologie zu 500 Jahre Kolonialismus, dem Thema des nächsten Schreinereientreffens, zu kommen, und dabei den Bezug zu den Betrieben nicht zu verlieren, zeugt von einer großen Homogenität der Treffen, die sich offensichtlich auch in der Zahl der regelmäßigen TeilnehmerInnen niederschlägt.

Von Andreas Küstermann, Redaktion Südwest ● 54 SchreinerInnen waren diesmal gekommen, um mit den Referenten die zwei Schwerpunkte Baubiologie und Oberflächentechnik zu diskutieren und es stellte sich heraus, daß die Machbarkeit und Konsequenz in der täglichen Anwendung der Produkte und Techniken eine vielgestellte Frage an die Vortragenden war.

Kritik wurde hier nicht so sehr geäußert an Holger König, der ein Grundlagenreferat quer durch die Baustoffe hielt und damit gute Resonanz erntete, sondern an den Vertretern der Firma Auro, Paul Frank und Bernd Leisse, die immer wieder damit konfrontiert wurden, daß aus VerarbeiterInnensicht noch zu wenig fachliche Betreuung besteht und daher viele Anwendungen der Produkte mangelhaft sind. Zwar stellte sich häufig auch heraus, daß manche Mängel durch sorgfältigere Handhabung der technischen Anleitungen vermieden werden könnten, aber im Grunde immer noch zu viel selber experimentiert werden muß und damit laufend Probleme der Wirtschaftlichkeit entstehen. Nicht »Clou-mentalität« im Sinne von Materialschlachten bei der Vorstellung neuer Produkte sollte angestrebt werden, sondern die schon bald 4 (!) Jahre alte Forderung der Schreinereien endlich verwirklicht werden, daß die marktführenden Hersteller regelmäßige VerarbeiterInnenschulungen durchführen, um ihr ernsthaftes Interesse am Bereich der verarbeitenden Betriebe zu betonen. Da häufig noch der heimliche Verdacht im Raume steht, mit den HeimwerkerInnen sei auch im Bereich der Oberflächenchemie leichter und mit weniger Strukturen Umsatz zu machen, scheint die angesprochene regelmäßige Schulung als gegenteiliges Signal überfällig zu sein. Für diese gemeinsame Interessenslage bestand zwar verbal Übereinstimmung, allerdings muß die Praxis beweisen, ob die Schreinereien und auch die Hersteller den langen Atem zur Umsetzung haben werden.

Beim Einführungsreferat über die Herkunftsländer der Rohstoffe flammte kurz auch die Diskussion über die Arbeitsbedingungen in diesen Ländern auf und ob wir uns mit unseren Ansprüchen nicht gleichfalls mehr darum kümmern sollten. Dies mündete beim Abschlußplenum dann in den Vorschlag, anläßlich der nächstjährigen Aktionen zu »500 Jahre Kolonialismus« zu beleuchten, inwieweit uns dieses Thema in der Selbstverwaltung allgemein, aber auch anhand solch praktischer Beispiele betrifft.

Das Treffen, das als Theorietreffen in einem Tagungshaus stattfinden wird, ist auf den 8. bis 10. Mai 1992 terminiert und wird im »Bessunger Forst« bei Darmstadt ausgerichtet. Die Vorbereitungsgruppe wird von der Schreinerei Querholz aus Bensheim organisiert. InteressentInnen für die Vorbereitung mögen sich bitte dort melden. ●

Produktion in der Schreinerei BIIRABOOM — Foto: Andreas Küstermann

VOM FLIEGENFÄNGERLACK ZUM PROFESSIONELLEN ANSTRICHSTOFF

Professionelle Oberflächenveredelung mit Naturfarben?

Der Verfasser des folgenden Artikels ist Geschäftsführer einer der Firmen, die Professionelle Naturfarben herstellen. Er vertritt im Kapitel »Problem Lösemittel« Ansichten zum Thema synthetischer Lösemittel, die in der Branche der HerstellerInnen nicht unumstritten sind. Daher werden wir uns bemühen, zu diesem Komplex eine gesonderte Stellungnahme der anderen Position zu erhalten und sie hier zu veröffentlichen.

Redaktion Südwest, Dr. rer. nat. H.O. Vollert ● Keine anderen Anstrichmittel entfachen allseitig so viele Diskussionen wie die Naturfarben. Während eine immer größer werdende Gruppe vornehmlich aus den Reihen der Endverbraucher den Einsatz solcher Produkte aus ökologischen und gesundheitlichen Gründen vorbehaltlos bejahen, lehnen viele Fachanwender die Verwendung von Naturfarben rundweg ab. Immer wieder hört man Einwände wie: viel zu lange Trockenzeiten, schlechte Haltbarkeit, schlechte Anwendbarkeit, starke Geruchsbelästigung, Bezugsschwierigkeiten, viel zu hoher Preis. In erster Linie werden also Schwierigkeiten bei der Verarbeitung genannt, die besondere Umweltfreundlichkeit wird dagegen nicht in Frage gestellt. Beim konkreteren Nachfragen stellt sich dann aber meistens schnell heraus, daß die negativen Äußerungen nicht aus eigenen Erfahrungen resultieren, sondern übernommem wurden.

Warum haben Naturfarben ein solch schlechtes Image?

Der Grund ist in der Entstehungsgeschichte dieser Anstrichmittel zu suchen. Vor über einem Jahrzehnt wurden Naturfarben ausschließlich von anthroposophisch orientierten Firmen produziert, die in erster Linie auf eine gute Umweltfreundlichkeit, weniger dagegen auf eine gute Praxistauglichkeit ihrer Farben Wert legten. Die Produkte wurden in der Regel über Bioläden an eine damals noch kleine Gruppe besonders bewußter Endverbraucher verkauft, die klaglos »Fliegenfängerlacke« verstrich. An einen Einsatz im professionellen Bereich war zunächst nicht gedacht; Fachanwender, die seinerzeit mit Naturfarben arbeiteten, mußten hinsichtlich der Verarbeitungsqualität sehr belastungsfähig sein. Auch wenn heute noch z.t. Naturfarben minderer Qualität angeboten werden, so hat sich doch die Naturfarbenszene in den letzten Jahren stark gewandelt. Man hatte erkannt, daß der ausschließliche Einsatz von unbehandelten Naturrohstoffen nicht ausreicht, Produkte zu entwickeln, die den heutigen hohen Qualitätsanforderungen genügen, und ging daran, behutsam auch physikalisch und chemisch modifizierte Naturrohstoffe einzusetzen. Naturfarben sind heute also keine »eßbaren« Anstrichmittel mehr, sondern Produkte, die durchaus Industrieniveau erreichen können. Allerdings kann die Qualität von Hersteller zu Hersteller stark schwanken.

Vor knapp einem Jahr haben neun Firmen aus dem In-und Ausland den »Verband europäischer Naturfarbenhersteller e.V. (VEN)« mit dem Ziel gegründet, Naturfarben bekannter zu machen und ihnen den Ruch des Müsli-Images zu nehmen. Die Mitglieder des Verbandes sind bemüht, qualitativ hochwertige und anwendungsfreundliche Produkte speziell für den handwerklichen und industriellen Bereich zu entwickeln und herzustellen. Dabei verlassen sie z.T. auch die »alternativen« Vertriebswege und verteilen die Ware über qualifizierte Händler (sind NaturkosthändlerInnen mittlerweile auch! Anm. d. Red.) (z.b. Holzhandlungen, baubiologische Fachhandlungen, Malerfachgeschäfte etc.).

Daß der zweifelhafte Ruf der Naturfarben in Profikreisen nicht mehr gerechtfertigt ist, zeigen Gutachten renommierter Anstrichinstitute. Lacke und Lasuren führender Hersteller entsprechen in allen Punkten den Anforderungen des Instituts für Fenstertechnik e.V. (IFT) in Rosenheim, dabei sind die Anstriche schweiß- und speichelecht nach DIN 53160. Solche Produkte werden für Maler und Tischler natürlich zunehmend interessanter, denn das Umweltbewußtsein und die Sorge um die eigene Gesundheit wächst in der Bevölkerung. Die Bürger sind skeptisch geworden, geben sich nicht mehr mit Unbedenklichkeitsbeteuerungen zufrieden, sondern wollen immer häufiger wissen, was denn in dem Produkt wirklich enthalten ist. Das kommt natürlich den Naturfarbenherstellern sehr entgegen, denn sie geben alle Inhaltsstoffe eines Produkts vollständig an (»Totaldeklaration«).

Obwohl die Herstellungskosten für Naturfarben aufgrund der exklusiven Rohstoffe extrem hoch sind, ist die allgemeine Behauptung, Naturfarben seien durchweg zu teuer, nicht richtig. Wie man leicht durch eigene Preisvergleiche feststellen kann, liegen z.B. Grundierungen, Lasuren und Wachse in der Regel auf einem ähnlichem Preislevel wie konventionelle Markenprodukte; (Weiß)Lacke und insbesondere Wandfarben sind z.T. in der Anschaffung deutlich teurer, gleichen diesen Nachteil aber durch gute Deckkraft und Ergiebigkeit aus. Möglich sind die günstigen Preise nur dadurch, daß die Naturfarbenhersteller sehr viel knapper kalkulieren als ihre konventionellen Mitbewerber.

Die Verarbeitung von Naturfarben ist problemlos, wenn man ihre Eigenarten berücksichtigt. Naturfarbenanstriche auf Ölbasis trocknen in der Regel unter Aufnahme von Sauerstoff, d.h. sie nehmen an Volumen zu. Bei zu dickem Auftrag tritt dann Runzelbildung auf, es muß also sehr dünn gestrichen oder gespritzt werden. Betrugen die Trockenzeiten der Naturfarben vor zehn Jahren noch mehrere Tage, so bieten heute einige Hersteller schon Lacke, Lasuren und Grundierungen an, die 8-12 Stunden nach dem Auftrag durchgetrocknet sind. Die Trockenzeiten sind natürlich nicht mehr vergleichbar mit denen der Nitro- und Acryllacke (»Wasserlacke«), trocknen aber fast genauso schnell, wie die konventionellen Kunstharzlacke.

Naturfarben eignen sich fast für alle Anwendungsbereiche, ihre Domäne ist allerdings die Oberflächenveredelung von Hölzern.

Grundierung mit einem Gemisch natürlicher Öle und Harze

Im Allgemeinen beginnt der Anstrichaufbau für Holz mit einer Grundierung. Das Grundierungsmittel der Naturfarbenhersteller besteht zur Hauptsache aus einem Gemisch natürlich trocknender Öle (z.B.Leinöl, Holzöl, Sojaöl) und Harzen (z.B. Kolophonium, Kopale, Standöle, Harz/Öl-Verkochungen). Während die Öle aufgrund ihrer molekularen Größe besonders tief in das Holz eindringen und sich dann langsam unter Einwirkung von Luftsauerstoff zu einem elastischen dreidimensionalen Verband verfestigen, bewirken die Harze eine größere Endhärte der Grundierung. Der Untergrund wird durch diese Kombination verfestigt und besitzt danach hervorragende Haftungsvermittlungseigenschaften für einen nachfolgenden Aufbau mit ölhaltigen Anstrichmitteln auf Naturharzbasis. Außerdem wird die Saugfähigkeit des Holzes herabgesetzt, so daß der Verbrauch deutlich reduziert wird.

Es stehen verschiedene Grundierungsmittel zur Verfügung, deren Zusammensetzung von der zu erwartenden Festigkeit und Strapazierbarkeit des Anstriches abhängt. Hartöle enthalten z.B. einen größeren Harzanteil als normale Imprägnierungen. Erwähnenswert ist, daß inzwischen auch eine borhaltige insektizide und fungizide Holzschutzgrundierung auf Ölbasis entwickelt wurde.

Oberflächenveredelung mit Lacken und Lasuren auf Naturölbasis

Der mit einer Grundierung vorbereitete Untergrund kann anschließend mit ölhaltigen Lacken, Lasuren und Wachsen behandelt werden. Das Öl/Harzverhältnis des Anstrichmittels bestimmt die Eigenschaft des getrockneten Anstriches. Ein großer Harzanteil ergibt eine harte, mechanisch sehr strapazierbare Oberfläche (Fußbodenlack, Bootslack), ein großer Ölanteil hingegen bedingt einen weichen, dafür aber sehr elastischen Anstrichfilm, der für stärker arbeitende Hölzer (z.B. Holzverschalungen im Außenbereich) geeignet ist. Charakteristisch für ölhaltige Naturfarben sind gute bis ausgezeichnete Verlaufseigenschaften, hervorragende Haftung auch auf alten Untergründen und insbesondere eine ausgeprägte Diffusionsfähigkeit. Diese bewirkt einen Gleichgewichtszustand zwischen der Luftfeuchtigkeit und der Holzfeuchte ohne Abplatzen des Anstrichfilms. Elektrostatische Aufladungen lassen sich so vermeiden, das Wohnklima verbessert sich erheblich.

Gutachten renomierter Anstrichinstitute belegen, daß die Wetterbeständigkeit moderner Naturfarben mindestens genau so groß wie die der herkömmlichen Anstrichmittel sein kann, z.T. liegt sie sogar darüber.

Problem Lösemittel

Naturfarbenhersteller verwenden in der Hauptsache drei verschieden Arten von Lösungsmitteln, die die Gesundheit im Vergleich zu herkömmlichen Verdünnern wesentlich weniger beinträchtigen und umweltfreundlich sind, weil sie z.T. dem Naturkreislauf entstammen bzw. chemisch sehr träge sind: Balsamterpentinöl, Citrusschalenöle und Isoaliphate. Balsamterpentinöl und Citrusschalenöle sind natürlichen Ursprungs und zeichnen sich durch eine gute bis sehr gute Lösekraft aus. Nachteilig ist allerdings die von beiden Lösemitteln ausgehende penetrante Geruchsbelästigung, die bei längerem Einatmen zu Kopfschmerzen führen kann (wenn in der Werkstatt an einer Atemschutzmaske mit Kohlefilter gespart wurde, die Red.). Bei häufigem Hautkontakt sind außerdem bei empfindlichen Personen allergische Reaktionen nicht auszuschließen. Die durch Terpentinöl früher verursachte berüchtigte »Malerkrätze« kann dagegen nicht mehr auftreten, da die Inhaltsstoffe (z.B. delta-3-caren), die diese Berufskrankheit auslösen, in den heute verwendeten Terpentinölen nicht mehr enthalten sind.

Immer häufiger verwenden Naturfarbenhersteller ein Lösemittel, das erst seit wenigen Jahren zur Verfügung steht. Es handelt sich dabei um ein hochreines, geruchsloses, flüssiges Gemisch verschiedener Parafine und Naphtene (Isoaliphate), in dem gesundheitsschädliche Aromaten (z.B. Xylol, Toluol, Benzol usw.) nur noch in Spuren vorhanden sind. Weil das natürliche Vorkommen derartiger Lösemittel zu gering ist, werden sie chemisch durch Entaromatisierung von Testbenzin gewonnen. Sie sind chemisch inaktiv, tragen nicht zum photochemischen Smog bei und sind lt. Gefahrstoffverordnung keine Gefahrstoffe. Leider ist die Lösekraft der Isoaliphate so mäßig, daß sie in der Regel nur in Kombination mit (sehr wenig) Balsamterpentin oder Citrusverdünnung eingesetzt werden können.

Naturfarben und der blaue Engel

Naturfarbenhersteller lehnen das »Umweltschutzzeichen« ab. Mit dem blauen Engel werden Produkte ausgezeichnet, in denen lediglich ganz bestimmte schädliche Inhaltsstoffe (nicht alle!) nach einer festgelegten Vorschrift reduziert wurden. Wenn diese schädlichen Inhaltsstoffe von vornherein nicht vorhanden sind, kann folglich auch keine Schadstoffreduzierung durchgeführt werden, das Produkt erhält dann auch keine Auszeichnung! Anschauliches Beispiel für diese widersinnige Vergabepraxis: Das besonders umweltfreundliche Fahrrad bekommt keinen blauen Engel, weil es schadstoffrei ist. Ein Auto mit Katalysator dagegen erhält das Umweltschutzzeichen, da seine Schadstoffemission reduziert wird!

Ausblick

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß es für fast alle Anstrichuntergründe mittlerweile Naturfarben in professioneller Qualität gibt, der bewußte Tischler oder Maler (und auch die Tischlerinnen und Malerinnen, Anm. d. Red.) muß nicht mehr auf konventionelle, baubiologisch zweifelhafte Produkte zurückgreifen. Moderen Naturfarben stellen den zur Zeit besten Kompromiß zwischen Umweltfreundlichkeit, Menschenschutz, Anwendungstauglichkeit und Haltbarkeit dar. In jedem Falle sollte sich der interessierte Fachanwender Informationen über die Produktpalette verschiedener Naturfarbenhersteller besorgen. Er wird dann schnell feststellen, welcher Hersteller sein Programm auf den Profi abgestimmt hat und welcher doch mehr den Heimwerker beliefert. ●

Wir danken Herrn Dr.Vollert und der Tischlerfachschrift Freiburg für die freundliche Genehmigung des Nachdrucks.

WAS SIND NATURFARBEN?

Da der Begriff »Naturfarbe« in der Literatur nur unzureichend erklärt wird, hat der Autor eine 7 Punkte umfassende Definition ausgearbeitet. Folgende Punkte sollten erfüllt werden, damit ein Anstrichmittel mit dem Prädikat »Naturfarbe« ausgezeichnet werden kann:

1. Rohstoffe und Gesamtkomposition müssen für Lebewesen (insbesondere Menschen) gesundheitlich unbedenklich sein.
2. Rohstoffe und Gesamtkomposition müssen sich problemlos in den ökologischen Kreislauf wiedereingliedern lassen.
3. Rohstoffe müssen vorzugsweise aus regenerierbaren Quellen stammen. Insbesondere sind bei Gleichwertigkeit Naturrohstoffe synthetischen Rohstoffen vorzuziehen, soweit die Punkte 1. und 2. erfüllt werden.
4. Die Produktion sowohl der Einzelkomponenten als auch des gesamten Anstrichmittels muß unter ökologischen Kriterien erfolgen.
5. Eine hohe Gebrauchstauglichkeit der Produkte ist unabdingbar.
6. Alle eingesetzten Rohstoffe müssen zwecks Überprüfbarkeit aufgelistet werden (Totaldeklaration)
7. Forschungsziel des Naturfarbenherstellers muß es sein, oben aufgeführte Punkte immer weiter zu verbessern.

ÜBERWIEGEND DEUTSCHE AUSWANDERER GRÜNDETEN DIE ERSTEN KOMMUNEN

Kommunitäre Traditionen und Erfahrungen in den USA

Bericht von der 3. Tagung der »Internationalen Vereinigung für kommunitäre Studien« in Elizabethtown/Pennsylvania

Von Fritz Vilmar, Red. Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● Wer als Deutscher zur Kommune-Konferenz in diese Ecke der Vereinigten Statten kommt – in die Region zwischen Harrisburg und Pittsburg/Pensylvania – wird erst stark enttäuscht und dann sehr gerührt. Sehr enttäuscht, weil keines seiner wohlgepflegten Vorurteile über den kulturlosen -American way of life- sich bestätigt in dieser kultivierten Landschaft mit mittelgroßen Farmen, Häusern im englischen Landhausstil, -deutschen- Mittelgebirgswäldern und geistigen Traditionen allüberall. Gerührt aber, ob er will oder nicht, ist der -kommunitäre- deutsche Bildungstourist dann, wenn er dort ins -Amishland- kommt, wo seit dem 18. Jahrhundert streng pietistische Gemeinden sich ihr allemanisches Deutsch als zweite Sprache bewahrt haben, – wenn der Kinderchor eines -Bruderhofes- (in der Nähe von Pittsburg) frisch-fromm-fröhlich-frei -Im Frühtau zu Berge- intoniert, freilich schon in Englisch, aber angezogen wie Hänsel und Gretel, und wenn die -Mährischen Brüder- in Lititz (aus Lidice!) ein großes Portrait des Grafen Zinsendorf an einer Wand ihrer Kirche hängen haben.

Eine beschämende Fülle radikalchristlicher, kommunitärer Traditionen, teils museal, teils noch – oder wieder – sehr lebendig, samt und sonders von deutschen Auswanderern seit dem Ende des 17. (!) Jahrhundert in William Penns tolerantes Quäkerland gebracht, tritt dem Kommuneforscher hier entgegen. Beschämend, weil er, bislang viel stärker die neueren, anachristischen Traditionslinien beachtend, von dieser Fülle und von der Konzentration dieser Traditionen in Pensylvania nichts wußte ...Nun konnte ich verstehen, warum die 3. Konferenz der (relativ jungen) ICS (-International Communal Studies Association-) vom -Young Center- auf dem großartigen Campus des Elizabethtown-College (bei Harrisburg) ausgerichtet wurde, das sich mit diesen -links-christlichen- Traditionen und -Sekten- in seiner Umgebung wissenschaftlich beschäftigt. Ich setze Sekte in Anführungszeichen, denn es handelt sich nicht um verschrobene (Aber-) Gläubige, wie das Wort suggeriert, sondern schlicht um Christen, die die liebeskommunistische Lebensregel der Urgemeinde ernstzunehmen versuch(t)en. Ich zitiere aus dem Prospekt der Bruderhöfer: -Die ganze Schar der Gläubigen aber war ein Herz und eine Seele. Niemand nahm von seiner Habe etwas als sein ausschließliches Eigentum in Anspruch, sondern alles, was sie hatten, war Allgemeinbesitz- (Apg 4,32).

Obwohl die Organisatoren ein – wie üblich: zu volles – Programm wissenschaftlicher Beiträge über us-amerikanische und israelische Kommune-Erfahrungen zu bieten hatten, waren die Erkundungen -vor Ort- das Ertragsreichste an dieser Konferenz.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Erkundungen »vor Ort«

Eine der Exkursionen führte und zu den -Amish-people-, einer im 18. Jahrhundert von einem Schweizer namens Jakob Amann gegründeten, aus mennonistischen Traditionen kommenden Gruppe, die in der Gegend von Elizabethtown, in der Lancaster Country, seit 1772 gesiedelt haben und heute noch mit etwa 175 Siedlungen (in den USA) existieren: Aufgrund der Lehren ihrer Gründer haben sie sich eine anti-modernistische Einstellung des Lebens bewahrt, die heute nicht mehr nur skurril, sondern in vieler Hinsicht in einem durchaus ernst zu nehmenden, -post-modernen- Sinn wertkonservativ ist: Statt mit Autos fahren sie in formvollendeten gebauten leichten Kutschen, den cubbies, bearbeiten das Land, indem sie statt mit Traktoren, mit (notfalls vier oder sechs) Pferden die schweren Pflüge, Eggen etc. führen, benutzen statt des Stroms aus großen Kraftwerken Pressluft aus Wind- und Wasserkraft als Machinenantrieb, verzichten auf Telefon und Fernsehen, pflegen statt dessen ihre eige (Musik-) -Kultur von Unten- und bestehen auf ihren eigenen Schulen, in denen noch heute das altertümliche elsässische Deutsch gelehrt wird. Zwar haben sie nicht, wie andere -urchristliche- Kommunen, Gemeineigentum, aber durch intensive Kooperation der Amish-people beim Bauen wie auch bei anderen Arbeitsprozessen realisiert sich ein höchst produktiver Gemeinschaftsgeist, der sich auch kommunal-politisch hilfreich und steuern-sparend auswirkt (z.B. durch ihre freiwillige Feuerwehr und ihren medizinischen Erste-Hilfe-Service: hier sind sogar Autos erlaubt!). In jedem Fall wird der aufmerksame, lernbereite Besucher nicht vorschnell und herablassend lächeln über bestimmte altfränkische Kleider und dogmatische Bräuche der Amish, weil er anerkennen muß, daß deren Verwirklichung eines durchaus guten, ja wohlhabenden Lebens auch ohne Riesen-Agrarfabriken, ohne viele der technischen Errungenschaften und ohne Konsumismus höchst beachtliche Elemente einer Gegengesellschaft darbietet; denn die gewaltige Maschinerie macht unseren Bauern das Leben zwar leichter, treibt sie aber wegen der riesigen Investitionserfordernisse allzu oft auch in totale Verschuldung und in den Bankrott. Ähnliches gilt in verstärktem Maße von den seit einiger Zeit mit den Hutterern vereinigten Gemeinden der -Bruderhöfe-, die erst in den 20er Jahren in Deutschland gegründet wurden, und die, nach dem das NS-Regime sie vertrieben hatte, auf dem Umweg über Paraguay in die USA emigriert sind, wo sie heute in vier großen Siedlungen mit insgesamt ca. 1.600 Leuten neben der Kibbuzbewegung die größte im strikten Sinne kommunitäre Bewegung der Gegenwart repräsentieren. (Bei weitem größer noch ist allerdings die seit fast 500 Jahren bestehende Gemeinschaft der Hutterer, denen sich die Bruderhöfe – ohne völlige Integration – angeschlossen haben und die in ihren 350 Dörfern in den USA und Kanada 35.000 Menschen vereinen, die nach den selben urchristlichen Gemeineigentums-Prinzipien leben.)

Wie die Kibbuzim sind die Bruderhöfe auf der Basis gemeinsamer Wirtschaft, gemeinsamen Konsums, gemeinsamer Küche und gemeinsamer Kindererziehung organisiert. Dabei ist das geistige Band: ihre strenge urchristlich-kommunistische geprägte Glaubens- und Lebenshaltung, gleichzeitig ihre große Stärke und auch ihr großes Handycap: Die selbstverständliche Orientierung aller Einzelnen auf das Wohlergehen und die ökonomisch höchst beachtliche Entwicklung der Gemeinschaft realisiert sich in einem einengenden Rahmen unbezweifelbarer Vormundschaft seitens einer kleinen Gruppe Patriarchen, die (mit ungewollter Ironie) den Titel -Diener des Wortes- (Gottes) tragen. Einzelne, die den Weisungen widersprechen, müssen sich den schwerwiegenden Vorwurf gefallen lassen, sie hätten (noch) nicht den -richtigen Geist-. So ist es kein Wunder, daß zahlreiche, meist jüngere Mitglieder dem Bruderruf den Rücken kehren (müssen): die -Abtrünnigen- oder Ausgestoßenen geben inzwischen sogar eine kleine Zeitschrift heraus, durch die sie versuchen, mit Hilfe solidarischer Kritik eine demokratische Reform der autoritären Strukturen zu fördern. Andere Kommunitäre Gründungen, die wir in Pennsylvania besichtigt haben, sind nicht mehr -in Betrieb-, – aber ihre Einrichtungen sind von der -Historischen Kommission- des Staates in vorbildlicher Weise restauriert und als fast -lebendiges- Museum ausgestaltet worden. Da kennen die Amerikaner nix: Leute, die dazu Lust und Neigung haben (teilweise Nachkommen der Gründer) werden in die weißen Kutten eines strengen Protestantischen Ordens gesteckt und führen den Besuchern in Ephçata Cloister bei Pennsylvania die Lebens- und Arbeitsgewohnheiten der Frauen und Männer vor, die dort teils in Familien, teil zölibatär ein streng geregeltes Gemeinschaftsleben seit dem frühen 18. Jahrhundert und bis etwa 1800 geführt haben. Wie in anderen, ähnlichen Gründungen rührt es den deutschen Besucher schon sehr stark, wenn er an den Wänden, in den Lieder- und Schulbüchern altdeutsche bzw. allemanische Texte in Frakturschrift findet teils noch lebendige, teils bis weit ins 19. Jahrhundert aktiv gebliebene Elemente einer in Deutschland längst vergessenen, radikal-christlichen Gemeinschaftsstruktur, mit einer Architektur, die stark an die Bauten des späten Mittelalters erinnert. Jünger war die Gemeinschaft der -Harmonist Society-, die ihre 1824 gegründete Siedlung -Old Economy- nannte, und deren staatlichen Versammlungs- und Wirtschaftsgebäude erst vor wenigen Jahren vor dem totalen Zerfall bewahrt und ausgezeichnet restauriert worden sind, nachdem zu Beginn des 20. Jahrhunderts die ganze Anlage (mit sehr unschönen spekulativen Nebenerscheinungen) von den letzten Nachfahren nach 100-jährigem Bestand privatisiert wurden. Auch dort freundliche, kenntnisreiche Museumsangestellte in den Trachten des vorigen Jahrhunderts – auch dort Zeugnisse einer offensichtlich über viele Jahrzehnte hin höchst produktiven Gemeinschaftskultur, die sogar florierende Manufakturen und Fabriken aufbaute und ebenfalls durch urchristlichen Kommunismus geprägt war – in ihrer Blütezeit.

Theoriearbeit

Auf der Tagung, deren Ergebnisse in etwa einem Jahr von der -International Community Studies Association- publiziert werden, wurde eine Fülle von Informationen über diese und andere, nicht-religiöse kommunitäre Siedlungen und Bewegungen vorgetragen. Höhepunkt dieser Wiederaneignung war ein Konzertabend, in dem die erwähnten, wie auch anderen Gemeinschaften, mit überkommenden Liedern und Chorgesängen repräsentiert waren. Wie denn überhaupt eine blühende -Kultur von unten- anstelle des Unterhaltungskonsums der Mehrheitsgesellschaft das innere Leben aller dieser Gemeinschaften auszeichnet.

Dem gegenwarts- und praxisbezogenen Kommuneforscher stellt sich angesichts dieser Fülle christlich geprägter historischer Vergegenwärtigung natürlich eine zentrale Frage: Ob und in welcher Weise könnenn die urchristlichen, urgemeindlichen Grundüberzeugungen (die unzweifelhaft kommunestiftent waren) einer nicht mehr christlich und kaum noch kirchlich geprägten Gesellschaft vermittelt werden. Um mit Hegel zu sprechen: Es geht um die Transformation der urchristlichen Botschaft der Bergpredigt und des Gottesreichs in die -Weltwirklichkeit-. Ein Problem, das ich hier nur benennen, aber gewiß nicht konkret angehen kann.

Immerhin soll abschließend nicht vergessen werden, darauf hinzuweisen, daß die kommune-orientierten amerikanischen Forscher und alternativen Initiativen eine -Fellowship for International Community- zur Vernetzung der gegenwärtigen Kommune-Ansätze gegründet haben. (Der neu geschaffene Begriff -International Community- läßt sich wahrscheinlich am besten mit -alternative Gemeinschaft- übersetzen). Und diese Vereinigung hat ein hervorragendes -Directory-, ein Handbuch kommunitärer Projekte herausgegeben (International Communities, 105 Sun Street Stelle, Illinois 60919), in dem nicht weniger als 300 Einrichtungen aus dem gesamten Bereich der USA durch Kurzportraits dargestellt werden.

»Kommunitäre« Projekte im allgemeinen – und im besonderen

Ich selbst habe auf der Tagung versucht, etwas zur begrifflichen Klärung der in m.E. allzu abstrakt und differenziert verwendeten Begriffe -Kommune- (im emphatischen Sinn) und Gemeinschaft (-Community-) beizutragen: Entscheidend erscheint mir dabei die Unterscheidung der Lebensgemeinschaften im allgemeinen, die -systemimmanent- bleiben, also nicht ein gegengesellschftliches Modell einer -klassenlosen- und nicht-patriarchalen Gemeinschaft der Gleichen und Freien verwirklichen wollen, – und der -kommunitären- Gemeinschaften im besonderen, die genau dies anstreben.

Da die künftigen Diskussionen unter den kommunitären Projekten zum Nutzen auch der deutschen Diskussion mehr und mehr international geführt werden muß (und wird!) erlaube ich mir, das zur begrifflichen Klärung von mir auf der Tagung entwickelte Tableu – als Diskussionsgrundlage ! – hier in der -Urfassung- wiederzugeben, die den Vorzug hat, von (fast) jedermann/frau auch jenseits des deutschen Sprachraums verstanden zu werden:

Dual Basic Classification of Intentional Communities

I. General (societal immanent) Intentional Communities, including the majority of
   - Living-; Housing-; Spiritual Communities
   - (Most) Cooperatives
     including all kinds of common instead of individual organisation of living and working

II. Special (societal transcendent) Intentional Communities = Communes

Essentials of Communes
1. Mutuality (not only collective egoism)
2. Egalitarianism, consequently
   - Common Chash
   - direct (consensus-)Democracy
   - Common Ownership (of the means of production)
3. Seperation of Performance (Contribution) and Consume
4. Abolishon of Hierarchies in labour and societal life, in consequence
   - Rotation of leading functions/positions
   - Abolishon of patriarchal sex-roles

since the 70ies, in a qualitative new world situations:
5. Ecological resposibility with
   - rigid ecological rules in communitarian production, housing, lifestyle etc.

Die Vorlage dieses Diskussionsbeitrages möchte ich, abschließend, mit einer speziellen Ankündigung, Bitte und Herausforderung verbinden:
Die -Internationale Vereinigung für Kommune-Forschung- (IGSA) wird 1993 wiederum in den USA, in der Nähe von Owens historischer Siedlung -New Harmony- eine 4. Konferenz durchführen (Schwerpunkt: Künstlerische Leistungen der -Intentional Communities-), in der Selbstdarstellungen europäischer Gemeinschaften größere Bedeutung haben sollen. Und überhaupt soll die aktive Beteiligung von Kommune-VertreterInnen mehr Gewicht in der Vereinigung haben. Daher schon heute mein Apell: sich in diesen internationalen Lern- und Diskussionsprozeß einzubringen.

Vom Erfordernis gewisser Englischkenntnisse abgesehen, ist die Herstellung von Kontakten/Informationslinien denkbar einfach: Um die europäischen -Connexions- zu verbessern, hat die Mitgliedervesammlung der Vereinigung u.a. mich in den -board of directors- gewählt, und ich werde mich bemühen, die internationale Vernetzung der deutschen Projekte zu fördern. ●

(Anschrift: Fb. Politikwissenschaft der FU Berlin, Ihnestr 21, 1000 Berlin 33; ☎ (0 30) 216 87 50). Wer sich direkt ins Sekretariat der IGSA wenden will: c/o Prof. Jacov Oved, Kibbuz-Center Yad Tabenkin, Ramat Efal 52960, Israel).

1993: INTERNATIONALE KOMMUNEVERSAMMLUNG

US-Kommunebewegung in Aktion

Roman Schweidlenka, Redaktion Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● Während in Europa, mitbedingt durch einen kalten politischen Wind und ein (letztes?) Aufbäumen des angeblich alleinseligmachenden Kapitalismus, viele engagierte, für Emanzipation und Umweltschutz arbeitende Menschen, Gruppen und Organisationen zunehmend verunsichert und entmutigt werden – mit dem Zusammenbruch des -real existierenden Sozialismus- sollen offensichtlich auch alle kritischen Geister auf die Mülldeponie der Geschichte geworfen werden –, meldet sich die US-Kommunebewegung wieder einmal mit optimistischen Tönen zu Wort.

Für die letzte Dekade unseres Jahrhunderts erwarten Insider der US-Kommuneszene wie z.B. der Historiker Allen Butcher einen neuerlichen Gemeinschaftsboom, wie er bereits einmal im Rahmen der Hippybewegung stattgefunden hatte. Die atomisierte Massengesellschaft produziert die Nachfrage nach solidarischen Kollektiven. Laut Butcher Mitglied der -National Historic Communal Societies Association-, wird es die vorrangige Aufgabe der Kommunebewegung sein, -eine soziale Tradition aufzubauen, die gegenüber den unterschiedlichsten Menschen Toleranz aufbringt und eine Vielfalt an Lebensstilen anbieten kann und die Menschen zur sozialen und ökologischen Verantwortung erzieht-. Butcher ist überzeugt: -Die Kommenbewegung antizipiert, relektiert und beschleunigt das Tempo des sozialen Wandels und der sicherste Weg, Veränderungen zu bewirken, ist, sie zu leben.-

Um dem zunehmenden Interesse an Kommunen und verwandten Einrichtungen gerecht zu werden, wird die -Fellowship for Intentional Community- (FIC) ein internationales Treffen kooperativer Lebensstile unter dem Motto: -A Celebation of Community- organisieren. Ort: Das Evergreen State College, Olympia, Washington. Zeit: Der 24. bis 29. Juni 1993. Das Treffen soll die Vielfalt und Vitalität der Kommunenbewegung feiern und Kommunarden aus aller Welt zusammenbringen, um gemeinsam Visionen und die Erfahrungen mit kooperativen Selbstversorgerlebensstilen auszutauschen. Die Organisatoren hoffen auf die Entwicklung einer globalen Allianz der Bewegung. Insbesondere die Vernetzung mit Kommunenprojekten in Europa steht auf dem Programm. Der Ort des Treffens, das Evergreen State College, gilt als eines der Vorzeigeprojekte der Bewegung: Gemeinschaftshäuser wechseln sich mit ausgedehnten biologischen Gemüsegärten ab. Für eine beschränkte Teilnehmeranzahl wird es Campingmöglichkeiten inmitten dieser alternativen Idylle geben.

Die 1948 gegründte FIC ist auf vielfältige Weise aktiv. Sie dient als funtionsfähiges US-(Land)Kommunenetzwerk und bemüht sich, den Zusammenhalt der oft sehr unterschiedlichen selbstverwalteten Projekte durch vertrauensbildende Maßnahmen zu stärken. Unterstützt werden wissenschaftliche Forschungen zur Thematik und deren Publikation sowie akademische Institutionen, die Programme zur Entfaltung der Kommunebewegung ausarbeiten. Weiter intensiviert FIC den wirtschaftlichen Austausch zwischen den Kommunen, wobei es für Neugründungen eine Art -Entwicklungshilfe- auf dem ökonomischen Sektor gibt. Workshops, Podiumsdiskussionen und Vorträge sind dazu auserkoren, auch die etablierte -Restgesellschaft- für die kollektiven Utopien zu erwärmen oder zumindest für ein Minimum an Toleranz gegenüber den -Alternativen- zu werben.

Nicht zuletzt sollen – verstärkt nach dem Zusammenbruch des -real existierenden Sozialismus- – kollektive, selbstverwaltete, dezentralisierte soziale Modelle als globale Alternative zum Land und Leben zerstörenden Kapitalismus angepriesen werden. Sie eignen sich vorzüglich – davon sind die US-Kommunarden überzeugt – zum Aufbau einer ökologischen Gesellschaft, bieten Platz für individuelle und gemeinwirtschaftliche Selbstentfaltung und stellen erprobte Methoden für eine fruchtbare und friedliche soziale Transformation bereit.

Heute sind 21 US-(Land)Kommunen Mitglieder bei FIC, darunter u.a. die bekannten alternativen -Stars- wie -East Wind-, -The Farm-, -Sandhill Farm- und -Twin Oaks-. 10 Organisationen wie z.B. das -Center for Communal Studies- oder die -Federation of Egalitarian Communities- sind mit FIC assoziiert. ●

Kontakt:
Fellowship for Intentional Community
93 Communities Gathering
8600 University Boulevard
Evansville, IN 47712, USA
(Turtle Island)

DIE PLASTIKKARTENINFLATION

Elektronische Zahlungssysteme im Einzelhandel

Der gegenwärtige Stand der IuK-Technik ermöglicht neue Formen des Zahlungsverkehrs auch im Einzelhandel. Bisher ist unsere Kultur weitgehend von der Barzahlung bestimmt. Es ist jedoch davon auszugehen, daß sich dies in der Zukunft zumindest in bestimmten Bereichen stark verändern wird. Dabei ist allerdings offen, welches Zahlungssystem sich schließlich durchsetzen wird.

Frank Müller, LINK-HH-ZER, Redaktion Heidelberg ● Die Vor- und Nachteile bestimmter technischer Lösungen werden dabei eine eher untergeordnete Rolle spielen. Wichtig ist vielmehr die Tatsache, daß unterschiedliche Konzepte des Technikeinsatzes bestimmte Interessengruppen begünstigen, andere hingegen benachteiligen. Somit ist verständlich, daß vielfältige Lösungen konzipiert werden. Ob die Durchsetzung am Markt gelingt, bleibt zunächst jeweils offen, da die Akzeptanz von mehreren Faktoren abhängig ist.

Zum Verständnis der vorliegenden Darstellung ist der Begriff des sogenannten »Point of Sale« (POS) von Bedeutung. POS meint alle Abrechnungsverfahren, deren elektronische Erfassung bereits am Ort eines Kaufaktes durch eine maschinenlesbare Geldkarte des Kunden beginnt. Diese Verfahren werden auch als POS-Banking oder Geldkartenzahlung bezeichnet (vgl. FAZ, 5. August 1987: 12). Geldautomaten von Kreditinstituten etwa zählen also folglich nicht zu den POS-Systemen.

Folgend werden zunächst die unterschiedlichen Systeme vorgestellt und ihre Anbieter genannt. Dabei wird ein kurzer Überblick über die grundsätzlichen Vor- und Nachteile für die Beteiligten gegeben. Anschließend werden die unterschiedlichen und teilweise gegensätzlichen Interessen der beteiligten Wirtschaftssubjekte vorgestellt. Die Thematik ist insofern etwas unübersichtlich, als sich Systeme und Anbieter überschneiden. Weiterhin ist die Entwicklung im Gange und somit nicht absehbar, welche Systeme sich mit welchen Anbietern durchsetzen werden.

Zahlungssysteme im Einzelhandel

Euroscheck-Karten-System

Das bewährte und besonders in der Bundesrepublik verbreitete Eurochecksystem mit Scheckformularen und Scheckkarte ist durch die EC-Cash-Funktion erweitert worden. Ein auf der Karte angebrachter maschinenlesbarer Magnetstreifen ermöglicht es dem Benutzer in Verbindung mit der individuellen Geheimzahl (persönliche Identifikationsnummer, kurz PIN), Geld an Automaten abzuheben. Weiterhin können Zahlungen im Einzelhandel im Rahmen des POS vorgenommen werden.

Das EC-Cash-System wird von den Banken und Sparkassen getragen und hat insofern einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Kreditkarten, als ihre Verbreitung und Akzeptanz bereits sehr groß sind.

Zwar muß der Einzelhandel die Kosten für die elektronischen Kassensysteme tragen, hat durch die beschleunigte Abrechnung gegenüber den Papier-Schecks jedoch den Vorteil, daß Buchungen schneller erfolgen. Da eine Gutschrift durch die Bank also zügig erfolgt, entstehen keine Zinsverluste durch Forderungen.

Kreditkarten von Banken, Sparkassen und Kreditkartenorganisationen

Ein weiteres Verfahren des bargeldlosen Zahlungsverkehrs sind die Kreditkarten. Sie wurden zunächst von speziellen Kreditkartenanbietern verbreitet. Technisch sind sie dem EC-Cash-System vergleichbar. Eine Geheimzahl ist bei ihnen jedoch erst in der Einführung. Kreditkarten ermöglichen die konventionelle wie elektronische bargeldlose Zahlung im Einzelhandel. Weiterhin werden Geldautomaten angeboten.

Kreditkarten werden einerseits von speziellen Kreditkarten-Firmen angeboten. Um der Konkurrenz durch diese Anbieter entgegenzuwirken, bieten Banken und Sparkassen längst eigene Kreditkarten an, so daß sie mit EC-Cash und Kreditkarten zwei elektronische Verfahren anbieten.

Der Vorteil für den Kunden liegt bei der Kreditkarte darin, daß sein Konto lediglich einmal im Monat belastet wird. Der Nachteil für den Handel liegt nun darin, daß etwa vier bis sieben Prozent des Umsatzes als Provision an die Kreditkartenorganisation abfließen. Die Hauptlast der Kreditkarte liegt also beim Einzelhandel. Für Banken- und Sparkassen ist die Ausgabe eigener Kreditkarten in dem Masse von Vorteil, als sie in der Lage sind, sonstigen Kreditkartenanbietern Marktanteile abzunehmen und somit ihre Kunden enger an sich zu binden.

Kunden- und Kreditkarten anderer Anbieter

Als Reaktion auf die Ausbreitung von Kreditkarten, die ihnen große finanzielle Lasten aufladen, sind gro ße Handelsunternehmen sowie andere große Organisationen dazu übergegangen, eigene Kundenkreditkarten auszugeben. Diese Initiative geschieht aber auch aus anderen Gründen. Einerseits dient die Verbreitung einer eigenen Kundenkarte der Imagepflege. Ein großes Wirtschaftsunternehmen erreicht ein modernes und solides Erscheinungsbild. Ein anderer, aber weit bedeutenderer Aspekt ist die Verfügung über kundenspezifische Informationen. Es zeigt sich, daß Wettbewerbsfähigkeit in der Zukunft mehr und mehr von differenzierten Informationen über Konsumgewohnheiten abhängen wird. Somit sind Unternehmen bestrebt, Strukturen zu schaffen, die sie in die Lage versetzen, Informationen verfügbar und nutzbar zu machen. Tritt ein Unternehmen also als eigenständiger Kunden- oder Kreditkartenemitent auf, so bedeutet das (über die Abrechnungsdaten) auch den Zugriff auf die Kaufgewohnheiten der Kunden, die sich in vielfältiger Weise zur elektronischen Vertriebsunterstützung nutzen lassen. Gerade bei den Kundenkarten, deren Anbieter von der Versicherung bis zum Automobilclub reichen, und die teilweise in Zusammenarbeit mit Kreditkartenorganisationen angeboten werden, ist die Unübersichtlichkeit der Informations-Verflechtungen besonders hoch.

Beteiligte Institutionen und Interessengruppen

Die Auswahl sowie die Reihenfolge der folgend aufgeführten Akteure erfolgt willkürlich und unstrukturiert. Ziel der Darstellung ist eine grundsätzliche Einführung in Beziehungsgefüge im Bereich elektronischer Zahlungsverfahren im Einzelhandel.

Kreditinstitute (Banken und Sparkassen)

Das POS-Banking hat für die Kreditinstitute zunächst einen überragenden Rationalisierungsvorteil. Eine allgemeine Durchsetzung elektronischer Abrechnungsverfahren bringt den Banken eine enorme Kostenersparnis, weil personalintensive Bereiche wie Nachttresor oder Kassierer reduziert werden können (vgl. Siemens-Zeitschrift 4/1987). Bei der in Dänemark etablierten DanCard wurde errechnet, daß die Administration eines Papier-Schecks umgerechnet zwischen DM 2.50 und 3.00 kostet, während eine elektronische Transaktion lediglich auf 60 Pfennige kommt (vgl. Euro-Magazin 2/89).

Ein weiterer Vorteil der Banken ist, daß elektronische Zahlungsverfahren eine engere Bindung des Handels an die Kreditinstitute fördern. Eigene »Händlerkredite« in Form von Kundenkarten lehnen die Banken ab, da ihnen die Verfügung über die Zahlungsabwicklung aus der Hand genommen würde. Dem Kreditgewerbe wäre die Verbreitung des auf der etablierten Euroscheckkarte basierenden EC-Cash-Systems am liebsten. Dieses System zu propagieren ist für die Banken und Sparkassen deshalb naheliegend, weil bereits 20 Mio. Kunden im Besitz einer Euroscheckkarte sind, und somit automatisch als potentielle Kunden für das EC-Cash-System zur Verfügung stehen (vgl. Siemens-Zeitschrift 4/1987).

Mittlerweile ist das EC-Cash-System allerdings in Bedrängnis geraten, da das Bundeskartellamt eine Sicherung des Wettbewerbs unterschiedlicher Kartensysteme verlangt hat. Somit sind die POS-Pläne der Kreditinstitute in Bezug auf die ec-Karte als gescheitert anzusehen. Banken und Sparkassen haben somit ihre Bemühungen auf ihr Kreditkartengeschäft verlagert (vgl. Handelsblatt 14.9.1989).

Das EC-Cash-System ist auch aus dem Grunde etwas im Nachteil, als der große Erfolg des Euroschecks auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkt geblieben ist. Somit ist auch das ec-cash-System ein deutscher Alleingang. Frage ist, inwieweit es einen Verdrängungswettbewerb zwischen ec-Karten und Kreditkarten geben wird, auch wenn Vertreter des Kreditgewerbes diesen Gedanken nicht teilen wollen (vgl. SZ, 22.4.1991).

Jede POS-Transaktion ist mit einer Online-Abfrage der Bonität des Kunden bei einer zentralen Stelle bzw. beim jeweils kontoführenden Rechenzentrum verbunden. Sollte eine wesentlich größere Verbreitung von POS erfolgen, so könnte dies dazu führen, daß die Leitungsnetze an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gelangen. Das Kreditgewerbe erwägt in Zukunft den Verzicht auf die Bonitätsabfrage, wie es bei den Kreditkarten üblich ist (vgl. SZ, 22.4.1991).

In jedem Falle hinterläßt der Kunde durch die Nutzung von POS eine Anzahl von Daten, die über seine Konsum-, und somit seine Lebensgewohnheiten offenlegen. Diese Situation werden Kreditinstitute in der Zukunft nutzen wollen, um für ihre Produkte ein gezielteres Marketing zu erschließen. Die Fachsprache nennt dies »elektronische Vertriebsunterstützung« (vgl. SZ, 30.7.1988). Für diese Vermutung spricht auch ein anderer Sachverhalt: alle Geschäftsbeziehungen des Kunden mit seiner Bank sind auf Datenverarbeitungsanlagen direkt abrufbar. »Die einzelnen Konten des Kunden liegen nicht mehr verstreut und isoliert auf den Magnetbändern der Institute, sondern die Softwarekonstrukteure haben sie elektronisch zusammengeführt und miteinander verknüpft« (SZ, 30.7.1988). Die Bank kann also jederzeit feststellen, was sie an einem einzelnen Kunden verdient, welche Dienste er in Anspruch nimmt, wie es um seine finanzielle Situation steht usw. Zusammen mit den Daten über getätigte POS-Zahlungen entsteht eine völlig neuartige Transparenz des Kunden.

Einrichtungen zur Buchungsabwicklung, Netzanbieter

Elektronische Buchungssysteme für eine automatisierte Zahlungsabwicklung bedürfen eines erheblichen technischen Aufwands, der einer zentralen Koordination bedarf. So ist etwa das EC-Cash-System ein komplexes Datennetz, das entwickelt, betrieben und gepflegt werden muß. An der Gesellschaft für Zahlungssysteme (GZS) mit Sitz in Frankfurt a. M. sind private Banken, Sparkassen und die Genossenschaftsbanken (40, 40, 20%) beteiligt. Die GZS entwickelt kartengesteuerte, bargeldlose Zahlungssysteme, und wickelt die im Zusammenhang mit den bargeldlosen Zahlungsverfahren EC-Cash und Eurocard anfallende Datenverarbeitung ab. Letzteres geschieht mittels eines Datenfernübertragungsnetzes mit der Bezeichnung EDCS (vgl. GZS-Bericht 1986). Weiterhin finanziert die GZS die »notwendigen einheitlichen Sicherheitskomponenten zur Prüfung der Kartenechtheit im Automaten (MM-Boxen)« (GSZ-Bericht 1987). Zu den Aufgaben der GZS gehört auch die Verhandlungsführung mit dem Einzelhandel über die Kostenverteilung beim Betrieb elektronischer Zahlungsverfahren (vgl. HDE Arbeitsbericht 1988).

Im Jahre 1987 wurde die EUROCARD Service GmbH gegründet. Sie ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der GZS und betreut Karteninhaber wie Vertragsunternehmen dieses Kreditkartensystems (vgl. GZS-Bericht 1987). Seit Anfang 1991 geben die Kreditinstitute die EUROCARD (sowie MasterCard und AccessCard) auf eigene Rechnung und eigenes Risiko heraus. Somit ist nun ein institutspezifisches Erscheinungsbild der Karte und ein eigener Leistungskatalog des entsprechenden Anbieters möglich. Die EUROCARD Service GmbH bzw. die GZS wird aber nach wie vor Akzeptanzstellen für die Kreditkarten aquirieren. Ansonsten wird die GZS vorwiegend eine Abwicklungsgesellschaft für Buchungen sein (vgl. SZ, 9. November 1990).

Das auf der Euroscheckkarte basierende EC-Cash-System führt nur dann zu einer Buchung, wenn zuvor eine positive Bonitätsprüfung des Kontos erfolgt ist. Dies geschieht mit vier verschiedenen Autorisierungssystemen, die den Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Kreditbanken und der Postbank zuzuordnen sind. Es ist zwischen zwei Autorisierungsverfahren zu unterscheiden. Zum einen gibt es das der Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Hier wird die Genehmigung oder Ablehnung einer Zahlung beim für die Kontoführung zuständigen Rechenzentrum abgefragt. Das System der Kreditbanken und der Postbank hingegen erfragt die Bonität des Kunden aus einem zentralen Rechner (vgl. Institut für Informations- und Kommunikationsökologie 1991).

Da bestimmte POS-Kassen in der Lage sind, Karten unterschiedlicher Anbieter in einem Gerät zu verarbeiten, stellt sich die Frage, ob die Trennung der Daten der unterschiedlichen Kartensysteme sichergestellt werden kann (vgl. Anlage 3, Vertrag über die Zulassung als Netzbetreiber 1991).

Netzbetreiber sind meist Töchter von Großunternehmen oder werden von bestimmten Branchen initiiert. So treten zur Abwicklung elektronischer Zahlungen im Tankstellennetz große Mineralölgesellschaften als Netzanbieter auf. Es gibt aber auch Firmen, die aufgrund ihrer technischen Erfahrungen als Netzbetreiber prädestiniert sind. Die TELECASH Kommunikations-Service GmbH etwa ist ein Gemeinschaftsunternehmen der Deutschen Bundespost TELECOM und der IBM Deutschland. Diese Gesellschaft bietet einen Komplettservice für Netzbetrieb an. Dazu gehören die Bereitstellung von Terminals und Datennetz aber auch die Wartung der Geräte oder die Händlerschulung. Diese Leistungen werden den Sparkassen angeboten, die diese Leistungen über eigene Verträge an die Händler weitergeben (vgl. Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Geschäftsbericht 1990).

Mit Einführung des europäischen Binnenmarktes zu Ende des Jahres 1992 werden sich die Wirtschaftsstrukturen in Europa stark verändern. Davon werden langfristig auch elektronische Zahlungsverfahren betroffen sein. Im Februar 1990 gründeten Sparkassen aus elf europäischen Ländern die EUFISERV, die European Savings Banks Financial Services Company. Ziel dieser Gesellschaft ist der Aufbau und die Bereithaltung von leistungsfähigen und preisgünstigen Zahlungssystemen. Das erste in Angriff genommene Projekt ist eine Kooperation der europäischen Sparkassen zur gegenseitigen Nutzung der Geldautomaten (Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Geschäftsbericht 1990).

Die Problematik des Vorhandenseins von rechtlich selbständigen Netzanbietern liegt darin, daß sie als Auftragnehmer von Datenverarbeitung speichernde Stellen sind, die dem Kunden gegenüber nicht in Erscheinung treten. Es ist davon auszugehen, daß die wenigsten Kartennutzer sagen könnten, welche Autorisierungs- bzw. Clearingstellen seine Kartenzahlung ermöglichen. Die Einhaltung der Bestimmungen des Datenschutzes sind schwer kontrollierbar, da die Strukturen der Zahlungssysteme schwer zu überblicken sind. Der europäische Binnenmarkt wird diese Situation noch verschärfen, wenn der Marktzutritt für ausländische Anbieter von Zahlungssystemen erleichtert wird. Weiterhin stellt sich die Frage, welches Datenschutzrecht im europäischen Rahmen jeweils anzuwenden sein wird.

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Elektronische Zahlungssysteme im Einzelhandel

Kreditkarten-Organisationen

Neben den Kreditkarten der Banken und Sparkassen gibt es eine Reihe weiterer Anbieter von Kreditkarten, die im Wettbewerb miteinander stehen. Auch diese Kreditkarten sind POS-fähig. Das Wachstum des Kreditkartengeschäfts ist enorm. Die Organisation Visa erwartet eine verfünffachung ihres Geschäftsvolumens bis zum Jahr 2000. Visa steht nunmehr vor der Einführung eines weltweiten Systems mit der Bezeichnung VisaNet 2000. Hauptmerkmal dieses Netzes ist die Integration verschiedener Funktionen. Neben umfangreichen Buchungsfunktionen ermöglicht das System Telefax-Funktionen und Videokkonferenzen (vgl. SZ, 28.11.90).

Der Allgemeine Deutsche Automobil Club (ADAC) bietet die Visa-Kreditkarte seinen Kunden zu Sonderkonditionen an. Der Automobilclub von Deutschland (AvD) ist ebenfalls mit Kreditkartenorganisationen über eine Zusammenarbeit im Gespräch (vgl. Hamburger Abendblatt, 5.4.1989). Für die Kreditkartenorganisationen ist diese Zusammenarbeit mit großen Automobilclubs ein Vorteil, weil sie sich einen sehr großen potentiellen Kundenkreis erschließen. Die Automobilclubs selbst erzielen eine größere Bindung ihrer Mitglieder. Inwieweit die Clubs von den anfallenden Kundendaten profitieren, bliebe zu klären.

Einzelhandel

Der Einzelhandel wünscht sich nach wie vor eine Zahlweise seiner Kunden: die Barzahlung. Die Euroscheckkarte in ihrer bisherigen nichtelektronischen Form ist ebenfalls akzeptiert. Kreditkarten – auch in der nichtelektronischen Form – steht der Einzelhandel verhalten gegenüber. Ein solches Abrechnungsverfahren bürdet dem Handel Provisionen in Höhe von zwischen vier und sieben Prozent des Umsatzes auf. Was die Kostenverteilung beim elektronischen EC-Cash-System betrifft, so haben langwierige Verhandlungen zwischen den Vertretern des Einzelhandels (Arbeitskreis »Neue Zahlungssysteme« der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels (HDE)) und denen des Kreditgewerbes (Gesellschaft für Zahlungssysteme) stattgefunden (vgl. FAZ, 5. August 1987, HDE-Arbeitsbericht 1988). Zu Ende des Jahres 1988 wurde eine Regelung beschlossen, die vorsieht, daß der Händler für jeden POS-Zahlungsvorgang einen Betrag vonsieben Pfennigen zuzüglich zwei Promille des Umsatzes zahlt. Ob diese Kosten unmittelbar über Gebühren an den Kunden überwälzt werden, geht aus der Quelle leider nicht hervor. Weiterhin muß der Handel die Kosten für die Kassenterminals tragen (vgl. Computer Zeitung, 2.November 1988).

Als Reaktion auf die als unverhältnismäßig empfundenen Kosten durch Kreditkarten-Provisionen startete das Hotel-und Gaststättengewerbe den Versuch, eine eigene Kreditkarte auf dem Markt zu etablieren. Sie sollte den Namen »Deutsche Kreditkarte« tragen. Dieses Vorhaben ist aus verschiedenen Gründen gescheitert, und so sind weitere Aktivitäten nicht mehr zu erwarten. Der Einzelhandel hat sich darauf verlegt, den Wettbewerb unter den verschiedenen Kreditkartenanbietern möglichst zu fördern, um so den hohen Provisionen entgegenzuwirken (vgl. Schreiben der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels vom 21. Februar 1990).

Die Einführung von POS-Systemen ist durchaus vom Wohlwollen des Einzelhandels abhängig, wobei nicht nur die durch ihn zu tragenden Gebühren eine Rolle spielen. Einen einheitlichen Grad der Akzeptanz kann es vor allem deshalb nicht geben, weil die Vorteile von POS-Verfahren von der jeweiligen Branche abhängen. Grundsätzlich läßt sich sagen, daß durch elektronische Kartenverfahren die Zahl von Spontankäufen zunimmt, was sich als Umsatzsteigerung für die Einzelhandelsunternehmen positiv auswirkt. Allerdings profitieren davon eher die Anbieter von Luxusgütern. Dagegen ist dieser Effekt etwa im Lebensmittelhandel nicht zu verzeichnen. Ein weiterer Grund für die Zurückhaltung des Einzelhandels gegenüber elektronischen Zahlungsverfahren ist, daß Handelsunternehmen einen Schwerpunkt zunächst auf die elektronische Zentralisierung des Einkaufs mittels spezieller Warenwirtschaftssysteme gelegt haben und somit POS nur eine nachgeordnete Priorität besitzt (vgl. Euro-Magazin 2/1989).

Aus Kostengründen wünscht sich der Einzelhandel, möglichst alle Kartensysteme in einem Terminal verarbeiten zu können. Weiterhin wäre aus demselben Grund auch eine einheitliche Datenübertragung zu fordern (vgl. Protokoll der 3. Sitzung des Arbeitskreises Automatisierung, Januar 1989). Zusätzlich gibt es Überlegungen, eine Koppelung der POS-Systeme mit den Warenwirtschaftssystemen des Handels vorzunehmen. Dies wird besonders bei großen Unternehmen der Fall sein (vgl. 3rd International Bank Card Conference, Februar 1990, Redemanuskript Dr. Weyhenmeyer).

Einzelhandelsverbände

Da die Kreditkartenpläne des Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA) im Jahre 1989 auf groteske Weise gescheitert sind (einem Abmahnverein gelang die Erwirkung einer einstweiligen Verfügung gegen den Kartennamen), haben sich die Einzelhandelsverbände darauf verlegt, lediglich vor der »Kreditkarteninflation« zu warnen. Es würde amerikanische Verhältnisse heraufbeschwören, wenn es Banken und Sparkassen gelingen würde, eine »Massenkarte« zu etablieren, wie sich Wolfgang Hinrichs von der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels ausdrückt (vgl. FAZ, 5. August 1987). Der Vergleich mit Amerika ist insofern irreführend, als dort keine einheitliche Massenkarte existiert, sondern vielmehr eine Vielzahl unterschiedlichster Systeme, wie das Beispiel des Kaliforniers Walter Cavanagh zeigt, der im Besitz von ziemlich genau 2.000 Karten ist (vgl. SZ, 6.6.1991). Dem Einzelhandel ist vielmehr daran gelegen, einer durch hohen Marktanteil der Kartensysteme der Banken und Sparkassen entstehenden Quasi-Monopolstellung entgegenzuwirken.

Die Einzelhandelsverbände selbst sind an der Ausgabe von Kundenkreditkarten nicht beteiligt. Sie entwickeln dafür auch keine Konzepte. Kundenkreditkarten sind individuelle Projekte einzelner Handelsunternehmen (vgl. Schreiben der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, 21. Februar 1991).

Hard- und Softwarehersteller

Die Realisierung von Sicherheitsanforderungen verursacht für die Hersteller von Computersystemen erhebliche Kosten. Es nimmt daher nicht Wunder, daß nach Möglichkeit versucht wird, diese Kosten möglichst niedrig zu halten, indem man auf einen möglichst niedrigen Standard von Sicherheitsvorkehrungen hinwirkt. Die Hersteller von POS-Terminals haben sich daher mit der Gesellschaft für Zahlungssysteme über die Stückpreise für die Geräte auseinandergesetzt. Grundsätzlich ist aber davon auszugehen, daß die Hersteller an einer möglichst schnellen Verbreitung von POS-Systemen interessiert sind, da sich hier ein erheblicher Absatzmarkt auftut (vgl. Euro-Magazin 2/1989).

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Verbraucher

Für den Verbraucher mag die Nutzung der elektronischen Zahlungsverfahren bequem und mit hohem Sozialprestige verbunden sein. Dafür muß er jedoch auf der anderen Seite eine Reihe von Nachteilen in Kauf nehmen. Zunächst ist das Kartenzahlungsverfahren mit dem Risiko des Mißbrauchs behaftet. So besteht für den Nutzer selbst keine Möglichkeit, die persönliche Identifikationsnummer (PIN) zu verändern. Je häufiger die PIN verwendet wird, desto unwahrscheinlicher wird die Geheimhaltung. Weiterhin ist für den Benutzer nicht transparent, ob die Vertraulichkeit der Kommunikation zwischen ihm und dem Gerät möglicherweise gebrochen wird (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin, Drucksache 10/1988).

Obwohl die Buchung für den Kunden beleglos erfolgt, ihm also sehr flüchtig erscheint, wird die Anonymität des Kaufvorgangs aufgehoben. Der Kunde hinterläßt bei all seinen Kaufakten eine »Spur«, die sich theoretisch zu einem Bild seiner Kaufgewohnheiten zusammenfügen läßt. Dabei kommen Informationen in die Hände des Handels, der Autorisierungsstellen, der Clearingstellen und der Kreditinstitute. Inwieweit Pläne zur weiteren Nutzung dieser Daten bestehen, erscheint unklar. Nun geht die Kreditwirtschaft davon aus, daß die Verbraucher mit dem Akzeptieren der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Verarbeitung der bei der Kartenzahlung anfallenden Daten zustimmt. Nach Ansicht des Instituts für Informations- und Kommunikationsökologie (IKÖ) würde eine bewußte Einwilligung jedoch eine Unterrichtung über Datenströme, Speicherung und Auswertung erfordern. Dies geschieht bisher nicht (vgl. IKÖ 1991).

Da dreiviertel aller Verbraucher lediglich Beziehungen zu einer Bank unterhalten, kann die Bank einen Überblick über die gesamte finanzielle Situation privaten Haushalts gewinnen. Als Ausweichstrategie wäre dem Kunden ein Splitting seiner Bankkontakte anzuraten (vgl. SZ, 30.7.1988). Weiterhin besteht zur Zeit noch die Möglichkeit, auf die Automatenfähigkeit der Euroscheckkarte zu verzichten (vgl. ZIP-aktuell 7/1987). Somit lassen sich Nachteile aus Automatentransaktionen vermeiden. Was eine zentrale Online-Autorisierung betrifft, so würde ein Verzicht technischen Aufwand verringern und die Zahl personenbezogener Daten verringern. Auf der anderen Seite bedeutet der Verzicht auf Autorisierung auch den Verlust der Möglichkeit einer Sperrung der Karte bei Verlust oder Diebstahl (vgl. SZ, 27.2.1990). Risiken durch kriminellen Mißbrauch sowie die nicht unerheblichen Kosten elektronischer Zahlungsabwicklung zeigt die deutlichen Makel dieser Systeme. So spricht Dr. Weyhenmeyer von der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels von einer »unheiligen Allianz« zwischen Einzelhandel und Verbraucher hinsichtlich der Kreditkarten: Ein noch relativ kleiner Kreis gutsituierter Bürger nutzt ein Zahlungssystem, dessen Kosten und Risiken alle anderen Kunden mittragen müssen (vgl. International Bank Card Conference, Februar 1990, Redemanuskript Dr. Weyhenmeyer).

Deutscher Gewerkschaftsbund

Welche Bedeutung neuartigen Zahlungsweisen beigemessen wird, zeigt die Tatsache, daß selbst der Deutsche Gewerkschaftsbund sich mit Plänen für eine Service-Karte beschäftigt, die später zu einer vollwertigen Kreditkarte erweitert werden könnte. Die dahinterstehenden Überlegungen sind vermutlich ähnlicher Art wie die etwa der Automobilclubs, die bereits erwähnt wurden. Der Einzelhandel steht derartigen Aktivitäten wiederum sehr skeptisch gegenüber, weil er durch derartige Verfahren Wettbewerbsverzerrungen durch die Gewährung von Sonderrabatten für bestimmte Gruppen. So genießen die Mitglieder des Beamtenhilfswerks (BSH) bei bestimmten Handelsunternehmen Rabatte. Der Einzelhandel befürchtet eine Ausweitung solcher Regelungen durch eigene Kartensysteme der Gewerkschaften (vgl. FR, 17.8.89).

Versicherungen

Auch die Versicherungen gehen dazu über, an ihre Kunden zunächst Kundenkarten auszugeben. Beispiel dafür ist etwa die AdvoCard in der Rechtschutzversicherung. Der Vorteil liegt für den Kunden angeblich darin, daß der Rechtsanwalt seine Abrechnung direkt bei der Versicherung vornimmt. Zur Abwicklung von Schadensfällen bei Kraftfahrzeugversicherungen bietet die Allianz die sogenannte Auto-Card an. Auch hier rechnet die Vertragswerkstatt die Schadensfälle direkt bei der Versicherung ab. Weiterhin wird über diese Karte Pannenhilfe gewährleistet. Die Karte dient jeweils als Ausweis. Sie enthält die Vertragsnummer des Kunden (vgl. Hamburger Abendblatt, 5.4.1989).

Europäische Gemeinschaften

Im Bezug auf elektronische Zahlungsverfahren ist die Europäische Gemeinschaft bestrebt, einen Verbraucherschutz durch einheitliche Vorschriften zu schaffen (vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, November 1988). Hauptziel der Europäischen Gemeinschaft ist die Vollendung des Binnenmarktes, »wobei Zahlungssysteme eine wesentliche Rolle spielen«. Es geht also in erster Linie um den Schutz des Verbrauchers vor der Schädigung seiner unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen (vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, November 1988).

Bundeskartellamt

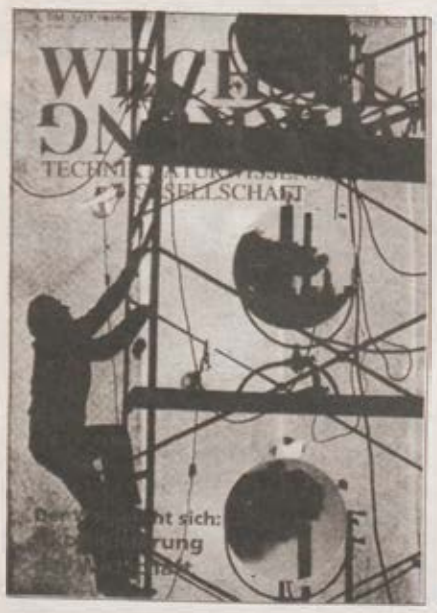
Um den Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Kartenanbietern möglichst sicherzustellen, muß POS allen Kartenanbietern unter gleichen Voraussetzungen zugänglich sein. Ein Privileg der Banken und Sparkassen durch das ECCash-System darf nach Ansicht des Bundeskartellamtes nicht durch POS-Verfahren zusätzlich gefördert werden (vgl. Handelsblatt, 14.8.1989). ●

Anzeige

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über gesellschaftliche Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik.
WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.
WECHSELWIRKUNG behandelt politische und gesellschaftliche Themen auch unabhängig von Technik und Naturwissenschaft.
WECHSELWIRKUNG erscheint alle zwei Monate im Buchhandel.



Nr. 51, Oktober 1991

Schwerpunkt:
Ökologisierung der Wirtschaft
Ökologische Produktpolitik ... Öko-Controlling ... Umweltschutz versus Wettbewerbsfähigkeit ... Ökologische Buchhaltung ... Jenseits des Systemglaubens
Naturwissenschaft und Technik:
Zur Einstufung und Regulierung krebserzeugender Stoffe ..... Chemiepolitik und Nahrungsmittelproduktion
Gesellschaft und Politik:
Alternative Bildungseinrichtungen in der Türkei ... Beschleunigte Entmündigung
Frauen:
Technik: politischer als Politik, persönlicher als das Private
Probeheft für DM 2,- in Briefmarken!

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG, Mariabrunnstr. 48, D-5100 Aachen

IKÖ-AKTION »TRANSPARENZ BEI EC-KARTENZAHLUNG«

ec-Karte und Geheimzahl — das genügt ... NICHT!

Das Bezahlen mit Plastikgeld ist keine neue Sache. Seit den 50er Jahren gibt es Kreditkarten, und seit den 70er Jahren kann in den meisten europäischen Ländern mit eurocheque und ec-Karte bezahlt (oder Geld abgehoben) werden. Neu ist je doch die elektronische Verarbeitung dieser Transaktionen, ausgelöst am Ort des Verkaufs (Point-of-Sale). Sichtbarstes Zeichen dieser neuen Verarbeitungsqualität ist der Magnetstreifen auf der Rückseite der Plastikkarte.

Knud Bach, Stephan Klein, Herbert Kubicek, Kommunikationsökologie e.V. ● Bereits seit Anfang der 80er Jahre können mit der ec-Karte der Banken und Sparkassen völlig beleglos Abhebungen vom Girokonto am Geldausgabeautomaten vorgenommen werden. Dieser schecklose Einsatz der eurocheque-Karte setzt sich seit Mitte 1990 auch an Tankstellen und im Einzelhandel durch. Das Schlagwort heisst hier »electronic-cash« oder allgemein »Point-of-Sale Banking«. Die Shell-Tankstellen sind hier am weitesten und haben auch die Werbeformel »ec-Karte und Geheimzahl – das genügt« verbreitet.

Das electronic-cash System ist letztlich ein (im Aufbau befindliches) komplexes Datennetz. Bei jedem Bezahlvorgang mit ec-Karte und Geheimzahl wird eine Verbindung von der Kasse zum Bankrechner hergestellt. Vom Computer der Bank wird die Transaktion genehmigt (autorisiert), wenn die eingegebene Geheimzahl korrekt ist, die Karte nicht auf einer Sperrliste vermerkt ist und der Verfügungsrahmen des Kunden/der Kundin für den Einkaufsbetrag noch ausreicht. Zwischen dem Händlersystem und dem Autorisierungssystem der Banken vermittelt ein sogenannter Netzbetreiber. Dies kann ein spezielles Unternehmen (z.B. TeleCash GmbH – ein Gemeinschaftsunternehmen von IBM und DBP Telekom) sein oder eine Institution, die der Banken- oder Handelsseite zuzurechnen ist. So sind die meisten Mineralölgesellschaften selbständige Netzbetreiber für electronic-cash.

In der Kreditwirtschaft gibt es vier verschiedene Autorisierungssysteme. Jede Institutsgruppe (Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Kreditbanken und die Postbank) betreibt ein eigenes Autorisierungssystem. Bei den Kreditbanken und der Postbank wird die Genehmigung oder Ablehnung einer ec-Kartenzahlung in einem zentralen Computer durchgeführt. Die Sparkassenorganisation und die Genossenschaftsbanken wollen jede einzelne Anfrage bis zum kontoführenden Rechenzentrum weiterleiten.

Eine Vielzahl von Rechnern verarbeitet und übermittelt die Daten der mit Karte bezahlten Einkäufe. Der/die einzelne kann nicht mehr wissen, wer was wann über ihn/sie speichert. Die Kreditwirtschaft geht davon aus, dass man durch die Anerkennung ihrer AGB (Allgemeine Geschäftsbedingungen) mit der Kontoröffnung und der ersten Kartenbenutzung in die Verarbeitung und Speicherung der Daten einwilligt. Nach Auffassung des IKÖ setzt eine bewußte Einwilligung voraus, dass die Betroffenen über die Datenströme und Datenspeicherungen und eventuelle Datenauswertungen informiert werden. Diese Informationen werden von den beteiligten Organisationen bisher jedoch nicht gegeben. Um dahin zu kommen, müssen die Betroffenen selbst Transparenz einfordern.

Hierzu kann jede(r), die/der mit ec-Karte und Geheimzahl bezahlt, den nebenstehenden Musterbrief an den Händler/Tankstelle schicken. Zwar kann der Händler selbst meist keine Auskunft geben, er ist aber der einzige für die Kartenzahler/-innen offensichtlich Beteiligte am electroniccash-System. Ist der Händler selbst speichernde Stelle, muß er die Anfrage beantworten. Andernfalls ist er nach dem neuen Bundesdatenschutzgesetz verpflichtet, das Gesuch an die speichernde Stelle weiterzuleiten.

Ziel der Aktion soll es sein, dass jeder Händler seinen Kunden/Kundinnen – per Faltblatt o.ä. – mitteilt, wie seine/ihre Daten im electronic-cash System ins Autorisierungssystem der Banken gelangen und was dort damit geschieht. Jede einzelne Bank oder Sparkasse soll ihren kartenzahlenden Kunden/Kundinnen mitteilen, wo in ihrem Autorisierungssystem personenbezogene Daten gespeichert werden und wie lange diese gespeichert bleiben. Denn das Interesse der Kartenbranche die erhobenen Daten für eigene oder fremde Zwecke auszuwerten, dürfte nicht unerheblich sein.

Von erhaltenen Antwortschreiben bitten wir eine Kopie anzufertigen und diese an das IKÖ-Büro in 4600 Dortmund, Balkenstr. 17-19 zu senden. Nur so können wir über den Verlauf der Aktion berichten.

Auszug aus dem Bundesdatenschutzgesetz vom 20.12.1990 (seit 1.6.1991 in Kraft):
§ 3, Absatz 8:
Speichernde Stelle ist jede Person oder Stelle, die personenbezogene Daten für sich selbst speichert oder durch andere im Auftrag speichern läßt.
§ 6, Absatz 2:
Sind die Daten der Betroffenen in einer Datei gespeichert, bei der mehrere Stellen speicherungsberechtigt sind, und ist der Betroffene nicht in der Lage, die speichernde Stelle festzustellen, so kann er sich an jede dieser Stellen wenden. Diese ist verpflichtet, das Vorbringen des Betroffenen an die speichernde Stelle weiterzuleiten. Der Betroffene ist über die Weiterleitung und die speichernde Stelle zu unterrichten. ...
§ 34, Absatz 1:
Der Betroffene kann Auskunft verlangen über 1. die zu seiner Person gespeicherten Daten ..., 2. den Zweck der Speicherung und 3. Personen und Stellen, an die seine Daten regelmässig übermittelt werden, wenn seine Daten automatisiert verarbeitet werden. ...

Auszug aus den AGB-Sonderbedingungen für den ec-Service:
1. Service-Leistungen. Zur Nutzung des ec-Service gibt das Kreditinstitut ec-Karten aus. Sie dienen als Garantiekarte für den eurocheque, zur Abhebung von Geldbeträgen an ecGeldautomaten, zur bargeldlosen Bezahlung an automatisierten Kassen, die für den ec-Service zugelassen sind (nachfolgend »POS-Kassen«). Das Kreditinstitut teilt dem Karteninhaber bei Aushändigung der ec-Karte mit, welche Funktionen er hiermit nutzen kann.
7.1 Verfügungsrahmen des Karteninhabers. Das Kreditinstitut stellt dem Karteninhaber für Abhebungen an ec-Geldautomaten und für Bezahlungen an POS-Kassen für einen bestimmten Zeitraum einen Verfügungsrahmen bereit, den es ihm bekanntgibt.
...
8.2 Einwendungen bei POS-Zahlungen. Einwendungen und sonstige Beanstandungen des Karteninhabers, die das Vertragsverhältnis mit dem die POS-Kassen betreibenden Unternehmen betreffen, sind unmittelbar gegenüber dem Unternehmen geltend zu machen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

»ELECTRONIC-CASH«-SYSTEM IN OLDENBURG

Der CC-Paß – Spaß mit Risiko

Seit dem 1. September ist es in Oldenburg möglich, bargeldlos buszufahren und später auch bargeldlos einzukaufen, was durch das »electronic cash«-System, in Oldenburg in Form des CC-Passes ermöglicht wird. Die Handhabung des CC-Passes ist denkbar einfach: Beim Busfahren wird der CC-Paß beim Ein- und Aussteigen und im Geschäft an der Kasse in den Kartenleser gesteckt, der registriert, wer wieviel Geld zu bezahlen hat. Die entsprechende Firma zieht die Beträge dann vom Konto der BenutzerInnen ein.

Manche Firmen locken mit Sparangeboten. So wirbt z.B. die V.W.G damit, daß sich die KundInnen keine Gedanken mehr über Tarifgrenzen und den günstigsten Tarif machen müssen, da bei der Abrechnung am Monatsende jeweils der günstigste Tarif berechnet wird.

Dieses neue System klingt sehr praktisch, verleitet jedoch zum vermehrten Geldausgeben, denn der/die KundIn sieht nicht mehr, was er/sie für die Ware oder die Dienstleistung ausgibt. Der Bezug zum Geldwert geht verloren. Dadurch könnte die Verschuldung von Einzelpersonen in Zukunft stärker zunehmen.

Problematisch ist ebenso das große Vertrauen in die Unfehlbarkeit der Technik, die in Wirklichkeit alles andere als perfekt ist. Defekte und Fehler bei der Verarbeitung der CC-Paßdaten, die den Geldbeutel empfindlich treffen können, sind schwer beweisbar und werden dem/r KundIn zur Last gelegt.

Die größte Gefahr dürfte aber in der Natur der elektronischen Datenerhebung selbst liegen. Beim Einschieben der Karte in den Kartenleser im Bus werden Karteninhaber (oder die Kartennummer), das Datum, die Uhrzeit, die Einsteige- und Zielhaltestelle registriert, beim Einkauf wer was wann wo für wieviel gekauft hat. Diese Informationen müssen zentral gesammelt werden, damit die V.W.G. oder das Geschäft später ggf. Spartarifangebote oder Vergünstigungen berechnen und das Geld vom KundInnenkonto einziehen kann. Es sind also alle persöolichen Fahrt- und Einkaufsdaten zentral gespeichert und grundsätzlich vollständig (d.h. mit Namen) verfügbar. Die Verwendungsmöglichkeiten sind vielschichtig: Es können nicht nur Fahrgaststatistiken erhoben werden, aufgrund derer Fahrpläne erweitert oder gekürzt werden können, sondern es besteht leider auch die Gefahr, daß die Daten an andere Stellen weitergegeben werden (heute zwar illegal, aber ohne Aufsehen zu erregen möglich, denn Datenweitergabe hinterlässt keine Spuren), was heute bereits mit Adressen (wer hat noch nie Werbepost von unbekannten Firmen bekommen), Einwohnermeldeamt, aber auch mit KFZ-, Schufa und sogar mit Volkszählungsdaten geschieht. KFZ-Daten werden z.B. an das Kreiswehrersatzamt weitergegeben, das die Fahrzeuge für Verteidigungsfälle einplant und der Verfassungsschutz bekommt Daten von der Schufa. Wer kann garantieren, dass die Weitergabe der »CC-Paß-Daten« wirklich unterbleibt?

Besonders interessant könnten die CC-Pass-Daten für Werbestrategen, Polizei, Ausländerbehörden, Verfassungsschutz und andere Ämter sein, denn mit den Informationen können schnell und einfach einzelne Menschen überprüft und ihre Lebensgewohnheiten abgelesen und analysiert werden. Dieses sind zunächst einmal nur Möglichkeiten, deren Realisation jedoch technisch kaum Probleme bereitet. Vorraussetzung dafür ist eine rege Teilnahme am CC-Paß, der in Oldenburg gerade als Pilot-Projekt läuft und sich erst rentieren muss. Noch hat die Gesellschaft, und damit jedeR einzelne, die Chance, sich zu überlegen, ob sie dieses Risiko eingehen will. ●

aus: »Oldenburger Stachel«, Politik und Kultur in Oldenburg und Umgebung. Auszug aus Nr. 9/91. Der Oldenburger Stachel ist eine Zeitung über Kultur und Politik in Oldenburg.

Zum kopieren:

Absender:

, den.....1991

Händleranschrift:

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen des sogenannten electronic-cash haben Sie am ..... meine eurocheque-Karte als Zahlungsinstrument akzeptiert. Hierbei wurde als personenbezogenes Datum meine Kontonummer (.....) neben weiteren anderen Daten gespeichert. Ich möchte Sie nun bitten, mir Auskunft zu erteilen über alle zu meiner Person (im Zusammenhang mit meiner Kontonummer) gespeicherten Daten, sowie mir den Zweck und die Dauer der Speicherung sowie die vorgesehenen Auswertungen mitzuteilen. Hierbei beziehe ich mich auf den § 34, Absatz 1 des neuen, seit 1.6.1991 in Kraft gesetzten Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG).

Diese Anfrage muß ich an Sie richten, auch wenn Sie nicht in der Lage sein sollten, mir über die in der Kasse gespeicherten Daten hinaus Auskunft zu erteilen und es möglich ist, dass Sie rein rechtlich nicht als speichernde Stelle (vgl. §3, Absatz 8 BDSG) einzustufen sind. Die juristisch zuständige speichernde Stelle ist mir jedoch nicht bekannt. Bei der komplexen Vernetzung zwischen Handel und Kreditwirtschaft im Rahmen des electronic-cash erscheint mir dies auch nicht möglich. Nach § 6, Absatz 2 BDSG sind Sie aber verpflichtet, meine Anfrage an die zuständige speichernde Stelle weiterzuleiten und mich hierüber zu unterrichten.

Mit freundlichen Grüssen

BERLIN: WERKSTATT FÜR DEZENTRALE ENERGIEFORSCHUNG E.V.

Forschung - einmal anders gedacht

Ende September erhielten wir von einem Herrn Herrmann aus Stuttgart eine Postkarte, auf der folgendes stand: »Als Sprecher des Landesarbeitskreis Schule der Grünen Baden-Württemberg bekomme ich immer wieder Post von Euch. Da die Sendung regelmäßig im Papierkorb landet, weil wir nicht zu einem Vortrag mal abends nach Berlin fahren, bitte ich uns aus Eurem Verteiler zu streichen.« Diese Karte spiegelt die ganze Krux wieder, in der wir stecken: wir werden, selbst wenn wir gelesen werden, unvollständig gelesen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

B. Schaeffer/D. Kersten, Redaktion Alternative Energie ● Wer ist wir? Wir, das ist der gemeinnützige Verein Werkstatt für dezentrale Energieforschung, der 1981 gegründet wurde. Wir, das sind Menschen, eben auch keine verbeamteten Wissenschaftlerinnen. Nach unserem Selbstverständnis und unserer Satzung verstehen wir uns einerseits als eine Gemeinschaft, in der Energieformen, die dezentral genutzt werden können, erforscht und entwickelt werden und andererseits als eine Ideen-Werkstatt im Sinne von Robert Jungk, als eine Sammelstation für die abstrusesten Energie-Ideen, aber auch als WahrerInnen verlorengegangenen Wissens auf dem Energiesektor. Wissenschafts- und Technikkritik gehören ebenso zu unserem Repertoire wie der Wille, eine neue, andere Forschungs- und Wissenschaftspolitik gegenüber den herrschenden Zuständen durchzusetzen. Wir grenzen uns ab von den Gruppen und Firmen, die sich mit Wind- und Solarenergie, mit thermischer Energie, mit Wasserkraft- und Gezeitenenergie und mit Wasserstoff-Energie befassen oder gar mit Bio-Sprit autofahren wollen, und zwar nicht, weil wir die Forschung und Entwicklung in diesen technischen Bereichen für sinnlos halten, sondern weil die Lobby dafür schon groß genug ist. Sie sind, was die dezentrale Nutzung dieser Energieformen anbelangt, sogar unsere Schwestern und Brüder. Wir sind jedoch der Meinung, daß – einschließlich des lebensnotwendigen Sparens – die genannten Energieformen (und auch das Wärme-bzw. Kälte-Isolieren) nicht ausreichen, um unseren Bedarf an Energie zu decken und wir halten die dauernde Beschwörung mancher Politiker, -alternative Energien- und -Isoliermaterialien oder -Systeme- zu entwickeln bzw. zu verwenden, für eine Flucht in's Unverbindliche: die -beste- Ausrede heißt dann immer noch, Atomkraftwerke bauen.

Ein Beispiel aus dem Bereich -verlorengegangenes Wissen- ist die Zellenrad-Wärmepumpe. Mit dieser Wärmepumpe wurde bereits 1939 das Stadthaus in Zürich beheizt. Als Antriebsmedium wird hier Luft verwendet (nicht der Ozonkiller Fregen bei den auf dem Markt befindlichen Wärmepumpen). Sie kann im Unterschied zu den heutigen Wärmepumpen auch unterhalb von 0 C betrieben werden. Der entscheidene Unterschied besteht auch darin, daß sie durch Wärme und nicht durch elektrische Energie angetrieben werden kann. Zum Verständnis: die mit elektrischer Energie angetriebenen Wärmepumpen können nur zum Teil den Energieverlust ausgleichen, der bei dem Stromerzeuger im Kraftwerk entsteht. Die auf dem Markt befindlichen Wärmepumpen sind ökologisch und ökonomisch völliger Schwachsinn. Wärmebetriebene Wärmepumpen, wie die Zellenrad-Wärmepumpe, können die erzeugte Wärme wirklich vermehren, im Mittel auf das Doppelte bis Dreifache. Jeder, der eine Heizung betreibt (und bezahlen muß), weiß, was es finanziell für ihn bedeuten würde, wenn er nur ein Drittel für die Heizung aufbringen müßte. Das Gleiche gilt natürlich auch für den Sauerstoffverbrauch und den CO 2-Ausstoß. Ein solches Heizungssystem ließe sich in wenigen Jahren brauchbar entwickeln und hätte dann einen Spareffekt unvorstellbarer Größe. Alle Solarzellen zusammen sind dagegen nur Spielkram.

-Alternative Energien- ist das Stichwort, was überall, nicht nur bei den Politikern, herumgeistert. Im Fremdwörter-Duden von 1960 steht als Erklärung für -alternativ-: -wahlweise, zwischen zwei Möglichkeiten wechselnd-. Was uns eint mit den -wechselnden Möglichkeiten- ist der Wunsch und der Wille, von jeder Verbrennung für die Energienutzung wegzukommen, es sei denn für folkloristische Anlässe. Kohle, Öl, Erdgas und Uran sind Schätze, die in Jahrmillionen von der Natur unseres Planeten erzeugt worden sind, es sind endliche Naturstoffe, und es ist nicht akzeptabel, sie in einem zweijahrhundertjährigen Raubbau zu verbrauchen. Und es ist fast pervers, wertvolles Ackerland für Biosprit zu benutzen, auch wenn wir nicht nur damit Autofahren, sondern uns auch die Wohnung warm machen könnten. Der Kunstdünger und die Pestizide, die verwandt werden müssen, um genügend Pflanzen wachsen zu lassen, wird Boden und Grundwasser so nachhaltig verseuchen, daß unsere Enkel und Urenkel uns für unsere Habgier noch mehr verfluchen, als sie es ohnehin tun werden. Bei dieser Betrachtungsweise haben wir noch nicht einmal an die 2. und 3. Welt gedacht, die wir ja nicht nur auf dem Sektor Energie in alter kolonialer Überheblichkeit ausbeuten.

Nun gibt es neben dem Wort alternativ ein zweites Fremdwort, welches sich großer Beliebtheit erfreut: Paradigmen-Wechsel. Es ist schon interessant, was in dem Duden von 1960 dazu steht: -1) kurze Erzählung, die etwas durch ein Beispiel verdeutlicht (Rhet.). 2) ein durchgebeugtes Haupt- und Zeitwort, das beispielhaft für alle gleichgebeugten steht; Musterbeispiel, Flexionsmuster (Sprachw.).- 1960 waren diese Wörter noch nicht ideologisch besetzt. -Beugen- wir uns also, um -Erzählungen- zu lauschen? Gerade Physiker, wie auch der berühmte Schreiber Capra, bedienen sich gerne des Ausdruckes -Paradigmen-Wechsel-. Das Publikum soll verstehen, daß sich etwas ändern soll; die -Fachleute- wollen aber nur das -Vorzeichen- ändern, denn nicht Kreativität und Wissen beherrscht die Naturwissenschaften (Physik), sondern Glauben, Bequemlichkeit, manchmal sogar Angst vor der eigenen Courage. Ein Ruhebett in der Physik sind die zwei physikalischen Hauptsätze (Regeln). Beide Hauptsätze sind zu Glaubenssätzen geworden, die sich jeder Nachprüfung entziehen. Der 1. Hauptsatz der Thermodynamik sagt, daß Energie nicht verloren geht; Energie wird in Wärme umgewandelt und diese Wärme bleibt der Umwelt erhalten. Der 2. Hauptsatz besagt, daß diese Energie aus der Umwelt nicht mehr zurückzuholen ist. Er besagt aber auch, daß, ganz egal wie und wo, nie mehr als ungefähr 35% aus unseren fossilien Energieträgern an Energie herauszuholen ist, sieht man mal von technischen Tricks ab. Eigentlich sind diese physikalischen Hauptsätze **Erfahrungssätze**, die Wissenschaft behandelt sie aber als **Glaubenssätze**. Damit wir uns richtig verstehen: der 2. Hauptsatz hat in sehr vielen Bereichen seine Gültigkeit – es kommt auf die Ausnahmen an, und diese Ausnahmen sind für uns lebenswichtig. Und warum soll es keine Ausnahmen geben? Die Natur ist so vielfältig und so unterschiedlich, daß es selbst einen Laien erstaunen muß, daß es dem WissenschaftlerInnen und TechnikerInnen gelingt, eine so wichtige Frage, wie die Energie, in das Korsett einseitiger Betrachtungsweisen zu pressen. Wir müssen suchen, ohne Vorurteile, mit langem Atem, denn es wird -ein dickes Brett- sein, was -zu bohren- ist. Es muß möglich sein, Umweltwärme rationell in Energie umzuwandeln.

Diese Betrachtungsweise ist eine der Grundlagen der Tätigkeit unseres Vereins **Werkstatt für dezentrale Energieforschung**. Es gibt viele Ansätze von sehr vielen ErfinderInnen für neue Energieformen, die eines gemeinsam haben: sie wären, ohne Nachprüfung, in's Reich der Phantasie verbannt. Als wir 1981 mit unserer Vereinstätigkeit begannen, konnten wir bereits auf eine jahrelange Forschung eines Gründungsmitgliedes zurückgreifen. Bernhard Schaeffer hatte festgestellt, daß sich Luftwirbel nach ihrer Erzeugung beschleunigen. Die Energie für diese Beschleunigung kann nur aus der Umgebungsluft stammen – woher auch sonst? Diese Beobachtungen werden von Meteorologen schon lange beschrieben. Dieses -Phänomen- ist ein eindeutiger Verstoß gegen den zweiten Hauptsatz der Thermodynamik. Eine ähnliche Beobachtung machte er bei der Erzeugung von Wasserwirbeln, wenn auch nicht in dieser eindeutigen Form. Sicher scheint zu sein, daß das Einbringen von Sauerstoff in Gewässer durch diese Technik mit weitaus weniger Energie möglich ist als es bisher geschieht. Das würde den **technischen Umweltschutz** für den Schutz unserer umwelt-überforderten Kläranlagen und Gewässer wesentlich erleichtern.

Unsere Gedanken bei der Gründung des Vereins kreisten jedoch mehr um die Frage: wie gelingt es uns, eine Energieform für eine dezentrale Energieversorgung zu entwickeln, die ökologisch vertretbar und ökonomisch machbar ist. Politisch und materiell hofften wir auf die gesamte Anti-Atombewegung, in derem Interesse, so meinten wir (so naiv wie wir waren) es eigentlich liegen müsse, Leute, die dieses brennende Problem anpackten, zu unterstützen. Wir hofften, in unserem Verein ganz gemeinnützig forschen zu können. Eins stellte sich sehr schnell heraus: Diese Forschungstätigkeit ist nicht nach Feierabend am Küchentisch möglich; sie erfordert ein hohes Maß an Professionalität. Die Abstimmung mit dem jeweiligen Erfinder bedarf ein bedeutendes Maß an Fingerspitzengefühl, denn ihre Kreativität ist meistens verbunden mit einem besonderen Eigensinn und Eigenwertgefühl (Typen, sagt man in Berlin). Aber etwas anderes stellte sich auch sehr schnell heraus: die – ach so umweltbewegten Bürger, die sich mit der Polizei und dem Grenzschutz moderne Schlachten liefern, die gegen diese heimtückischen Atomkraftwerke aufstehen, sie standen und stehen unserem Begehren um Unterstützung gleichgültig bis spöttisch gegenüber. Dem Fußvolk der ökologischen Bürgerbewegung ist die Schwierigkeit, in unserem Klima eine ausreichende ökologische Energieversorgung (bei allen notwendigen Sparmaßnahmen) zu sorgen, noch garnicht bewußt geworden. Und ihre Führer, auf die sie hören (auch in der -antiautoritären- Szene wird auf die Führer geschaut) sind genau die NaturwissenschaftlerInnen, die an unseren Universitäten mit den Glaubenssätzen der Thermodynamik erzogen worden sind. Viele hoffen auf eine universitäre Laufbahn – sie wollen sich nicht, wie sie meinen, blamieren. Viele haben den Glauben sozusagen mit der Muttermilch zum Bestandteil ihrer selbst gemacht. Sie blockieren, wie ihre Ziehmütter und -väter, jede intellektuelle Neugierde, jedes Experiment, jede unkonventionelle Forschung, jede Entwicklung, sie sind mehr Teil dieses antiquierten Staates und dieser Gesellschaft, als so mancher konservativ erscheinende Unternehmer.

Wir wollen den Leser nicht mit den vielen Stufen unserer Tätigkeiten und Flops ermüden. Z.Bsp. haben wir auch als Verein versucht, Forschungsgelder zu bekommen und sind am Gutachter gescheitert. Der Herr Professor (seine Identität erfuhren wir, nachdem wir mit einer Klage gedroht hatten) war selbst nach der Frage des uns wohlwollenden, aber sachkundigen Sachbearbeiters, ob er, der Herr Professor nicht zugeben könnte, daß, wenn unser Verfahren Erfolg haben würde, das eine bahnbrechende Erfindung wäre, nicht in der Lage, eine uns und der Menschheit erlösende Antwort zu geben: selbst wenn das so wäre, könne es nicht sein, sagte der kluge Mann schließlich.

Seit 1988 haben wir neben dem Verein eine Firma , eine klassische GmbH & Co.KG., in der sich Unternehmer engagiert haben, die zu unserem Konzept Vertrauen hatten. Wir wollen aus Umweltwärme elektrische Energie gewinnen. Das ist nicht der erste Versuch. Schon in der 1. Hälfte dieses Jahrhunderts hat ein österreichischer Erfinder, Dr. R. Doczekal, erfolgreich bei 150 Grad mit einem Stoffgemisch Benzol und Wasser Energie erzeugt, und zwar mit einer weit größeren Energieausbeute, als es der zweite Hauptsatz der Thermodynamik erlaubt. Uns kommt es nun darauf an, nicht nur die Maschine des Herrn Doczekal nachzubauen, sondern auch Stoffe zu finden, die mit der gleichen oder noch höheren Effizienz bei normaler Raum-bzw. Umwelttemeratur Energie gewinnt. Es hat sich herausgestellt, daß ein Weg dahin möglich ist. Die Vorarbeiten (umfangreiche Messungen etc.) sind jedoch so kostenträchtig, daß sogar die gutwilligsten Geldgeber verzagen. Was mit Sicherheit für unsere Geldgeber nicht zutrifft, gilt jedoch für die Öffentlichkeit: in den staatlichen Forschungsanstalten werden Milliarden im Laufe der Jahre verpulvert – eine Erfolgskontrolle findet nicht statt. Bei uns werden jedoch andere Maßstäbe angelegt: wir müssen bei einem materiellen Einsatz von bisher ca. 500.000,– DM und einer hohen, nicht zu beziffernden Selbstausbeutungsrate kurz-und mittelfristig erfolgreich sein, sonst werden wir wieder in die Kiste -Spinner- gesteckt. Anmerkung: Und der Ärger mit dem Finanzamt ist auch vorprogrammiert!

Für den Verein blieb im wesentlichen politische Öffentlichkeitsarbeit und Werkstattarbeit im Sinne einer Ideenwerkstatt übrig. Wir lernten im Laufe der Jahre, daß nicht nur die unkonventionelle Energieforschung, sondern daß in der Medizin, in der Architektur, in der Biologie und in vielen anderen Dingen die Probleme die gleichen sind. Die herrschende Wissenschaft ist nicht in der Lage und nicht bereit, in ihren Forschungen ihre bisherigen Grenzen zu durchstoßen und zwar insbesondere dort, wo es um Ideen geht, die mit der Natur unsere Probleme lösen wollen. Deshalb treten wir dafür ein, daß ein Teil der staatlich vergebenen Forschungsgelder in Zukunft demokratisch verteilt werden sollen. Jeder Stimmbürger sollte einmal im Jahr einen Gutschein von, sagen wir mal, DM 50,– bekommen, die er einem Forschungsvorhaben geben kann. Diese Forschungsvorhaben werden in einer Zeitschrift, ähnlich der Zeitschrift Stiftung Warentest, oder vieleicht auch im Fernsehen und/oder im Rundfunk vorgestellt. Die Ergebnisse müssen der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden – ob negativ oder positiv. Das Monopol der Großforschungseinrichtungen ist dann gebrochen und es können wieder tausend Blumen blühen.

Wir haben viele Dinge, die mit Enthusiasmus begonnen wurden, wieder aus Geldmangel einstellen müssen. Wir unterstützen ein junges Vereinsmitglied bei seiner Wirbelforschung, mit der er auch bei Jugend forscht in Berlin teilgenommen hat und auch schon zwei Sonderpreise errungen hat. Als Negativbeispiel für die Spendenfreudigkeit in der -alternativen- Szene können wir das Spendenergebnis alleine für unseren Jungforscher für 1990/91 mit der enormen Summe von DM 510,– bekanntgeben. Wir haben uns auch mit der Abwasserreinigung durch Sumpfpflanzen befasst und zwar hier besonders mit der direkten Entsorgung von Fäkalien. Wir wissen auch, daß viele Grundwasser- und Bodenverseuchungen gerade in den neuen Bundesländern mit Hilfe von Sumpfpflanzen rückgängig gemacht werden können. Aber wir haben leider noch nicht das technische Knowhow, welches entwickelt werden müßte. Dazu ist Geld nötig, was jedoch, wie wir es täglich erleben, in ganz andere Kanäle fließt. Also bleibt diese wichtige Forschungs- und Entwicklungsarbeit liegen. So kann die Liste fortgeführt werden.

Die PolitikerInnen jeder Coleur sind absolut desinteressiert. Sie klopfen nur Sprüche; vornehm heißt das – sie halten nur Sonntagsreden. Die berühmten Ausnahmen, die man glaubt, mal gefunden zu haben, erweisen sich nach kurzer Zeit als Seifenblasen. Die eingangs erwähnte -grüne- Postkarte ist nur die Spitze eines sehr tiefgängigen Eisberges. Wenn sich der Landesarbeitskreis Schule der **Grünen** in Baden-Württemberg damit befassen würde, was für ein Unsinn bei Physik und Biologie in den Schulen gelehrt wird, dann hätte dieser Arbeitskreis unsere Rundschreiben mit Anlagen für seine Arbeit benutzen können. Wo jedoch in der Wissenschaftsgläubigkeit eine große Einheitsfront existiert, deren Adresse müssen wir dann natürlich streichen. Ein Trost – wir sparen Porto.

Hoffnung für uns und für Sie, verehrte Leserin, verehrter Leser, ist das sehr langsame, aber stetige steigen unserer Mitgliederzahl und die damit verbundene Möglichkeit, immer stärker politischen Druck ausüben zu können. Jeder kann dabei mitwirken. ●

Werkstatt für dezentrale Energieforschung e.V.
Pasewalkstr. 7
1000 Berlin 37
☎ (0 30) 802 23 02

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

BERLIN:

Erstes Kleinkraftwerk in einem typischen Wohnhaus in Betrieb genommen

Um die Umwelt zu entlasten nahm die Eigentümer-Mieter-Gesellschaft Leuschnerdamm 19 in Berlin-Kreuzberg Anfang November 1991 in ihrem 50-Bewohner-Haus das erste Blockheizkraftwerk in einem einzelnen Berliner Altbau feierlich in Betrieb. Damit wird Neuland beschritten. Bisherige Anlagen dienen dem Gewerbe, Forschungszwecken oder der Nutzung für mehrere Häuser. Jetzt ist ein Modell in Berlin vorhanden, daß technisch, juristisch und wirtschaftlich für alle größeren Gebäude mit Ofenheizung oder veraltetem Heizkessel und im Einzelbesitz Vorbild sein kann. Das sind in Ostberlin und den neuen Bundesländern mindestens 60% der Mehrfamilienhäuser.

-Die Umwelt wird gegenüber der Standardheizanlage und Strombezug aus dem Netz unter anderem um 56% Kohlendioxid und 138% Schwefeldioxid entlastet- errechnete das Ingenieurbüro Energiekontor Berlin. Diese Vorteile entstehen durch die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme in dem Heizungskeller.

Die aus einem zwei Liter Ford-Motor und einem Generator bestehende Einheit wird mit Stadtgas betrieben. Das von einem Computer geregelte und kontrollierte, langjährig bewährte Modul lieferte die Hannoveraner Energiewerkstatt. Der Verbund mit dem elektrischen Netz sorgt für den Ausgleich von Überschuß- und Reststrom.

Die Hauseigentümerin und die MieterInnen erwarten auch wirtschaftliche Vorteile durch ihren juristischen Zusammenschluß. Sie verrechnen die Investition von ca. 30.000 DM und die Betriebskosten mit den Einnahmen aus dem Energieverkauf. Für die Nutzer sollen sich normale Haushaltsstrompreise und Wärmekosten unter dem üblichen Niveau ergeben. Das erhebliche Umweltentlastungspotential dieses Modells wird dann Wirklichkeit, wenn es genügend Nachfolger unter Eigentümern und Mietern findet. ●

Infos:
Thomas Albrecht
Graefestr. 19 · 1000 Berlin 61
☎ (0 30) 692 85 38

WINDKRAFTFONDS DER GEMEINNÜTZIGEN KREDIT-GARANTIEGENOSSENSCHAFT

Offen für sinnvolle Geldanlagen

Die gemeinützige Kredit-Garantiegenossenschaft eG in Bochum (GKG) hat in enger Kooperation mit der GLS Gemeinschaftsbank eG Windkraftfonds gegründet. Aufgabe der Windkraftfonds ist die Aufbringung von Beteiligungskapital zur Investition in Windenergieanlagen.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Bereits seit Anfang der 70er Jahre gibt es in den USA, hervorgegangen aus kritischen Aktionsgruppen, die Form des »ethischen Investments«. Erst in den letzen Jahren sind verschiedene »Ethik- oder Umweltfonds« in Großbritannien und nun auch in Deutschland aufgelegt worden. Dabei handelt es sich um offene Investmentfonds, die die eingelegten Mittel nur in bestimmte börsengängige Aktien oder festverzinsliche Wertpapiere anlegen.

Auf der Schwarzliste stehen z.B. Firmen, die mit Süd-Afrika Geschäfte betreiben, umweltschädigend produzieren oder sich mit Rüstung, Atomkraft oder Tierversuchen beschäftigen. Die in der Regel unter solchen Negativkriterien zusammengestellten Fonds-portefeuilles gewährleisten den Anlegern zum »guten Gewissen« marktübliche Renditen. Die so angelegten Kapitalien bleiben aber im anonymen Kapitalmarkt und gelangen nicht in eine direkte Förderung kleiner und mittlerer Betriebe, die ökologische, soziale und ideelle Gesichtspunkte in die Beschaffung, Produktion und den Vertrieb, einfließen lassen.

Eine Fondsphilosophie

Mit den Fondsprojekten der GKG werden nur ganz konkrete Projekte finanziert. Risiko, Ertragschancen und Laufzeiten ergeben sich dabei aus den Möglichkeiten und Notwendigkeiten der finanzierten Unternehmungen, ohne Orientierung am Kapitalmarkt. Daß ein annehmbares Risiko bei einer gewissen Mindestrendite (5%) dennoch möglich ist, zeigt der GKG-Windkraftfonds I. Absicht der Bank ist, daß sich die Motivationen für die Geldanleger stets aus den inhaltlichen Zielsetzungen der Fondsprojekte ergeben. Im Rahmen der Satzungsziele der Bochumer, anthroposophisch orientierten Bankeinrichtungen kann dadurch die Geldanlage im Hinblick auf den Geldbedarf Anderer, besonders gut konkretisiert werden. Neben der Rendite für den Einzelnen wird so vor allem ein nicht monetärer gesellschaftlicher Ertrag in ökologischer oder sozialer Form erzielt.

Im Dezember 1990 hat die Gemeinnützige Kredit-Genossenschaft als erstes Projekt dieser Art den GKG-Windkraftfonds I aufgelegt. Dabei wurden drei Windkraftprojekte dargestellt und eine Beteiligung über einen geschlossenen Fonds angeboten. Insgesamt war eine Summe von 2,1 Mio. ausgeschrieben.

Der GKG-Windkraftfonds I war nach der 3-monatigen Offenlegungsfrist überzeichnet. Durch das große Interesse an diesem Fonds kamen viele neue Kunden auf die Bank zu. Die GKG hat insofern mit dieser neuen Fondsform einer immer größer werdenden Nachfrage nach direkter und transparenter Geldanlage entsprochen.

Zweiter Beteiligungsfonds

Nach der erfolgreichen Plazierung des ersten Windkraftfonds im Dezember 1990 bietet die GKG jetzt einen zweiten Beteiligungsfonds an. Der GKG-Windkraftfonds II wird in zwei Energieprojekte in Norddeutschland investieren.

Südwind Typ N1230/30m, Standort Rottweil, ∅ 12,5m, 30,5m Nabenhöhe, Leistung 6/30kw

PROJEKT I: NORDWIND GMBH

Anfang 1990 gründeten zehn Landwirte aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die nach den Prinzipien des biologisch-dynamischen Landbaus wirtschaften, die »Nordwind GmbH«. Sie haben sich entschlossen, ihre Stromproduktion selbst in die Hand zu nehmen. Schon der GKG-Windkraftfonds I hat sich an dieser kooperativen Form der Windenergienutzung mit 1,4 Mio DM beteiligt und damit 5 Windkraftanlagen finanziert. Der GKG-Windkraftfonds II wird 1,6 Mio DM für den Bau von 9 weiteren Anlagen bereitstellen.

PROJEKT II: WINDPARK OSTERHOF

14 neue Windkraftanlagen mit einer Nennleistung von 5,2 Megawatt sollen in der Gemeinde Galmsbüll an der nordfriesischen Küste entstehen. Unter Federführung der Landwirte Julius Heinrich und Jess Heinrich Jessen beteiligen sich mehrere Bauern an dem geplanten Windpark. Der Hof von Jess Heinrich Jessen ist bereits Bioland-Betrieb; die Umstellung des väterlichen Hofes ist geplant. Der GKG-Windkraftfonds II wird zum Bau der Anlagen mit 1,4 Millionen beitragen.

Der GKG-Windkraftfonds II im Überblick:

Benötigte Einlagen:	3,0 Millionen DM
Mindestanlage:	5.000 DM
erwarteter Kapitalertrag:	5-6% p.a. plus Gewinnbeteiligung

Bei der Erzeugung von Strom in Atom- oder Kohlekraftwerken fallen pro Kilowattstunde 10-100 Mio. Bequerel langlebiger radioaktiver Abfälle bzw. ein Kilogramm CO^2 und andere Stoffe an. Die insgesamt 23 neuen Windenergieanlagen können der Umwelt pro Jahr u.a. ca. 19.000t CO^2, 930t Staub und Asche, 150t Schwefeldioxid und 90t Stickoxyd »ersparen«. Dabei wird Strom für den durchschnittlichen Verbrauch von ca. 5.600 Haushalten erzeugt. 300 Anleger sind (bei einer durschnittlichen Beteiligung von ca. 10.000 DM) in der Lage, für den Windkraftfonds II erforderlichen drei Millionen DM aufzubringen.

Rückenwind für Windenergie?

Finanziell werden Windenergieanlagen seit zwei Jahren durch Zuschüsse zu den Investitionen und zur laufenden Stromproduktion über einen Zeitraum von zehn Jahren durch Bund und Länder gefördert. Derzeit wird politisch aber auch die Erhöhung der »Einspeisungsvergütung« für Strom aus Wind-, Sonnen- und Biogaskraftwerken stark unterstützt. Eine Erhöhung von ca. 9 Pf. auf 16,7 Pf. pro kWh seit dem 01.01.1991 ist durch ein im Oktober 1990 verabschiedetes Bundesgesetzt für ganz Deutschland geregelt.

Durch die technische Entwicklung und die politische Weichenstellung für höhere Vergütungen lassen sich heute Windkraftanlagen wirtschaftlicher betreiben. Dies erschließt die Möglichkeit einer dezentralen Energieversorgung einerseits aber auch die Konzentration mehrerer größerer Anlagen an windgünstigen Standorten andererseits. Probleme ergeben sich zur Zeit allerdings durch einen zunehmend organisierten Widerstand gegen die Aufstellung neuer Windkraftanlagen. Hauptargument der von seiten der Energieversorgungsunternehmen unterstützten Anti-Haltung sind Umweltschutzargumente wie »Verschandelung der Landschaft«.

Durchgesetzt wird diese Abwehrstrategie über Baubehörden, die die Aufstellung neuer Anlagen jeweils genehmigen müssen.Sie schränken die Wirtschaftlichkeit der Anlagen ein, indem sie ständig neue Auflagen mit entsprechenden Zusatzkosten »erfinden«. Neuester Clou ist das Erfordernis, Wimpel an den Abspannbeinen der Windkraftanlagen anzubringen, um herumfliegende Vögel vor einem Zusammenstoß zu schützen. – Sicherlich generell eine gute Idee um die Landschaft bei der Vielzahl der vorhandenen Leitungen attraktiver zu gestalten?! ●

FORSCHUNGSPROJEKT ÜBER PGHen

Nicht Äpfel mit Birnen vergleichen

Viel zu spät wird jetzt an der Entwicklung von Umstrukturierungshilfen für PGHen mit staatlicher Unterstützung gearbeitet. Die »richtige« Einschätzung von Situation und Problemen der PGHen bei diesem Projekt dürfte für einige Betriebe von existenzbeeinflussender Bedeutung sein.

Hans Frech, Redaktion Genossenschaften ● Unter dem Titel »Umstrukturierung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks in den neuen Bundesländern« hat das Bundesministerium für Wirtschaft ein Forschungsgutachten an das Institut für Wirtschaftsforschung – Ifo, München, vergeben. Der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens hatte im Januar dieses Jahres gegenüber dem Ministerium die wissenschaftliche Erarbeitung der quantitativen und qualitativen Folgen der Umwandlungen von PGHen in den neuen Bundesländern angeregt. Damals hieß es noch, diese Aufgabe würde den Handwerkskammern und Genossenschaftsverbänden überlassen. Es bestehe kein Bedarf für eine Untersuchung im Auftrag des Ministeriums. Als das Ministerium schließlich doch die Idee aufgriff, wurde der Verein mit der Nichtbeachtung beim Versand der Ausschreibungsunterlagen »belohnt«.

Den Zuschlag für das Forschungsprojekt erhielt das Ifo-Institut in München. Es suchte nun in Zusammenarbeit mit dem Seminar für Handwerkswesen, Göttingen, zur eigenen Einschätzung der Umwandlungsfolgen für die PGHen das Informationsgespräch mit den Mitarbeitern des Vereinsprojektes »innova – Entwicklungsagentur für neue Genossenschaften«. Bei diesem Informationsgespräch wurde in einigen Punkten eine weitgehende Übereinstimmung in der Einschätzung der Folgen der Umwandlung von PGHen deutlich. Vor allem betrifft dies die Klarstellung, daß Umwandlungen in GmbHs mit vielen Gesellschaftern (ehemalige Genossenschaftsmitglieder als stille Gesellschafter) den Menschen Vorteile dieser Gesellschaftsform verspricht, die nicht haltbar sind.

GmbHs als »Vielgesellschafter«-Unternehmensform entsprechen nicht den in den alten Bundesländern praktizierten GmbHs. Eine Umwandlung von PGHen in GmbHs mit wenigen Gesellschaftern vereinigt aber das in der PGH-Zeit gemeinsam aufgebaute Unternehmen in den Händen weniger und schafft zwischen Gesellschaftern und Angestellten/Arbeitern, die nicht Gesellschafter sind, Unterschiede die vielen Beteiligten nicht klar sind, z.B. das unterschiedliche Arbeitsplatzrisiko. Eine Umwandlung in eine GmbH, wie sie oft vollzogen wurde, ohne den Mitgliedern der Genossenschaft zu erklären, was das für ihre Rechte bedeutet, und die Übertragung des gemeinsam erwirtschafteten Betriebsvermögens auf wenige Gesellschafter, kommt einer »kalten« Enteignung der Arbeitnehmer gleich.

Im Gespräch mit den Forschungsauftragverantwortlichen bestand bezüglich der Überlebensfähigkeit von Betrieben auch Übereinstimmung in der Notwendigkeit einer realistischen Einschätzung der Arbeitsplatzeffekte umgewandelter PGHen, egal in welcher Rechtsform sie stattfindet. Inwieweit Arbeitsplätze der vormaligen PGH erhalten werden können, ist neben dem betriebswirtschaftlichen Konzept stark von der Wettbewerbssituation der jeweiligen Branche abhängig.

Was die Überlebensfähigkeit von Betrieben angeht, sollte nicht dauernd Ungleiches verglichen werden. So wird noch oft die Überlebensfähigkeit von Genossenschaften bezweifelt, weil sie mit mehr Arbeitskräften weitermachen, als GmbHs, die einen Großteil der Mitarbeitenden bei Umwandlung der Gesellschaft in die Arbeitslosigkeit oder vorgezogene Rente entlassen.

Bei der Beurteilung der Folgen der Umwandlung ehemaliger PGHen muß unterschieden werden zwischen den Folgen für das einzelne Mitglied – unter welchen Bedingungen der Arbeitsplatz erhalten werden kann – und den Folgen für den Gesamtbetrieb – mit welchen wirtschaftlichen Konzept und mit wieviel Mitarbeitenden eine Fortführung des Betriebes möglich ist. Bei einer Umwandlung in eine eG besteht auf jeden Fall die Möglichkeit und die Notwendigkeit, daß alle Beteiligten ihre Vorstellungen zur Zukunft des Betriebes einbringen können. ●

STUDIE NRW

Zukunftschancen von Kleinunternehmen im Ökologiemarkt

Der Abschlußbericht einer Sektoranalyse zur Mobilisierung ökologischen Entwicklungspotentials im Auftrag des Wirtschaftsministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt von dem Forschungsteam EcoRegio liegt vor. Schwerpunkt ist die Auswertung einer Befragung von 111 ökologisch innovativen Kleinunternehmen über deren Strukturen sowie internen Probleme und externe Hindernisse beim Betriebsaufbau. Der zweite Teil der Studie konzentriert sich auf die Marktentwicklung ausgewählter Ökologiesektoren wie Energie, Wasser, Abfall, Stadtökologie, umweltfreundliche Produkte und Unternehmensberatung. Eine Veröffentlichung in Buchform ist für den Dezember 1991 geplant. Vorbestellungen können gerichtet werden an EcoRegio, Annostr. 27, 5000 Köln 1.

KURZMELDUNGEN

Trion Geldberatungsgenossenschaft e.G., Hamburg

Kapitalvermittlung bestimmt den Geschäftsverlauf

Durch Kapitalvermittlung und treuhänderische Geldverwaltung hat die Trion e.G. in Hamburg seit ihrer Gründung im Juni 1989 rund 6,3 Mio. DM bewegt. Es konnten rund 5,1 Mio. DM überwiegend als direkte Förderkredite an verschiedene Projekte vermittelt werden. Dabei steht der Bereich Wohnprojekte mit rund 3,2 Mio. im Vordergrund. Die übrigen 1,9 Mio. DM verteilen sich auf die Projektbereiche Selbstverwaltung, Landwirtschaft, Sozialtherapie, Naturkost, Medien und sonstige. Ende Juni 1991 betrug die Mitgliederzahl von Trion 67 natürliche und juristische Personen. Das gezeichnete Genossenschaftskapital beläuft sich auf rund 60.000 DM. Es soll bis Ende des Jahres auf 100.000 DM aufgestockt sein. Nachdem während des Aufbaujahres 1990 ein negatives Geschäftsergebnis von 28.000 DM ausgewiesen wurde, geht das hauptberufliche Vorstandsmitglied Burkhard Zirkel für 1991 von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Bisher ergeben sich die Umsätze der Genossenschaft überwiegend durch Provisionseinnahmen aus den durchgeführten Kapitalvermittlungen.

GLS Gemeinschaftsbank e.G., Bochum

EG-Bestimmungen erfordern Kapitalaufstockungen

Das gesamte Geschäftsvolumen der GLS Gemeinschaftsbank in Bochum ist inzwischen auf über 100 Mio. DM im Jahr angewachsen. Vom Gesamtvolumen der Einlagen werden dabei 27% und von den Ausleihungen 25% über die Stuttgarter Filiale abgewickelt. Insgesamt sind 33% der Einlagen geringer als banküblich verzinst, 23% sogar zinsfrei. Auf diese Weise konnte die Kostendeckungsumlage für gemeinnützigen Kreditnehmer im vergangenen Jahr bei 2,4% gehalten werden. Insgesamt traten 1990 der Genossenschaft 287 neue Mitglieder bei, wodurch sich das Genossenschaftskapital auf 4.905 TDM erhöhte. Durch die wegen des kommenden EG-Binnenmarktes angekündigten Richtlinien ist die GLS Gemeinschaftsbank auf eine weitere Ausweitung des Genossenschaftskapitals angewiesen, um eine ausreichende Kreditvergabemöglichkeit sicherzustellen.

Volks- und Raiffeisenbanken, Frankfurt

Geplante Eigenkapitalregelungen stärken Fusionstendenz

Mit 20.782 Bankstellen unterhalten die Kreditgenossenschaften unter den Banken das dichteste Filialnetz in der Bundesrepublik. Mehr als ein Viertel aller Spareinlagen werden auf Konten der Kreditgenossen gehalten. Insofern sind sie im Einlagengeschäft »besonders stark«, während sie am Kreditgeschäft nach Angaben der Bundesbank derzeit »nur« einen Marktanteil von 11,3% haben. Wegen der hohen Bedeutung der Spareinlagen für die Genossenschaftsinstitute stoßen einige Gesetzesinitiativen zur Harmonisierung des europäischen Kapitalmarktes bei ihnen auf starke Ablehnung. Dies gilt vor allem für die schärferen Eigenkapitalbestimmungen und die geplante Herabsetzung der Grenze für den Einzelkredit von derzeit 50% auf 25% des haftenden Eigenkapitals. Bei Verwirklichung dieser Pläne müssen sie etwa 20.000 Milliarden DM an Mittelstandskrediten kündigen. Viele Genossenschaftsbanken gehören mit einer durchschnittlichen Bilanzsumme von 183 Millionen DM im Bankensektor zu den »Kleinunternehmen«. Die geplante Neugregelung würde die schon jetzt große Fusionstendenz erheblich verstärken.

Genossenschaftsprojekt Zieblandstraße, München

Erfolg trotz Münchner Parteienpolitik

Der Vorstand der Genossenschaft Gemeinschaftlich Wohnen hat für das Grundstück des Hauses in der Zieblandstr. 45 den Erbbaurechtsvertrag rechtsgültig unterschrieben. Mit der Sanierung und Modernisierung der elf Wohnungen kann nun noch in diesem Jahr begonnen werden. Das Gebäude selbst wurde zu einem Preis von 140.000 DM gekauft. Zur Finanzierung bringen die Mitglieder der Genossenschaft zwischen 16.000 und 32.000 DM Eigenkapital auf. Zusätzlich müssen von jedem Erwachsenen rund 170 Stunden Selbsthilfe geleistet werden. Für die Sanierung und Modernisierung selbst wurden öffentliche Mittel beantragt. Sie sollen teilweise als Zuschuß und teilweise als verbilligte Darlehen gegeben werden. Die restlichen Bankmittel werden von der Ökobank über einen zinsgünstigen Förderkredit finanziert. Nach dem momentanen Stand der Berechnungen wird die Miethöhe einschließlich der Betriebskosten 11,50 DM pro Quadratmeter betragen. Der Kräftverzehr bis es nach zwei Jahren Bemühungen gegen, mit und in der Kommunalpolitik zu diesem Ergebnis kam, war für die Genossenschaft und ihre Mitglieder enorm. Weitere Informationen: Walter Dirr, Aventistr. 10, 8000 München 5.

Vermietungsgenossenschaft Ludwig-Frank e.G., Mannheim

Integration ausländischer Familien

Die 1990 gegründetet Vermietungsgenossenschaft hat ihren ersten Bericht vorgelegt. Das Projekt mit dem programmatischen Grundsatz »Zusammmenarbeit schafft Frieden« will für andere Städte und Regionen Anregung geben. Indem es sich um eine Integration ausländischer Familien (Migranten) bemüht, stellt es gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Fremdenfeindlichkeit einen besonders hervorhebenswerten Ansatz dar. Ziel ist es, in sozialen Brennpunkten Mut durch genossenschaftliche Initiative zu machen und zur Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen beizutragen. Der Bericht kann angefordert werden bei: Vermietungsgenossenschaft Ludwig-Frank e.G., Melchiorstr. 10, 6800 Mannheim.

Weitere Kurzmeldungen aus dem Genossenschaftssektor auf der nächsten Seite

SERIE »AUF DER SUCHE NACH ALTERNATVEN GELDANLAGEN UND FINANZIERUNGEN, TEIL 2: »ETHIK UND DEMOKRATIE«

Für eine genossenschaftlich-demokratische Organisation alternativer Geldanlagen

Wo und wie sollen alternative Geldanlagen durchgeführt werden? Wer entscheidet, wie die vorhandenen Mittel verwendet werden? Wer kontrolliert die Manager der Banken und Investmentfonds? Diese Fragen dürften jede(n) interessieren, die oder der sich mit der Absicht trägt, alternative Geldanlagen vorzunehmen. Der folgende Artikel zeigt, daß alternative Geldanlagen am besten von Genossenschaften vorgenommen werden, die ihre Organisation so weit wie möglich demokratisieren.

Probleme der Wirtschaftsdemokratie

Redaktion Heidelberg ● Demokratische Entscheidungsstrukturen sind – wie bereits ein flüchtiger Blick in die Praxis zeigt – im Wirtschaftsleben alles andere als selbstverständlich. Als typischer Regelfall gilt der hierarchische Aufbau eines Unternehmens, bei dem Anordnungen von oben nach unten erteilt werden. Wo demokratische Elemente in Unternehmensverfassungen eingingen, wie dies im 19. Jahrhundert bei AG und eG der Fall war, sind diese im Laufe der Zeit ausgehöhlt worden. Um dies zu erklären, hält man der Wirtschaftsdemokratie ihre Probleme vor:

- das Kompetenzproblem (wichtiges Hintergrundwissen ist unter den Teilnehmern an demokratischen Verfahren ungleich verteilt),
- das Informationsproblem (das Wissen über die aktuelle Situation eines Unternehmens ist bei den Managern wesentlich umfassender als bei ihren Kontrolleuren),
- das Zeitproblem (wirtschaftliche Entscheidungen sind rasch zu fällen, weshalb umständliche Mitwirkungsprozeduren ungeeignet sind), und
- das Motivationsproblem (ein Großteil der Betroffenen zeigt kein Interesse, seine Mitbestimmungsrechte zu nutzen).

Unter diesen Problemen leiden auch Unternehmen, die alternative Geldanlagen betreuen. Trotzdem ist demokratische Organisation für sie unverzichtbar und praktisch zu verwirklichen.

Warum Wirtschaftsdemokratie?

Die sozialen Bewegungen, die in Deutschland die Wurzeln alternativer Geldanlage bilden, sozialliberale, christliche, anthroposophische oder alternative Strömungen, schätzen Demokratie als Wert an sich. Aber auch wenn Demokratie – wie in ökonomischen Theorien üblich – lediglich ein Kontrollinstrument zur Verhinderung von Machtmißbrauch ist, ist sie sinnvoll, um den Erfolg alternativer Geldanlagen zu sichern. Dieser Erfolg hat zwei Seiten, die mit den Begriffen Effizienz und Effektivität bezeichnet werden können.

Effizienz alternativer Geldanlagen

Zum einen drückt sich der Erfolg alternativer Geldanlagen in betriebswirtschaftlichen Zahlen aus, welche den Investor und den Kapitalnehmer betreffen, etwa in Umsätzen, Gewinnen, Renditen. Demokratische Kontrolle dient dazu, die fachliche Qualität der Manager, die die Anlagen vornehmen und betreuen, zu prüfen, damit mit den vorhandenen Ressourcen betriebswirtschaftlich sinnvoll umgegangen wird. Dies gilt für alle Unternehmen unabhängig von ihrer Zielsetzung. Besonders wichtig ist es jedoch für alternative Geldanlagen. Demokratische Kontrolle alternativer Geldanlagen durch die, die an der Leistungserstellung beteiligt sind (Kapitaleigner, Beschäftigte, Leistungsempfänger), ist auf Dauer wirksamer als Unternehmenskontrolle durch den Markt oder öffentliche Appelle.

Kontrolle durch den Markt (totale oder teilweise Abwanderung, d.h. Verminderung der Umsätze) ist nur dann möglich, wenn andere Anbieter vorhanden sind, bei denen eine mindestens gleichwertige Leistung bezogen werden kann. Auf unvollkommenen Märkten, wie sie bei neuen, wenig verbreiteten und schwer zu ersetzenden Produkten anzutreffen sind, liegen diese Voraussetzungen oft nicht vor. Alternative Geldanlagen müssen unter diesem Gesichtspunkt beurteilt werden: Ihre Neuartigkeit, die geringe Zahl der Anbieter und ihr ethischer Charakter erschweren es dem Kunden, zur Konkurrenz abzuwandern. Im übrigen zeigt die Abwanderung eines einzelnen Kunden nur dann Wirkung auf ein Unternehmen, falls dessen Umsätze mit dem Unternehmen von bedeutender Höhe waren.

Instanzen wie die Presse oder die Gerichte lassen sich zur Kontrolle eines Unternehmens nur dann einschalten, wenn das Unternehmen in der öffentlichen Diskussion eine wichtige Rolle spielt bzw. schwerwiegende Verstöße des Unternehmens gegen anerkannte rechtliche oder wirtschaftliche Regeln vorliegen. Dieses Kontrollinstrument greift also nur in Extremfällen, hingegen nicht bei normalen Meinungsverschiedenheiten über die Geschäftspolitik.

Im Normalfall gibt demokratische Teilhabe an Entscheidungen eines Unternehmens dem oder der Einzelnen größere Einflußmöglichkeiten als Abwanderung oder der Appell an Medien oder Gerichte.

Effektivität alternativer Geldanlagen

Zum zweiten ist der Erfolg alternativer Geldanlage daran zu messen, in welchem Ausmaß die anvisierten ethischen Ziele erreicht werden. Was ethisch gerechtfertigt ist, läßt sich nicht allein mit Mitteln der Logik entscheiden. Die Bewertung, ob ein Verhalten moralisch richtig oder falsch ist, hängt von individuellen Meinungen ab, die von anderen nicht unbedingt geteilt zu werden brauchen. Da in jedem Einzelfall an Hand der vorliegenden Umstände geprüft werden muß, inwieweit ethische Maßstäbe anwendbar sind, ist das Urteil über die moralische Qualität von Verhalten situativ verschieden. Soll ein Unternehmen ethischen Leitlinien folgen, ist zwischen den Beteiligten immer wieder neu über die maßgebenden Grundsätze und ihre praktische Umsetzung zu verhandeln. Allen Beteiligten muß die Chance eingeräumt werden, ihre Präferenzen (Vorlieben, Neigungen, Meinungen) in die Entscheidungsbildung einzubringen.

Übertragen auf alternative Geldanlagen heißt dies, daß es nicht genügt, ethische Grundsätze in Satzungen oder Kreditvergaberichtlinien zu verankern. Da das vorhandene Geld immer knapp ist, ist über die Beständigkeit der einmal vereinbarten Grundsätze, über Schwerpunkte innerhalb des Grundsatzkatalogs und über das Vorliegen der Grundsätze bei Antragstellern wiederholt zu entscheiden. Noch mehr als Unternehmen ohne ethische Ansprüche benötigen folglich ethische Unternehmen eine demokratische Organisation.

Genossenschaften und Demokratie

Die Nähe wirtschaftsethischer Zielsetzungen und genossenschaftlicher Unternehmen ist in der Geschichte der Genossenschaften begründet. Die Schöpfer der modernen Genossenschaften im 19. Jahrhundert wollten mit Hilfe wirtschaftlicher Organisationen ethische Ziele erreichen. Da sie unter den Unternehmensformen ihrer Zeit keine fanden, die diesen Zielen entsprochen hätte, schufen sie mit der Genossenschaft eine neue. Sie modifizierten uralte Traditionen zum Typ der modernen Genossenschaft. Als deren Kennzeichen werden in der Literatur gewöhnlich vier Prinzipien genannt:

- Unter dem Identitätsprinzip versteht man die Übereinstimmung der Veranstalter (Eigenkapitalgeber, Manager) mit den Empfängern (meist den Kunden) der unternehmerischen Leistung.
- Das Selbsthilfeprinzip besagt, daß die Betroffenen ihr Anliegen in die eigene Hand nehmen und weder auf private Wohltätigkeit noch auf staatliche Fürsorge warten. Selbsthilfe ist Gegensatz zur Fremdbestimmung.
- Nach dem Förderungsprinzip ist eine Genossenschaft dazu da, ihre Mitglieder wirtschaftlich zu fördern, indem sie ihnen Leistungen zur Verfügung stellt, die diese nicht oder nicht so günstig an anderer Stelle erhalten können.
- Das Demokratieprinzip meint die gleichberechtigte Mitwirkung aller Betroffenen bei der Organisation des genossenschaftlichen Betriebs.

Der gemeinsame Nenner dieser Prinzipien ist die außerordentlich enge Bindung zwischen dem genossenschaftlichen Unternehmen und seinen Mitgliedern. Man spricht deshalb auch zusammenfassend vom **personalistischen Prinzip oder Prinzip der Mitgliederorientierung** der Genossenschaft.

Während Identitäts-, Selbsthilfe- und Förderungsprinzip die Grundlage der genossenschaftlichen Zusammenarbeit bilden, regelt das Demokratieprinzip, wie auf dieser Grundlage kooperiert werden soll. Das Identitätsprinzip ist die Grundvoraussetzung für enge Beziehungen zwischen Genossenschaftsbetrieb und Mitgliedern. Selbsthilfe- und Förderungsprinzip bestimmen die beiden Richtungen dieser Beziehungen: vom Mitglied zum Genossenschaftsbetrieb (Selbsthilfe) und umgekehrt (Förderung). Das konkrete Was und Wie dieser Beziehungen wird nach dem Demokratieprinzip ausgehandelt. Diesem Prinzip kommt infolgedessen ein herausragender Stellenwert für die Geschäftspolitik, d.h. für die Erarbeitung und praktische Umsetzung der Ziele der Genossenschaft, zu.

Unter den Begründern der modernen Genossenschaften legte besonders der Sozialliberale Schulze-Delitzsch Wert auf das Demokratieprinzip der Genossenschaft. Für ihn war es nicht nur eine Kontrollinstanz, die Effizienz und Effektivität des Betriebes sicherstellen sollte, sondern verkörperte einen Wert an sich. Unter genossenschaftlicher Demokratie verstand Schulze-Delitzsch das »Princip der möglichsten Mitbethätigung der Genossenschafter in den Genossenschaftsangelegenheiten«. Damit wollte er die Mitglieder zu aktiver Vertretung ihrer Interessen im öffentlichen Raum erziehen. Die Genossenschaft sollte eine »Vorschule« sein für umfassende gesellschaftliche Demokratisierung. Dieser Gedankengang hat aktuelle Bedeutung, denkt man an die Diskussionen der letzten Jahre über Basisdemokratie, Wirtschaftsdemokratie und Selbstverwaltungswirtschaft.

Ohne die anderen genossenschaftlichen Prinzipien kann das Demokratieprinzip nur mit großen Abweichungen vom Ideal verwirklicht werden. Wird das Identitätsprinzip verletzt, gehören also nicht sämtliche Leistungsempfänger auch zu den Veranstaltern der Leistung, schwinden deren Chancen, ihre Interessen gegenüber dem Unternehmen durchzusetzen. Mißachtet man das Selbsthilfeprinzip, so entsteht eine Abhängigkeit von der Person oder Institution, die dem Unternehmen Hilfe gewährt, so daß diese die Unternehmenspolitik gegen den Willen der Beteiligten beeinflussen kann. Verzichtet man auf die Befolgung des Förderungsprinzips, d.h. auf die Optimierung der Unternehmensleistung im Sinne der Mitgliederziele, so ist demokratische Kontrolle überflüssig. Konsequente Umsetzung des Förderungsprinzips bedeutet die Aufstellung von Förderplänen, die möglichst genau die Ziele des Unternehmens beschreiben, und deren Beurteilung nach Beendigung eines vorher bestimmten Zeitraums in einem Förderbericht, der angibt, wie weit die Ziele erreicht wurden.

Umgekehrt ist das Demokratieprinzip notwendig, sollen die anderen genossenschaftlichen Prinzipien beachtet werden. Fehlt demokratische Kontrolle, können Abweichungen des Managements vom Identitäts-, Selbsthilfe- oder Förderungsprinzip nur mit großen Schwierigkeiten geahndet werden. Beispielsweise könnte das Management, das von ihm geleitete Unternehmen statt auf die Mitglieder auf die Bedürfnisse einer außenstehenden Kundengruppe zuschneiden, weil die Umsatz- oder Gewinnsteigerung, die damit verbunden wäre, für finanzielle oder Prestigeziele des Managements sinnvoll wäre (Verstoß gegen das Identitäts- und das Förderungsprinzip). Das Unternehmen könnte, etwa im Rahmen einer Kapitalerhöhung, an der die Mitglieder nicht beteiligt werden, in die Abhängigkeit von einem anderen Unternehmen geraten, dessen Unternehmenspolitik es sich zu unterwerfen hätte (Verstoß gegen das Selbsthilfeprinzip).

Die genossenschaftlichen Prinzipien bilden also eine sinnvolle Einheit. Demokratisch aufgebaute Unternehmen sollten auch die anderen Prinzipien übernehmen und somit Genossenschaften sein. Daraus folgt für alternative Geldanlagen, daß diese am besten genossenschaftlich organisiert werden.

Genossenschaften und Rechtsform

Der hier benutzte Begriff der Genossenschaft ist nicht identisch mit dem juristischen Begriff der eingetragenen Genossenschaft (eG). Allerdings besteht ein weiter Überschneidungsbereich zwischen beiden Begriffen in Deutschland, obwohl eG existieren, die keine Genossenschaften (mehr) sind, sowie Genossenschaften in anderen Rechtsformen. Da das Genossenschaftsgesetz, das die eG regelt, auf Schulze-Delitzsch zurückgeht, ist der ursprünglich sehr hohe demokratische Gehalt von eG selbstverständlich. Mehrfache Gesetzesänderungen haben die Möglichkeiten, eG demokratisch auszugestalten, erheblich beschränkt, doch enthält das Genossenschaftsgesetz bis zur Gegenwart zahlreiche Möglichkeiten, eine eG demokratischen Idealen anzunähern.

In der wissenschaftlichen Literatur über Genossenschaften wurde gezeigt, daß genossenschaftliche Prinzipien nicht nur von eG, sondern auch von AG ausgeführt werden können (durch vinkulierte Namensaktien, Stimmrechtsbeschränkungen, Satzungsbestimmungen über den Förderauftrag usw.).

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG KURZNACHRICHTEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

LPGen in Ostdeutschland

Finanziell bald »ausgetrocknet«

Etwa ein Drittel der einst mehr als 4.000 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) Ostdeutschlands existiert heute noch in ihrer alten Struktur. Nach dem Einigungsvertrag müssen sie bis zum 31. Dezember 1991 umgewandelt sein. Ein Drittel der LPGen hat nach Angaben der Deutschen Landwirtschaftlichen-Gesellschaft (DLG) in Frankfurt a.M. ein Konzept für neue Unternehmen erstellt, etwa ein Fünftel arbeitet daran, 15% haben den Konkurs angemeldet. Viele – dies gilt auch für die rund 10.000 wiedergründeten bäuerlichen Familienbetriebe – befinden sich in einer fast ausweglosen Lage: Aufgrund mangelnder Sicherheiten, fehlender Erfahrung in der Wettbewerbswirtschaft und ungünstiger Aussichten im Agrarbereich zögern die meisten Banken bei der erforderlichen Kreditvergabe.

Schäfereigenossenschaft Finkhof e.G., Arnach

Gemeinsame Kasse gehört zum Selbstverständnis

Sie gibt es immer noch, die Schäfereigenossenschaft Finkhof e.G., eine der ersten alternativen Genossenschaften in der Bundesrepublik. 23 KommunardInnen leben in Arnach von und mit etwa 600 Mutterschafen. Die Schäferei wird als Wanderschäferei betrieben. Daran schließen sich etwa 21 ha Grünland und etwas Getreideanbau für den Eigenbedarf an. Seit diesem Jahr ist der Finkhof als Bioland-Betrieb anerkannt. Weitere Arbeitsbereiche sind die Gastwirtschaft, Handweberei, Fellnäherei, Pflanzenfärberei und Vollkornbäckerei. Dazu kommt eine Schreiner- und Autowerkstatt sowie ein großer Garten für den Eigenbedarf. Die KommunardInnen sind sozialversicherte Arbeitnehmer und zugleich Eigentümer ihrer Genossenschaft. Der Lohn wird nicht einzeln ausgezahlt, sondern fließt in die Bedürfniskasse der Wohngemeinschaft, aus der jeder nach Bedarf Geld entnehmen kann.

Migrosgenossenschaft, Schweiz

Generalversammlung per Urabstimmung

Der Erfolg der Migrosgenossenschaft in der Schweiz widerspricht eigentlich dem Zeitgeist. Gemeinwirtschaftliche Konzepte, die einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus anstreben sind mehr oder weniger von der Bildfläche verschwunden. In der Bundesrepublik wurden sie durch die kriminellen Machenschaften ehemaliger Gewerkschafter vollens diskriminiert. Die Migros-Geschichte verlief anders: Die Gewerkschaften waren nicht beteiligt und in den Genossenschaftsräten wird versucht, daß auch Unabhängige vertreten sind, so daß das Kontrollsystem funktioniert. Zur innerbetrieblichen Demokratie gehört die Generalversammlung, die über eine Urabstimmung abläuft. Die 1,5 Millionen Genossen müssen den Jahresabschluß billigen. Dies geschieht über Stimmzettel, die von den Mitgliedern in Urnen direkt hinter den Kassen aufgestellt eingeworfen werden können. Um eine möglichst hohe Stimmbeteiligung – in diesem Jahr 29% – zu bekommen, gibt es für die Stimmabgabe eine Gratis-Schokolade. Das Abstimmungsergebnis mutet seinen 98,6% wie ein »realsozialistisches Ergebnis« an. Auch wenn dieser Weg manchem fragwürdig erscheinen mag, ist es dennoch eine Form der Kundenbeziehung, die die Migros klar von »normalen« nichtgenossenschaftlichen Einzelhandelsunternehmen unterscheidet – von deren Verzicht auf Alkoholverkauf und Engagement im Umweltschutz ganz zu schweigen.

Professionsgenossenschaften:

Produktivgenossenschaftlicher Unternehmenstyp der Zukunft

Seminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie in der AG SPAK vom 7. bis 9. Februar 1992, in Freudenberg
Kontakt:
Burghard Flieger
Erwinstr. 29 · 7800 Freiburg

Gründertage Umwelt '91 im Lande Brandenburg

Vom 5. bis 6. Dezember 1991 in Gosen. Die Veranstaltung ist vorwiegend für UnternehmensgründerInnen in den neuen Bundesländern gedacht. Schwerpunkt der Tagung sind sechs Workshops zu den Themen Energie, Altlastsanierung, Abwasser, Abfall, Stadtökologie und Umweltprodukte. In diesen werden von VertreterInnen ökologischer innovativer Kleinunternehmen die Marktchancen für Neugründer dargestellt und mit Interessierten intensiv diskutiert.
Kontakt: EcoRegio Manfred Lemke, Annostr. 27, 5000 Köln 1.

FORTSETZUNG

Beide Rechtsformen haben ihre besonderen Vor- und Nachteile. Deshalb kann nur im konkreten Einzelfall entschieden werden, welche Rechtsform ein Unternehmen annehmen sollte, das alternative Geldanlagen durchführen will.

Unter den Anbietern alternativer Geldanlagen in Deutschland betätigen sich in der Rechtsform der AG vor allem die Großbanken, die ethische Investmentfonds, Vermögensverwaltungen und Sonderkreditprogramme mit ethischem Anspruch auflegen und sich auf Produkt- und Technologieanlagen beschränken. Wichtiger ist die Rechtsform der eG (Ökobank, Stattwerke, GLS-Gemeinschaftsbank usw.), vor allem bei solchen Anbietern, die strengere Maßstäbe an die ethische Qualität ihrer Geschäftspolitik anlegen und neben umwelt- und menschenfreundlichen Produkten und Technologien auch unmittelbar soziale Beziehungen fördern wollen. Aus diesem Grund werden im folgenden Erläuterungen nur für eG gemacht. Sie sind allerdings im wesentlichen auf AG übertragbar.

Organe der eG

Demokratie in einer eG bedeutet die aktive Teilnahme der Mitglieder an den Zusammenkünften der genossenschaftlichen Organe. Die klassischen, gesetzlich vorgeschriebenen Organe sind

- die Generalversammlung aller Mitglieder bzw. bei großen Genossenschaften ersatzweise die von den Mitgliedern gewählte Vertreterversammlung,
- der ehren- oder hauptamtliche Vorstand, der die Geschäfte führt, und
- der ehrenamtliche Aufsichtsrat, der den Vorstand kontrollieren soll.

Allen Organen dürfen (außer Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat) nur Mitglieder der eG angehören (Prinzip der Selbstorganschaft), also nicht wie bei der AG auch fremde Experten. Auf diese Weise soll die »genossenschaftliche« Kompetenz der Organmitglieder gewährleistet werden. Da außer der Beitrittserklärung und dem Kauf eines Kapitalanteils normalerweise keine weiteren Bedingungen an die Mitgliedschaft in einer Genossenschaftsbank geknüpft sind, ist diese Bestimmung heutzutage weitgehend überflüssig.

Die Notwendigkeit betriebswirtschaftlicher Rationalität und Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes schränken die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten in einer eG ein. Häufige Treffen der Generalversammlung sind eine Überforderung der Mitglieder. Die Geschäftspolitik muß zu großen Teilen dem Vorstand und Aufsichtsrat überlassen werden. Die Generalversammlung muß sich auf die Erteilung von Richtlinien und allgemeine Kontrollen beschränken, ohne einzelne Geschäftsvorfälle entscheiden zu können. Seit 1974 verbietet das Genossenschaftsgesetz der General- oder Vertreterversammlung und dem Aufsichtsrat, dem Vorstand Einzelanweisungen zu erteilen. Dadurch hat der Vorstand ein hohes Maß an Unabhängigkeit von den anderen Organen bekommen. Auch der Aufsichtsrat, der die Mitglieder gegenüber dem Vorstand vertreten soll, wurde in seinen Kontrollmöglichkeiten beschnitten.

Der geringe Grad an Demokratie, der in den meisten Genossenschaften gegenwärtig praktiziert wird, ist aber nicht allein auf betriebswirtschaftliche und juristische Zwänge zurückzuführen. Die vorhandenen Möglichkeiten, demokratische Elemente in eG zu verstärken, sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft worden – auch nicht bei Unternehmen alternativer Geldanlagen. Einige Beispiele zeigen, wie ein Mehr an Demokratie durchgeführt werden kann.

Vorschläge für mehr Demokratie

Kompetenzmängel der Mitglieder können durch geeignetes Informationsmaterial der Genossenschaft, Schulungen für aktive Mitglieder, Vorträge, Diskussionen, eine verständliche Gestaltung des Geschäftsberichtes und der Mitgliederzeitschrift und zahlreiche andere Maßnahmen verringert werden.

Informationen über die Genossenschaft sind den Mitgliedern umfassend und rechtzeitig vor General- bzw. Vertreterversammlungen zugänglich zu machen.

Durch geschickte Wahl des Zeitpunktes und frühzeitige Ankündigung der General- bzw. Vertreterversammlungen können die Mitglieder veranlaßt werden, sich die **Zeit** freizuhalten, die zur Teilnahme erforderlich ist.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung kann mit Anreizen wie kulturellen Attraktionen, kostenlosen Speisen und Getränken, Verlosungen kleiner nützlicher Gegenstände und anderen Belohnungen **motiviert** werden, wenn dies erforderlich erscheint.

Der Spielraum für den Einfluß der **General- bzw. Vertreterversammlung** ist konsequent auszuschöpfen. Unter anderem dienen dazu die Wahl des Vorstandes (auf Vorschlag des Aufsichtsrates) durch die Versammlung, geheime statt offener Wahlen und die Aufnahme eines Punktes »Verschiedenes« auf die Tagesordnung, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche vorzubringen. Die Versammlungen sollten öfter als einmal im Jahr stattfinden, da die eine Pflichtversammlung, die gesetzlich vorgeschrieben ist, mit der Erfüllung gesetzlicher Auflagen ausgelastet ist und kaum Zeit zu weitergehenden Erörterungen hat. Zwei bis vier Versammlungen im Jahr sind wünschenswert und durchführbar. Zusätzliche Tagesordnungspunkte sollten von kleinen Gruppen der Mitglieder beantragt werden können. Das übliche Quorum von zehn Prozent ist für große Genossenschaften zu hoch.

In eG mit **Vertreterversammlung** ist das einzelne Mitglied nach den zur Zeit üblichen Regelungen stärker entmachtet als in AG. Dieser Zustand kann geändert werden, wenn einfache Mitglieder an Vertreterversammlungen ohne Stimmrecht, aber mit Fragerecht teilnehmen dürfen. Satzungsänderungen und andere weitreichende Entscheidungen sollen von der Vertreterversammlung lediglich vorberaten und von allen Mitgliedern in schriftlicher Abstimmung beschlossen werden. Vor allem aber ist das Wahlverfahren zu demokratisieren. Der Wahlausschuß ist von den Genossen, nicht von der Vertreterversammlung, die zur Wahl steht, einzusetzen. Ein Teil der Mitglieder des Wahlausschusses sollte nicht Mitglied in einem Gremium der Genossenschaft sein. Die Vorstellung der Kandidaten und Kandidatinnen zur Vertreterversammlung sollte auf Bezirksversammlungen stattfinden. Zusätzlich zur Liste des Wahlausschusses sollten sich alternative Listen, die nicht die volle Zahl an Kandidaten und Kandidatinnen zu umfassen brauchen, zur Wahl stellen können, wie dies bei politischen Wahlen üblich ist.

Der **Aufsichtsrat** muß, um den Vorstand wirksam zu kontrollieren, häufiger als die üblichen viermal im Jahr zusammentreten. Seine Kompetenz ist höher, wenn er (in großen Genossenschaften) durch eigene Mitarbeiter unterstützt wird.

Zusätzlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen können neue Gremien geschaffen werden. Diese dürfen den herkömmlichen Organen ihre Befugnisse nicht nehmen, können aber beratend tätig sein. Zu denken wäre an **Bezirksversammlungen** als Informationsveranstaltungen und **Arbeitsgruppen** zu einzelnen Geschäftsbereichen oder Zielgruppen der Genossenschaft.

Die Genossenschaft kann ihre Kenntnis der Mitgliederwünsche vertiefen, indem sie eine Datei ihrer Geschäftskontakte mit den Mitgliedern führt, um diesen leichter gezielte Angebote unterbreiten zu können. Ein anderer Weg sind **Mitgliederbefragungen**. Mit moderner Computertechnik sind sie einfach und kostengünstig zu verwirklichen.

Die stetige Ausrichtung einer Genossenschaft auf ihre Mitglieder wird erleichtert, wenn die Genossenschaft – nach dem Vorbild der Konsumgenossenschaften seit der Jahrhundertwende – ein **Mitgliedersekretariat** einrichtet. Neben der Führung der Mitgliederliste und den damit zusammenhängenden technischen Vorgängen würde dieses alle Demokratieangelegenheiten im weitesten Sinne betreuen. Es hätte die Gremiensitzungen vorzubereiten, den Geschäftsbericht und andere Informationsschriften abzufassen und Mitgliederwünsche festzustellen sowie gegenüber der Geschäftsleitung zu vertreten.

Selbstverständlich stellen diese Vorschläge keine Patentrezepte dar. Ob Demokratie funktioniert, hängt schließlich von den Personen ab, die am demokratischen Prozeß teilnehmen. Immerhin würde eine konsequente Umsetzung dieser Vorschläge die organisatorischen Rahmenbedingungen verbessern. Den Einzelnen fiele es leichter, von ihren Mitwirkungsrechten Gebrauch zu machen.

Diskussionen um eine Verbesserung demokratischer Strukturen, wie sie in der Ökobank intensiv geführt werden, weisen auf die noch bestehenden Defizite der Unternehmen alternativer Geldanlagen in diesem Bereich hin. Andererseits lassen sie hoffen, daß diese Unternehmen in Sachen Demokratie einige Schritte weiterkommen werden als die meisten übrigen Unternehmen. Der Leser oder die Leserin dieses Artikels kann dabei mithelfen. Gehen Sie doch einfach mal zu Ihrem alternativen Geldanleger und sprechen Sie die Geschäftsführung auf Ihre Mitbestimmungswünsche an. Wetten, daß die überrascht sind?

Übersicht über alternative Finanzdienstleistungen und Anbieter

Das Angebot des Finanzdienstleistungssektors ist ungeheuer breit gefächert. Es reicht von Beratungen in Finanzangelegenheiten über Versicherungen jeglicher Art bis zu den Geldanlagemöglichkeiten und verschiedenen Kreditofferten.

Wir wollen daher zur Orientierung im alternativen Sektor der Finanzdienstleistungen eine Übersicht über die Anbieter und ihre Produkte geben.

In den folgenden Artikeln der Reihe »alternative Geldanlagen und Finanzierungen« werden die einzelnen »Dienstleistungsgruppen« mit den entsprechenden Anbietern vorgestellt. Die beiden zunächst folgenden Beiträge beschäftigen sich mit den Geldanlagemöglichkeiten, die zum einen in den Einlagen bei Kreditinstituten und den Investmentfonds bestehen und zum anderen darin, daß sich GeldanlegerInnen als KreditgeberInnen oder mit einer Firmenbeteiligung engagieren können. Später werden verschiedene Finanzierungsalternativen vorgestellt. »Saubere« Geldquellen erschließen sich (spiegelbildlich zu den Geldanlagen) aus Krediten und Beteiligungen, können aber auch aus Zuschüssen bestehen. Ein weiterer Artikel behandelt die Beratungs- und die Versicherungsdienstleistungen für alternative Betriebe und Privatleute.

Anbieter im Ausland wurden hier aus Platzgründen nicht vorgestellt. Es sei lediglich darauf hingewiesen, daß in vielen europäischen Ländern bereits alternative Banken existieren, die sich zunehmender Beliebtheit erfreuen.

Nicht berücksichtigt sind ebenfalls die recht zahlreichen Förderprogramme der öffentlichen Hand. Umfassende Informationen erhält man bei den Bundes- und Landesministerien für Wirtschft, für Finanzen, für Forschung und Technologie, sowie den Umweltministerien und bei einigen Banken. ●

Anbieter / Dienstleistung	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1. Geldanlagen																
Einlagen bei Kreditinstituten																
○ Sichteinlagen	X	X[2]				X			X[3]				X			
○ Sparkonten mit versch. Künd.fristen/Sparbuch	X	X	X[6]			X			X				X	X[6]		
○ Sparbriefe	X	X							X				X	X[6]		
○ Sonstige klassische Sparvarianten	X								X							
○ Termineinlagen	X	X				X			X				X	X[6]		
Investmentfonds und/oder Vermögensverwaltung		X												X[6]		X
»Kreditvergabe«																
○ Schuldverschreibungen		X														
○ Direktkredite und/oder Direktkreditvermittlung	X	X	X				X	X	X[4]			X		X		
Beteiligungen am Grundkapital																
○ Beteiligung als Gesellschafter (oder deren Verm.)	X		X											X		
○ Aktien																
○ Genossenschaftsanteile	X					X			X		X	X		X		
2. Finanzierungen																
○ Kredite an Privatpersonen (oder deren Vermittlung)	X[1]					X			X					X		
○ Kredite an Untern. oder Projekte (oder deren Verm.)	X	X[2]	X			X	X	X	X	X	X[5]			X		
○ Beteiligungsfinanzierung (oder deren Vermittlung)	X										X[5]					
○ Zuschüsse	X			X				X		X				X[6]		
○ Bürgschaften	X	X[2]		X				X		X	X[5]					
3. Finanz- und/oder betriebswirtschaftliche Beratung	X	X[2]	X	X	X		X		X		X[5]	X		X		
4. Versicherungen und/oder Versicherungsvermittlung									X						X	

1 Nur zur Baufinanzierung.
2 Nur für gemeinnützige Einrichtungen und Organisationen der freien Wohlfahrtspflege.
3 Nur für Geschäftskunden bzw. Kreditnehmer.
4 Sonderform/Produktinnovation.
5 In »armen« Regionen.
6 Nur Vermittlung.

1 **Anthroposophische Institute**, Oskar-Hoffmann-Str. 25, 4630 Bochum, ☎ (0234) 37653 (GLS Gemeinschaftsbank eG, Gemeinnützige Kreditgarantiegemeinschaft eG, Gemeinnützige Treuhandstelle e.V.)
2 **Bank für Sozialwirtschaft GmbH**, Keithstr. 2, 1000 Berlin 30, ☎ (030) 2100090
3 **Die paritätische Geldberatung eG**, Loher Str. 7, 5600 Wuppertal 2, ☎ (0202) 89820
4 **Haftungsassoziation eG** – Bürgschaftsbank für kleine kooperative Betriebe, Schmargendorferstr. 13, 1000 Berlin 41, ☎ (030) 8512028
5 **Innova** – Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Am Hofgarten 20, 5300 Bonn, ☎ (0228) 215290
6 **Integra Spar- und Kreditgenossenschaft eG**, Goethestr. 74/III, 8000 München 2, ☎ (089) 533963
7 **Kreditnetz für Frieden, Ökologie und Selbstverwaltung** e.V., Holzstr. 2-4, 8000 München 5, ☎ (089) 268860
8 **Netzwerke** (regional eingetragene Vereine, Veröffentlichung der Adressen in der Zeitschrift CONTRASTE, BUNTE SEITEN, halbjährliche Beilage)
9 **Ökobank eG**, Brönnerstr. 9, 6000 Frankfurt/Main, ☎ (069) 2998700
10 **Ökofonds der Grünen** (in jedem Bundesland, Adressen über regionale Parteibüros erhältlich)
11 **Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft eG** (EDCS), Utrechtsweg 91, 3818 EB Amersfoort, Niederlande (aber in Deutschland regionale Fördervereine)
12 **Stattwerke Beratung und Finanzierungsvermittlung eG**, Mehringdamm 50, 1000 Berlin 61, ☎ (030) 7857082
13 **Steyler Missionssparinstitut GmbH**, Arnold-Janssen-Str.22, 5205 Sankt Augustin, ☎ (02241) 237337
14 Trion Geldberatungsgenossenschaft eG, Gerberstr. 9, 2000 Hamburg 50, ☎ (040) 387060
15 **Verbund der Fairsicherungsläden eG**, Kohlhökerstr. 17, 2800 Bremen, ☎ (0421) 327751
16 **Investmentfonds und Vermögensverwaltungen:**
- ○ Concorde-Artus, Ethische Vermögensverwaltung GmbH, Weidenauer Str.179, 5900 Siegen
- ○ DG Capital Management GmbH, Am Platz der Republik, 6000 Frankfurt a.M.
- ○ Focus Wertpapierverwaltungs- und Finanzberatungsges.mbH, Guntherstr. 21, 8000 München 19
- ○ H.C.M. Hypo Capital Management, Vermögensbetreungsgesellschaft mbH, Denningerstr. 130-132, 8000 München 81

LESERBRIEF

zu: »Auf der Suche nach alternativen Geldanlagen und Finanzierung« in der Ausgabe Oktober 91

Dieser Artikel stellt eine Einführung in die bürgerlichste, kapitalistischte Wirtschaftstheorie dar. So wird mal wieder die Marktwirtschaft als ethisches System bezeichnet, weil es »den Menschen als mündiges, entscheidendes Individuum anerkennt und die materielle Versorgung entsprechend den individuellen Bedürfnissen ermöglicht«. Sind die Autoren wirklich so weltfremd, und haben noch nie etwas von der bürgerlichen Theorie des Marktversagens, und auch noch nie von Versorgungsmängeln in unserem reichen Land gehört. Auch scheint für sie selbst die dümmlichste Werbung der Produktinformation für den mündigen Konsumenten und nicht der Manipulation zu dienen.

Dann kommt ein gedanklicher Salto. Obwohl sich auf den Märkten theoretisch Angebot und Nachfrage immer ausgleichen, wird für den Geldmarkt behauptet »die Nachfrage ist größer als das Angebot«. Warum das so ist, wird überhaupt nicht überlegt. Vielleicht merken die Autoren, daß Geld nicht gekauft wird, sondern geliehen. Ein »Preis« für Geld also ein Mietpreis ist, bei dem das Mietobjekt auch noch unverändert zurückgegeben werden muß.

Dabei soll der Zins den Wertverlust des Geldes durch die Inflation ausgleichen, und woher kommt die Inflation. Ist es nicht das Zinssystem, das genau diese Inflation antreibt?

So sagen die Autoren auch: »Folglich ist der Zins bzw. die Rendite einer Geldanlage eine durchaus legitime und Systemkonforme, ja notwendige Angelegenheit«. Stimmt für Verfechter eines kapitalistischen Systems. Die Verteidiger eines Sklavenhalterstaates würden behaupten, daß das Totprügeln von Sklaven eine »legitime und systemkonforme, ja notwendige Angelegenheit« ist.

Dann kommt der nächste Salto, indem die Autoren behaupten: »Die monetäre Rendite ist nicht das allein entscheidende Auswahlkriterium für eine Geldanlage«. Dieser Satz und die dazugehörigen Ausführungen produzieren ein Dilemma. Wenn der Zins ein gerechter Marktpreis wäre, und der Markt ethisch, wäre es absolut dumm und unsozial unterhalb des marktwirtschaftlichen Zinssatzes zu verleihen. Genau dies müßte Geld in die falschen Kanäle leiten. Allein, daß es anders ist, zeigt wie wenig praktikabel die bürgerliche Zinstheorie ist. Wer das Bürgertum beim Kampf um Renditen erlebt hat (z.B. auf HV's von AG's), der weiß auch, daß andere Gründe keine Rolle spielen.

Ich hoffe, daß die angekündigten Fortsetzungen nicht so platt sind. ●

Erich Jungnickel, Hamburg

»FORUM FREIWIRTSCHAFTSLEHRE«

Beendigung des Wachstumszwangs

– eine Erwiderung auf die Kritik von Jürgen Kaun

durch Dirk Löhr, Ruhr-Universität Bochum

In seinem kritischen Artikel in der Septemberausgabe der Zeitung »CONTRASTE« bezeichnet Jürgen Kaun den Anspruch der Freiwirtschaftslehre, die Grundlagen für eine wachstumsfreie, ökologische Kreislaufwirtschaft zu legen, als Illusion. Ähnliche Ansichten machte Kaun auch in einem Positionspapier des BUND publik. Eine kritische Analyse der vorgebrachten Argumente und Behauptungen zeigt, daß die Auffassung Kauns einer Kette von Mißverständnissen aufsitzt, zumal sie den Denkschemata der herrschenden Schulwissenschaft folgt.

Es kommt selten vor, daß die Auseinandersetzung um die Freiwirtschaftslehre sachlich, in einem Wettstreit der Argumente ausgetragen wird. Meist überwiegt die Polemik und das Bemühen, die Freiwirtschaftslehre in die – je nach politischem Standort des »Kritikers« – linke oder rechte politische Schublade einzuordnen. Eine sachliche, auf jede Polemik verzichtende Kritik wie die von Jürgen Kaun (1) ist eher selten und daher wertvoll. Da man seinen Zeilen (im Gegensatz zu denjenigen der allermeisten anderen Kritiker) anmerkt, daß er sich mit der Materie ernsthaft auseinandergesetzt hat, sei ihm insofern Anerkennung gezollt.

Zumal sich mein missionarischer Eifer in engen Grenzen hält, hätte ich mir gerne die Mühe gespart, die vorliegenden Zeilen zu Papier zu bringen, wenn Kauns Argumentation überzeugend gewesen wäre. Indessen: Sie ist es nicht. Viele Argumente sind mittlerweile sattsam bekannt (2), weswegen ich mit dieser Replik ein wenig in die »Nischen« der Diskussion vorstoßen möchte. Dabei sollen die Thesen Kauns zurechtgerückt und die zugrundeliegenden Mißverständnisse aufgeklärt werden.

Behauptung: »Der Anteil der Kapitaleinkommen am Volkseinkommen steigt exponentiell«.

Dieses wurde und wird nicht von der Freiwirtschaftslehre behauptet; Kaun baut mit dieser These einen »Pappkameraden« auf.

1. Mißverständnis: Der »Zinsbegriff«.

Manchmal ergibt sich der Eindruck, daß dieser Begriff zu eng gefaßt wird; hierbei wirken die Freiwirte allerdings fleißig mit. Die Freiwirtschaftslehre ist jedoch keineswegs nur auf die Betrachtung des Geldzinses beschränkt. Es geht ihr genauso um den Sachkapitalzins, der mit dem Geldzins über Arbitrage- und Transmissionsprozesse verbunden ist (wie Theorien jedweder Couleur zugestehen). Damit ist der Anteil des Kapitaleinkommens (3) aber von 17,1% des Volkseinkommens in 1960 auf 21,3% in 1989 gestiegen, also um 4,2%. Die von Kaun zugrundegelegten Kapitaleinkommensbestandteile – nur Miet- und (Geld-)Zinseinkünfte – unterzeichnen den tatsächlichen Anteil des Kapitaleinkommens am Nettosozialprodukt.

2. Mißverständnis: Verwechslung von absoluten Größen und Anteilen.

Wenn der Anteil des Kapitaleinkommens am Volkseinkommen in der besagten Zeit nur von 17,1% auf 21,3%, also um 4,2% gestiegen ist: Hat Kaun mit seiner Kritik dann also recht, daß das Wachstum der Kapitaleinkommen nicht exponential verlaufen sein kann?

Die Antwort lautet nein. Es ist nämlich unzulässig, Anteile am Volkseinkommen aufzuzeigen und damit zu demonstrieren, daß die Kapitaleinkommen als absolute Größen nicht exponentiell gestiegen sind. Die Freiwirtschaftslehre behauptet nicht, daß die Anteile des Kapitaleinkommens am Bruttosozialprodukt ohne weiteres exponentiell steigen (dies eben nur bei unzureichendem Wachstum!). Was exponentiell steigt, sind die absoluten Größen. Auf der monetären Seite sind dies das (Geld-)Kapital und das Kapitaleinkommen, auf der realen Seite das Sozialprodukt. Die Freiwirtschaftslehre vertritt die Ansicht, daß die Wirtschaft zusammen mit dem Kapitaleinkommen (und dem Kapital als Basis dieses Einkommens) in absoluten Zahlen entsprechend wachsen muß, damit der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen eben nicht zurückgeht. Und in absoluten Zahlen gerechnet, ist das Kapitaleinkommen von 41 Mrd. DM (1960) auf 374 Mrd. DM (1989) gestiegen, nach Adam Riese ist dies ein Zuwachs um nicht ganz unbeachtliche 812%! Im gleichen Zeitraum stieg das Volkseinkommen von 240 Mrd. DM auf 1.751 Mrd. DM, also um 629%.

Jedermann kann sehen, daß das Volkseinkommen im betrachteten Zeitraum mit einer geringeren Rate als das Kapitaleinkommen stieg; die Differenz bezahlten – weil eben nichts vom Himmel fällt – v.a. die Lohnabhängigen mit Verteilungsverlusten.

Es ist Kaun allerdings zuzugestehen, daß die exponentielle Wirkung des Zinseszinseffektes (»Zins« immer wie oben definiert verstanden!) noch stärker ausgefallen wäre, wenn nicht ein teilweiser Konsum der Zinserträge und eine teilweise – wenn auch nur sehr lückenhafte – Besteuerung stattgefunden hätte (Inflationsprozesse wären hier auch zu erwähnen, ihnen unterliegen aber die Bezieher von Arbeits- und Kapitaleinkommen gleichermaßen). Hieraus allerdings zu schließen, daß der Zinseszinseffekt das Verhungern des Vermögensbesitzers impliziere, mutet hinsichtlich a) der allseits bekannten Thesaurierungsquoten (nicht zuletzt bei Kapitalgesellschaften als juristischen Personen; diese tun sich mit dem Verhungern relativ schwer!) und b) der Polarisierung der Vermögensverteilung merkwürdig an. Beispielsweise lag 1986 in der Bundesrepublik das Vermögen der reichsten Haushalte bei 1.000 bis 4.000 Mio DM, die daraus resultierenden Zinserträge bei 60 bis 300 Mio DM jährlich (4). Selbst bei täglichem Kauf eines Rolls-Royce, Bordellbesuch und Riesenfete ist die Konsumfähigkeit eines sterblichen Erdenbewohners angesichts dieser Summen beim besten Willen überfordert.

Von 1960 bis 1989 stiegen die Geldvermögen von rund 311 Mrd. DM auf 4.442 Mrd. DM, das ist ein Zuwachs um 1.328% (5)!!

Die These Kauns, die Geldvermögen seien im betrachteten Zeitraum nur unterexponentiell gestiegen ist also nachweislich falsch; der Versuch, diese (falsche) Behauptung damit zu belegen, daß **»der Anteil der Zins- und Mieteinkünfte am Volkseinkommen in den letzten 30 Jahren nur langsam von 3% (1960) auf 7,2% (1989) (stieg)«**, methodisch unzulässig. Der Kuchen Sozialprodukt muß mindestens in der Rate wachsen, in der das Kapital einen wachsenden Anspruch geltend macht, soll es nicht zu Verteilungsverlusten kommen. Würde dagegen der Anteil des Kapitaleinkommens exponentiell wachsen, hätten wir binnen weniger Jahre eine Umkehrung der Verteilungsverhältnisse.

Behauptung: »Freigeld führt zu einem Nachfrage- und Wachstumsschub seitens der Konsumenten«.

In der Tat würde die Umlaufsicherungsgebühr den Geldumlauf in den meisten konjunkturellen Situationen beschleunigen und die Umlaufsgeschwindigkeit auf diesem höheren Niveau konstant halten. Es gilt jedoch zu differenzieren.

1. Mißverständnis: Verwechslung der Konjunkturwirksamkeit von Konsumgüter- und Investitionsgüternachfrage.

Der Vorstellung Kauns ist entgegenzuhalten, daß es weniger die Konsumenten sind, welche Nachfrageschwankungen auslösen. Die Konsumbedürfnisse sind relativ (!) stabil, die von der Konsumnachfrage ausgehenden Wirkungen auf die Konjunktur eher (!) sekundär. Was den Konsumgeldkreislauf angeht, würde dementsprechend die Einführung von Freigeld zunächst keine großartigen Änderungen bewirken. Hier ist die Umlaufgeschwindigkeit ohnehin schon (besonders bei den unteren Schichten) ziemlich hoch und stabil.

Ungeachtet dessen würden zweierlei Effekte als Folge der Systemänderung eintreten, die eine gegenläufige Wirkung zeitigen. Die ungleiche Einkommensverteilung verschwindet langsam mit dem Kapitaleinkommen. Um seine eigenen Bedürfnisse zu stillen, braucht das Individuum nicht mehr rund ein Drittel seiner Arbeitszeit auf fremde Rechnung zu produzieren. Sofern die materiellen Bedürfnisse schon vor der Einführung der freiwirtschaftlichen Reform annähernd gesättigt waren (das dürfte in weiten Teilen der Mittel- und Oberschicht der Fall sein), sinkt mit der zunehmenden Gleichverteilung des Einkommens die notwendige Arbeitszeit. So gesehen geht das Volkseinkommen eher zurück.

Ein entgegengesetzter Effekt geht vom materiellen Nachholbedarf gerade der unteren Schichten aus. Die Nettowirkung auf das Wachstum hängt davon ab, wie groß dieser Nachholbedarf ist und wie sich die Bedürfnisse der Menschen weiter entwickeln. An dieser Stelle ist zu betonen, daß die Freiwirtschaftslehre nur den Anspruch erhebt, die notwendigen Voraussetzungen für eine wachstumsfreie Ökonomie zu schaffen. Ob diese denn auch hinreichend sind, hängt letztlich von der Bedürfnisstruktur der Menschen ab. Ist die materielle Gier unersättlich, wird mit oder ohne Freiwirtschaft auch das Wirtschaftswachstum weiter- und dieser schöne Planet vor die Hunde gehen. Der Verfasser dieser Zeilen geht allerdings davon aus, daß im linken Spektrum Einigkeit über andere anthropologische Prämissen herrscht.

Als Folge einer freiwirtschaftlichen Reform steigt bei einem sinkenden Zinssatz (mit sinkender Ersparnis und sinkenden Nettoinvestitionen, vgl. unten) der Anteil des Konsums am Volkseinkommen. Auf welchem Niveau dies stattfindet, kann niemand vorhersagen. Etwaige (positive oder negative) Niveauveränderungen werden – entsprechend der Absenkung des Zinses – jedenfalls langsam vonstatten gehen, sie haben Trendcharakter.

Konjunkturelle Wirkungen, also Wachstumsschübe und -einbrüche, sind dagegen v.a. auf Schwankungen der Investitionsnachfrage zurückzuführen. Es war vor allem Keynes, der die Erkenntnis verbreitete, daß Krisen und Aufschwünge im Investitionsgütersektor ihren Ausgang nehmen. Von Schwankungen der Investitionskonjunktur gehen entsprechende Multiplikatoreffekte auf die Gesamtwirtschaft aus (auch auf den Konsumgeldkreislauf): Wird der Werkzeugmaschinenbauer arbeitslos, so läßt er sich von seiner Frau die Haare schneiden. Die Einnahmen des Friseurs sinken, weshalb er wohl oder übel auf seine Gartenzwerge verzichten muß. Der Gartenzwergfabrikant ... usw.

Die Nachfrage nach Investitionsgütern könnte aber mit einer verstetigten Konjunktur, wie sie mit der freiwirtschaftlichen Reform erreichbar ist, stabilisiert (nicht verstetigt!) werden.

2. Mißverständnis: Das Absinken des Zinssatzes ist ein dynamischer Prozess, ceteris-paribus-Vorstellungen daher m.E. unangebracht.

Ich sprach gerade bewußt von einer »stabilisierten«, nicht von einer verstetigten Investitionsnachfrage. Durch die permanent vorgenommenen Investitionen drückt die Konkurrenz der Kapitalien sowohl auf den Sach- als auch den Geldkapitalzins. Beide nähern sich irgendwann Null (wenn die Bedürfnisse gesättigt sind). Welcher Unternehmer wird aber investieren, wenn er keinen Return (und aber einer gewissen Grenze sogar) einen negativen Return on Investment erwarten muß? Die Nettoinvestitionen werden mit dem Kapitaleinkommen also langsam absinken, mit ihnen die Wachstumsrate.

Kaun geht offenbar neben einem zu eng gefaßten Zinsbegriff auch von unzulässigen ceteris paribus-Vorstellungen aus. Er senkt als einzige betrachtete Variable den Geldkapitalzins ab, bewegt sich ansonsten aber nach wie vor gedanklich im Kapitalismus: Tatsächlich würde – wie Kaun unterstellt – die Rate der Nettoinvestition dann steigen, wenn der Sachkapitalzins derselbe bliebe, der Geldkapitalzins aber von heute auf morgen verschwände. Die freiwirtschaftliche Reform durchdringt aber die gesamte Wirtschaft; die Betrachtung einer einzigen veränderten Variablen muß daher zu falschen Ergebnissen führen: So sinken im freiwirtschaftlichen Szenario die Nettoinvestitionen gerade deswegen, weil Sach- und Geldkapitalzins durch die Marktkräfte bedingt zusammen gegen Null tendieren.

Behauptung: Eine »Kreditumlenkung« in den Konsum zur Erreichung der Wachstumsfreiheit ist unmöglich.

Freiheit von Wachstum würde einer Nettoinvestitionsrate von Null und einer Sparquote von Null entsprechen. Diese Erkenntnis ist durchaus nicht auf dem Mist von Löhr gewachsen, hier sind sich die Wachstumstheoretiker einig (6).

1. Mißverständnis: Konfusion um den Ersparnisbegriff.

»Wer wäre bei einem Nullzins noch bereit, seinen Gegenwartskonsum aufzuschieben und zu sparen?«, fragt Kaun. Wenn Volkswirte von Ersparnis sprechen, können sie tatsächlich leicht am übrigen Teil der Bevölkerung vorbeireden. Dieser Begriffsverwirrung scheint auch Kaun aufzusitzen. Die volkswirtschaftliche Ersparnis ist die Differenz zwischen Volkseinkommen und gesamtwirtschaftlichem Konsum (7), die Sparquote dementsprechend die Differenz aus 1 und Konsumquote. Der Konsum kann dabei sowohl aus dem laufenden Einkommen oder aus Kreditaufnahme (des Staates oder von Privaten) erfolgen. Soweit würde sicher auch Kaun zustimmen.

Die Freiwirtschaftslehre folgt der herrschenden Lehrmeinung, daß als Voraussetzung für eine wachstumsfreie Wirtschaft mit den Investitionen auch die gesamtwirtschaftliche Sparquote gegen Null gehen muß. Das heißt aber keinesfalls, daß individuell kein Geldvermögen mehr gebildet wird. »Spart« Robinson 100 DM und nimmt Freitag diese 100 DM als Kredit auf, so ist in dieser 2-Personen-Volkswirtschaft die gesamtwirtschaftliche Sparquote gleich Null – also der Teil des Volkseinkommens, der nicht konsumiert wird.

Bei der offensichtlichen Befürchtung Kauns, ein Nullzins würde auch einzelwirtschaftlich zu einem Versiegen jeder Geldvermögensbildung führen, steht **Böhm-Bawerk**, der Vater der neoklassischen Zinstheorie als graue Eminenz im Hintergrund Pate. Dieser paläoliberalen, deswegen aber noch lange nicht richtigen Ansicht lassen sich die vielfältigsten individuellen Sparmotive entgegensetzen: So z.B. aus Gründen der Vorsorge, der Vorsicht, für größere Anschaffungen etc. Nach K. G. Zinn stellt die Geldvermögensbildung sogar eine eigenständige Art der Einkommensverwendung dar und ist deswegen als ein eigenständiges Positionsgut zu betrachten (8). Zudem sollte laut Keynes »... klar sein, daß der Zinsfuß keine Belohnung für Sparen oder Warten an sich sein kann. Denn wenn ein Mensch seine Ersparnisse in Bargeld hortet, nimmt er keine Zinsen ein, obschon er gerade so viel spart wie zuvor.« (9) Ganz im Gegenteil sei der Zins eine Belohnung für die Aufgabe von Liquidität. Konjunkturelle Einbrüche incl. der damit einhergehenden Kapital- und Ressourcenvernichtung entstehen so gesehen gerade deswegen, weil auch ohne die Belohnung des Zinses »gespart« wird (die Freiwirte benutzen den Terminus »sparen« i.d.R. anders als Keynes, was aber seiner Argumentation keinen Abbruch tut). Der Spieß kann daher sogar umgedreht werden: »Daß die Welt nach verschiedenen Jahrtausenden beständigen Sparens so arm an angehäuften Kapitalwerten ist, ist (nach Keynes, d.V.) **»weder durch die unvorsorglichen Neigungen der Menschheit, sogar nicht einmal durch die Zerstörungen von Kriegen, sondern durch die hohen Liquiditätsprämien zu erklären, die früher dem Besitz von Land anhafteten und die jetzt an dem Besitz von Geld hängen.«** (10) Der Zins (genauer: die Liquiditätsprämie) ist längerfristig nicht die Ursache, sondern ein Hemmschuh für die Kapitalbildung.

2. Mißverständnis: Eine Sparquote von Null stellt sich nicht durch administrative »Kreditumlenkung« ein.

Obwohl Kaun diesbezüglich offensichtlich die wenigsten Einwände hat, ist es auf den ersten Blick doch keineswegs einsichtig, warum eine gesamtwirtschaftliche Spar- und Investitionsquote von Null notwendig mit einem Nullzins verbunden sein soll. Die Antwort ist jedoch verblüffend einfach: Ein Zahlungsstrom verliert umso mehr an Wert, je höher der zugrundezulegende Zinssatz und je ferner der Realisierungszeitpunkt ist (ihr sog. »Barwert« ist geringer). Es macht nämlich einen Unterschied, ob ich einen Betrag von z.B. 100 DM heute oder in 2 Jahren kassiere. Bei einem Zinssatz von 5% entgehen mir in der Zwischenzeit nämlich schon 10 DM. Umgekehrt kann ich dieses Geld sparen, wenn es mir gelingt, Auszahlungen möglichst zeitlich zu strecken.

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG

Ein hoher Zins setzt gleichsam das Signal, den auszahlungswirksamen Verbrauch an Gütern und Dienstleistungen (egal, ob durch die Produktion oder die Letztverbraucher veranlaßt) möglichst weit in die Zukunft zu verlegen; die Belastung (gerechnet in Barwerten) wird dadurch geringer. Bei gegebenem Volkseinkommen bedeutet der Anreiz, der zahlungswirksamen Verbrauch zu reduzieren, also eine Erhöhung der Sparquote.

Umgekehrt gibt ein sinkender Zins, wie ihn die Einführung der Freiwirtschaft bewirken würde, eine Botschaft an die Marktteilnehmer, die da lautet: »Ihr braucht euren zahlungswirksamen Verbrauch nicht mehr so sehr in die Zukunft zu verschieben«. Dementsprechend würde die Sparquote sinken, die Konsumquote steigen.

Ein Nullzins bedeutet für die Volkswirtschaft das Zeichen, daß es nun keine gesamtwirtschaftlichen Vorteile mehr bringt, wenn der Verbrauch an Gütern und Dienstleistungen noch weiter zeitlich hinausgeschoben wird. Jetzt übernehmen die einzelnen Wirtschaftsteilnehmer das Ruder, die individuellen Präferenzen dürfen nun unabhängig von volkswirtschaftlichen Erfordernissen zur Geltung gelangen. Die einen haben Konsumbedürfnisse, die nicht mit ihrem Einkommen abzudecken sind (hier: positive Zeitpräferenzrate), die anderen ein Einkommen, das gemessen an ihren Konsumbedürfnissen zu hoch ist (hier: negative Zeitpräferenzrate). Bei einem Nullzins gleichen sich positive und negative Zeitpräferenzraten aus (wobei diesbezüglich noch nicht einmal eine symmetrische Verteilung notwendig ist).

Kommt es zu Ungleichgewichten, wegenmeiner aufgrund demographischer Verwerfungen (die Bevölkerungspyramide kippt) oder einer allgemeinen Bedürfnissättigung, so wäre es jedoch denkbar, daß die Geldvermögensbildung zeitweise nicht mehr durch Konsumentenkredite absorbiert werden kann. Der Markt würde mit temporär negativen Zinsen und einer Senkung des Volkseinkommens reagieren (negatives Wachstum). Das ist auch sinnvoll so, weil dann die gesamtwirtschaftlichen Konsumbedürfnisse offensichtlich kleiner als das Volkseinkommen sind. Eine keynessche Konsumfunktion vorausgesetzt, steigt die Konsumquote aufgrund der Senkung des Volkseinkommens schließlich wieder auf 100%. Es ist wichtig zu betonen, daß die mit derartigen Anpassungsprozessen verbundenen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zeitlich und vom Volumen her eng begrenzt sind und sich die Vollbeschäftigung nach Beendigung der Anpassungsphase wieder einstellt. Das krisenfreie Absinken des Sozialprodukts dann, wenn die Konsumbedürfnisse gestillt sind, ist ein wesentlicher Sinn einer ökologischen Kreislaufwirtschaft.

3. Mißverständnis: »Warum sollte sich jemand eine Schuldenlast zu Konsumzwecken aufbürden?«

Im Zusammenhang mit der obigen Argumentation sind noch zweierlei Effekte zu berücksichtigen, welche ein Absinken des Konsums bremsen:

- Konsumentenkredite sind heutzutage für Gläubiger und Schuldner gleichermaßen ein sehr riskantes Unterfangen. Die Zinsbelastung ist vergleichsweise hoch, der wirtschaftliche Hintergrund oftmals ein unsicherer. Welcher vernünftige junge Mensch ließe sich im Jahr 1991 bewegen, zu Zwecken der Aus- und Fortbildung einen Kredit aufzunehmen, also in seine persönliche Zukunft zu investieren? Oder gar für ein Sabbatjahr auf den Seychellen? Derartige Vorstellungen entlocken uns heutzutage ob ihrer Realitätsferne nur ein müdes Lächeln. Bei vollständiger wirtschaftlicher Sicherheit und einem Zins um Null würde sich dies wahrscheinlich schnell ändern. Wenn sich die zeitlichen Konsumpräferenzen und -bedürfnisse über eine risiko- und schadlose Kreditaufnahme befriedigen lassen könnten, wäre das Kreditnehmerverhalten ein vollständig anderes als heute.
- Zudem könnten nicht nur Privatpersonen, sondern auch der Staat mehr Konsumausgaben als heute tätigen (z.B. für Soziales im weitesten Sinne) oder in qualitatives Wachstum »investieren« (weil das Volkseinkommen nicht gesteigert wird, ist der Begriff »Investition« hier eigentlich unangebracht, vielmehr geht es meist um dauerhafte Bedürfnisbefriedigung); Lücken in der Lebensqualität werden aufgrund des ökologischen Raubbaus des 20. Jahrhunderts noch lange Zeit zu verspüren sein. Diese wieder zu füllen, stellt auf unabsehbare Zeit eine Gemeinschaftsaufgabe dar. Auch für den Staat (mit seiner hohen Bonität) gilt, daß nicht die Kreditaufnahme an sich, sondern die Schuldzinslast bedenklich ist. Diese entfällt aber letztendlich in einem freiwirtschaftlichen System.

4. Mißverständnis: »Nettoinvestitionen wären auch bei einer Kreditumlenkung in den Konsum in 1989 nicht zu verhindern gewesen.«

In diesem Jahr wurden sie nämlich nur zu einem Drittel fremdfinanziert – selbst wenn die »Ersparnis« (11) in den Konsum geleitet worden wäre, hätten somit ausreichend Finanzierungsmittel zur Verfügung gestanden, so Kaun. Auch hier ist wieder das ceteris-paribus-Denken Kauns zu erkennen; tatsächlich ändert sich als Folge einer Einführung des freiwirtschaftlichen Systems eben nicht nur der Wert einer Variablen. Vielmehr würde mit sinkendem Zins als Folge der Konkurrenz der bisherigen Investitionen auch der Return neuer Investitionen langsam gegen Null laufen, wenn der Bedarf gesättigt ist (12). Thesaurierte Gewinne als Mittel zur Finanzierung von Nettoinvestitionen stünden in einem Nullzins-System schließlich nicht mehr zur Verfügung. Käme ein Unternehmer auf die abstruse Idee, zusätzliches Fremdkapital zur Finanzierung von Nettoinvestitionen zu mobilisieren (tatsächlich würde hier keine Bank mitspielen), käme es in einem Nullzinssystem zu einer Übersättigung; das Resultat wären negative Renditen, also Substanzverluste beim Unternehmen. Jedoch fällt es keinem Unternehmer – sofern er des kleinen Einmaleins mächtig ist – ein, eine Investition vorzunehmen, die sich nicht mehr rechnet, weil der Markt gesättigt ist. Abgesehen davon stehen – wie oben beschrieben – keine Ersparnisse zur Finanzierung solcher ökonomisch unsinnigen Nettoinvestitionen zur Verfügung.

Was die Abschreibungen angeht, so wird hiermit der bestehende Kapitalstock erhalten, aber keine Nettoinvestitionen finanziert.

Das simultane Verschwinden von Kapitaleinkommen, Ersparnis und Nettoinvestitionen ist damit auf keine administrative »Kreditumlenkung« zurückzuführen, sondern eine notwendige Begleiterscheinungen einer gesättigten Wirtschaft. Die Freiwirtschaft ist – anders als das Wort »Kreditumlenkung« suggeriert – marktwirtschaftlich ausgerichtet. Die Gesamtheit aller Wirtschaftssubjekte substituiert auf freiwilliger Basis die Bildung von weiterem Kapital (und Produktivvermögen) durch den Konsum, wenn ihre materiellen Bedürfnisse gestillt sind (eine weitere Produktivvermögensbildung also unnötig ist). Das Individuum dagegen kann seinem Lebenseinkommensstrom durch Ersparnisse und Kreditaufnahme jede gewünschte zeitliche Struktur geben.

Behauptung: »Eine durch die freiwirtschaftliche Kreditumlenkung gespeiste Expansion der Konsumnachfrage träfe bald auf Kapazitätsgrenzen des ja unveränderten Produktionsapparates (in der stationären Wirtschaft sind die Nettoinvestitionen gleich Null!), und sie würde letztlich in einem inflationstreibenden Nachfrageüberhang wirkungslos verpuffen. Solange, bis die absoluten Kapazitätsgrenzen erreicht wären, würde diese Mehrnachfrage noch anfangs weiteres umweltschädliches Produktionswachstum hervorrufen!«

In diesem Zitat sind so viele inhaltliche Mißverständnisse und theoretische Differenzen enthalten, daß man eigentlich ein ganzes Buch hierzu schreiben könnte. Ich trete den gewagten Versuch an, die Divergenzen mit wenigen Sätzen zu beseitigen.

1. Mißverständnis: »Expansion der Konsumnachfrage.«

Grundsätzlich ist der Konsumkreislauf relativ stabil; seine Inflationswirksamkeit ist deswegen ähnlich wie seine Konjunkturwirksamkeit zu beurteilen (vgl. oben). Der Trendcharakter der Veränderung der Konsumnachfrage dominiert; ob es längerfristig per Saldo zu einer Ausweitung oder einer Schrumpfung der Konsumnachfrage kommt, kann kaum prognostiziert werden.

2. Mißverständnis: »Der Produktionsapparat bleibt unverändert, die Wirkungen der Geldreform sind inflationär.«

Geld- und (Sach-)Kapitalzins können nicht unabhängig voneinander gesehen werden. Die Zinssenkung ergibt sich ja gerade dadurch, daß der Produktionsapparat – genauer: dessen Ausstoß – relativ zur wirksamen Nachfrage wächst; auf welchem Niveau das geschieht, ist unerheblich. Ist Inflation wirklich ein vorrangig (!) monetäres Phänomen, so kann mit der Freigeldreform

a) die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (bezogen auf die Geldmenge in den unterschiedlichsten Abgrenzungen) und
b) mit der Reservehaltung des Bankensystems und dem Bargeldabzugskoeffizienten (Publikum)

die Geldmenge genau unter Kontrolle gehalten und der Realwirtschaft angepaßt werden. Monetär induzierte Inflationsprozesse sind deswegen – anders als heute – nicht mehr möglich. Die von Kaun geschilderte Gefahr träfe höchstens auf die Einführungsphase zu, aber auch nur dann, wenn der Erhöhung der Umlaufsgeschwindigkeit nicht durch eine Reduktion der Geldmenge Seitens der Notenbank entgegengewirkt würde (was ohne weiteres geschehen kann).

Behauptung: »Ein Zins um Null verleitet zu kapitalintensiven, unökologischen Großtechnologien und wird damit zu einer forcierten Wegrationalisierung der Arbeitsplätze führen.«

1. Mißverständnis: Viele ökologisch vernünftige Investitionen rechnen sich gerade wegen ihrer Kapitalintensität in der Zinswirtschaft nicht.

Betriebswirtschaftlich entscheidend sind hier neben dem Abschreibungshorizont der Zinssatz, die Anfangsauszahlungen und der Return bzw. die Einsparungen. Eine ökologisch sinnvolle Solaranlage mit ihren hohen Anfangsauszahlungen ist beispielsweise gegenüber einer Ölfeuerungsanlage mit ihren relativ geringen Anfangsauszahlungen, aber hohen laufenden Aufwendungen (die aber, in die Zukunft verschoben, immer weniger wert werden), umso weniger vorzugswürdig, je höher der Kalkulationszins ist (13).

Die Gleichsetzung von »kapitalintensiv« und »unökologisch« ist deswegen nicht haltbar, »small« ist – bezogen auf die investierten Mittel – eben nicht in jedem Fall »beautiful« (14).

2. Mißverständnis: Anders als heute gilt das Say'sche Theorem!

Schon Proudhon erkannte: »Nehmt in dem sozialen Körper eine vollkommene Zirkulation ... an, und die menschliche Solidarität ist eingeführt, die Arbeit organisiert.« (15)

In einem freiwirtschaftlichen System schafft sich anders als heute das Angebot seine eigene Nachfrage – der Clou der Freiwirtschaftslehre ist ja gerade die Verwirklichung des (von Neoliberalen heute schon als existent behaupteten) Say'schen Theorems. Das gleichzeitige Vorhandensein von Arbeitslosigkeit und materieller Not ist in einem geschlossenen Wirtschaftskreislauf im Gegensatz zu heute nicht mehr möglich. Dementsprechend würden Produktivitätssteigerungen in Arbeitszeitverkürzungen und/ oder Lohnerhöhungen umgesetzt (je nach Bedarf!), eventuell entstehende friktionelle Arbeitslosigkeit wäre zeitlich und räumlich engstens begrenzt. Aufgrund der (relativen) Kapitalfülle entfallen Marktzutrittsbarrieren; jeder, der einen ungesättigten Bedarf sieht, kann tätig werden, um diesen zu decken.

Behauptung: »Nur ein Bruchteil der Zinsverpflichtungen kann mit der Liquiditätsprämie des Geldes erklärt werden; dementsprechend kann nur dieser Bruchteil mit der »Hortungssteuer« auf Tauschgeld verschwinden.«

Das Mißverständnis: Die von Freiwirten geforderte Umlaufsicherungsgebühr hat nicht den Charakter einer Kapitalertragsteuer.

Diese Auffassung geht vollkommen am Sinn und Zweck der Umlaufsicherungsgebühr vorbei. Zwar ist sich die Freiwirtschaftslehre vermutlich mit Kaun darüber einig, daß neben der Liquiditätsprämie in den Zins auch Knappheits- und Risikobestandteile sowie Erwartungshaltungen eingehen.

Die Umlaufsicherungsgebühr ist jedoch kein Mittel, um die Zinserträge wegzusteuern, sondern dient dazu, einen reibungslosen, von Konjunkturschwankungen befreiten Wirtschaftskreislauf zu gewährleisten. Die Risikobestandteile im Zins verschwinden weitgehend mit der Stabilisierung der Konjunktur, ebenso die Knappheitsbestandteile im Laufe der Zeit als Folge der dauerhaften und ununterbrochenen Kapitalbildung. Die Geldumlaufsicherung wirkt also auf den Zins mittelbar – über die Stabilisierung der Wirtschaft – und nicht unmittelbar. Zumal Kaun diesen Mechanismus an anderer Stelle durchaus zutreffend referiert, ist der Grund für obige Behauptung schleierhaft.

Weitere Diskussion notwendig

Die soziale und ökologische Frage sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Arbeitslosigkeit und soziales Elend auf der einen Seite, Prasserei und Überfluß andererseits. Dabei ist nach einer allgemein akzeptierten Lehre ein Wachstum des Bruttosozialproduktes um jährlich mindestens 3% notwendig, um die soziale Problematik nicht auf die Spitze zu treiben. Das aber »... bedeutet Verdopplung in 23,5 Jahren, also Anwachsen auf das Tausendfache in 235 Jahren (...) und auf das Millionenfache in 470 Jahren (...) und so weiter mit logisch unbegrenzter Fortsetzung, aber faktisch unausbleiblicher Katastrophe ...« (16) Denn unser Wirtschaftssystem tut so, als würden die Ressourcen, die Müllhalden, die Absorptionsfähigkeit der Umwelt usw. ebenfalls in exponentieller Progression wachsen! Dies aber ist ein gewaltiger Trugschluß, und wir machen uns an künftigen Generationen schuldig, wenn wir nicht beginnen, uns Gedanken darüber zu machen, wie diesem Unfug ein Ende gesetzt werden kann.

Daher ist es zu begrüßen, daß das linke Spektrum beginnt, sich wie Kaun kritisch und sachlich mit anderen, neuen Wegen auseinanderzusetzen. Die Freiwirtschaftslehre kann dabei nur den Anspruch erheben, die notwendigen Voraussetzungen zur Lösung dieser Problematik zu leisten. Keineswegs ist sie als ein Allheilrezept zu verstehen. Zudem ist sie kein fix und fertiges Gebäude, sondern weiterzuentwickeln, weswegen sie von Kritik nur profitieren kann. Eine Diskussion ohne ideologische Scheuklappen wird daher hoffentlich für beide Seiten Gewinn bringen. ●

ANMERKUNGEN:

(1) Allerdings konnte selbst Kaun der Versuchung nicht ganz widerstehen: So ist sein Gesell-Zitat im BUND-Positionspapier suggestiv, wenngleich Gesell zweifelsohne nicht als großer Ökologe umgedeutet werden kann. J. Kaun, Plädoyer für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft, in: BUND-Position Nr. 9, Bonn 1991, S. 30.

(2) Eine Auflistung samt Erwiderung liefert H. Creutz, Führt eine Zinssenkung durch umlaufgesichertes Geld zu mehr Wachstum?, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 5/ 1991 (28. Jg.), S. 14-24.

(3) Zu den Zahlen vgl. Institut der Deutschen Wirtschaft, Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, lfd. Jg. – »Kapitaleinkommen« wurde als Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen minus dem kalkulatorischen Unternehmerlohn berechnet. Darauf, daß der »kalkulatorische Unternehmerlohn« eigentlich nur eine statistische Konstruktion ist, soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Er muß abgezogen werden, damit nicht (bei Personengesellschaften) Rendite- und Arbeitseinkommensbestandteile der Unternehmer miteinander vermengt und beide als »Kapitaleinkommen« bezeichnet werden.

(4) Vgl. H. Creutz, Wachstum bis zur Selbstzerstörung? In: H. Creutz, D. Suhr, W. Onken, Wachstum bis zur Krise?, Berlin 1986, S. 23. Dieses reichste Zehntel wird im Mikrozensus gar nicht mehr berücksichtigt.

(5) Vgl. die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank, Sonderdruck Nr. 4.

(6) Vgl. beispielsweise R.F. Harrod, Zweiter Essay zur dynamischen Theorie, in: H. König (Hrsg.), Wachstum und Entwicklung der Wirtschaft, 2. Auflage, Köln 1970, S. 212-215.

(7) Kaun kritisiert sowohl im BUND-Papier als auch im CONTRASTE-Beitrag, daß Ersparnis und Investition unzulässig vermischt würden. Ihm ist zuzugestehen, daß der Ausdruck »Kredite« unpräzise ist; besser hätte es heißen sollen: »Kredite, soweit sie nicht Reinvestitionszwecken dienen«, fließen in den Konsum. Wenn Kaun die gesamtwirtschaftliche Ersparnis in den Konsum fließen lassen will, so ist dies eben schon eine definitorische Unmöglichkeit (Ersparnis = Volkseinkommen minus Konsum).

(8) K.G. Zinn, Wachstum, Zeitallokation und die Grenzen der Geldvermögenspräferenz, in: Konjunkturpolitik, 31. Jg. 1-2/ 1985, S. 44.

(9) J.M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 6. Aufl., Berlin 1983, S. 140.

(10) Ebenda, S. 202.

(11) Vgl. Anm. 7.

(12) J.M. Keynes, Allgemeine Theorie ..., a.a.O., S. 191-192.

(13) Vgl. D. Suhr, Die Wettbewerbsfähigkeit alternativer Energien in Abhängigkeit vom Geldsystem, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, Mai 1991 (28. Jg.), S. 4-5. Vgl. auch D. Löhr, Umweltschutz als Problem intertemporaler Allokation, in: Der Dritte Weg 2/ 1991, S. 27.

(14) Kauns Beispiel »KKWs« ist deswegen mißglückt, weil auch in einer zinslosen Wirtschaft derartige Projekte in einem rein marktwirtschaftlichen Prozeß (d.h. ohne staatliche Interventionen, Garantien etc.) allein schon aus Risikoüberlegungen nicht von Privaten in Angriff genommen würden. Dies gilt umso mehr, wenn man bedenkt, daß der Barwert erwarteter Risiken und der Folgekosten – anders als heute – nicht mehr im Zeitablauf sinkt.

(15) J.P. Proudhon, Recht auf Arbeit und Recht des Eigentums, in: Ausgewählte Schriften, Band 3, Aalen 1973, S. 20.

(16) E. Winkler, Verursacht die Marktwirtschaft die Wachstums-, Konsum- und Umweltprobleme? In: W. Onken (Hrsg.), Perspektiven einer ökologischen Ökonomie, Hann. Münden 1983, S. 12.

VORTRÄGE ZUM THEMA

Mainz:

Geld regiert die Welt – Ursache und Folgen
Samstag, 16. November, Studientag bei der Kath. Studengemeinde Mainz.
Info: ☎ (06131) 22 75 62

Wien:

Neutralgeld statt Zins – Probleme der Geldordnung
Montag, 18. November, Abendvortrag und Podiumsdiskussion.
Info: Kath. Familienverband der Erzdiözese Wien
☎ 5 15 52/3 30

Wangen, Allgäu

Umweltzerstörung – Überschuldung – Kriegsgefahren
Freitag, 22. November, Abendvortrag im Kornhaus Wangen.
Geld, Zins, Wirtschaft
Samstag, 23. November, Tagesseminar im Humboldt-Kolleg Wangen
Info: Freie Volkshochschule Argental
☎ (07528) 77 34

Anzeige

atom

Nr. 36 / Sept./Okt. 91

Aus dem Inhalt :

➔ Atomprogramm 2000
- Die Planungen laufen

➔ Anti-AKW-Diskussionsteil
- Herbstkonferenz in Marburg
- Auflösung des Hamburger Arbeitskreises

➔ Gorleben
- Anti-AKW-Bewegung contra Rot-Grüne Landesregierung
- Atomtransporte, Blockaden, Politiker & "Offene Briefe",
- Weiterausbau des Schacht I

➔ Die Linke am Ende?
- Debatte
- KB Auflösung
- Radikale Linke
- Ökologische Linke

➔ Lupus Papier
- Deutschstunde - Kritik autonomer Politik

➔ Der leise Putsch
- Klammheimliche Neuordnung des Sicherheitsapperates

➔ EG-Option auf Atomwaffen
- Hanau Bunker, Hanau Stillegungen

➔ Karlsruhe
- WAK-Stillegung
- Wiederinbetriebnahme Pilot-Brüter
- Fusionsforschung

➔ Standorte
- u.a. neue Genehmigung für ANF in Lingen durch Rot-Grün

Die atom erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 5 Mark (+ Porto), Abo für 5 Ausgaben 30 DM Ab 4 Ex. 3,50DM (+ Porto)
Bestelladresse:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

REISEN

Reiseprogramm 1992

Mit einem erweiterten Reiseprogramm wartet Rapunzel Reisen für 1992 auf. Neu im Programm sind Kleingruppenreisen von 6 bis 8 Personen nach Marokko und La Palma (Kanaren). Den Auftakt bildet die Reise »Frühling in der Wüste« vom 22.2. bis 7.3.1992. »Die geheimen Schönheiten Zentralmarokkos« sind vom 11. bis 25.4.1992 und vom 6. bis 20.6.1992 zu entdecken. Dazwischen geschoben ist eine Mineralien- und Naturexpidition durch Marokko (Termin: 25.4. bis 9.5.1992). Wer die kanarische Insel La Palma intensiver kennenlernen will, kann dies in der Zeit vom 4.4. bis 2.5.1992. Drei Reisetermine von je 14 Tagen stehen zur Wahl. Das Programm sieht den Besuch eines Umstellungsbetriebes für Bananen und Avocados, von Kräuterbauern und eines Labors zur Herstellung von Essenzen und Ölen sowie die Besichtigung des Weinanbaus vor. Wanderungen dürfen nicht fehlen. Neben den genannten Terminen lassen sich für Gruppen ab 6 Personen auch Wunschtermine mit individueller Programmgestaltung realisieren. Voraussetzung ist eine frühzeitige Kontaktaufnahme (etwa zwei Monate vor dem geplanten Reisetermin).

Ausgebaut wurde für 1992 auch das Programm »Mit Naturkost unterwegs«. Über 60 Ferienunterkünfte in Deutschland und dem benachbarten Ausland (Frankreich, Italien, Schweiz, Österreich und Ungarn) weist es zwischenzeitlich auf. Hotels, Pensionen, Gaststätten, Privatquartiere, Ferienwohnungen und -häuser sowie rauchfreie Häuser finden sich darunter, weithin gebaut und ausgestattet nach baubiologischen Gesichtspunkten. Geboten werden Sprach-, Koch- und Töpferkurse, Yoga und Fastenkuren, aber auch Kleinkunst im Dorfgasthaus. Vegetarische Kost bzw. Vollwertverpflegung im Angebot ist nahezu obligatorisch.

Zu guter Letzt sind noch die Gruppenfahrten zu den Erzeugern der Rapunzel-Naturkostprodukte zu erwähnen, die 1992 nach Franreich, Italien und in die Türkei führen. Mit dem Info-Anforderungscoupon (erhältlich im Naturkostladen) können Hausprospekte und Handzettel von den mehr als 60 Ferienunterkünften sowie Infos von den Gruppenreisen bei Rapunzel-Reisen, Haldergasse 9, 8945 Legau angefordert werden. Notfalls tut es auch eine Postkarte. ●

REGIONALENTWICKLUNG

Wer entwickelt die Region?

Ansätze des sozialen und ökologischen Umbaus in Niedersachsen

Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum vom 10.- 12. Januar 1992.

Das Thema: In den letzten zwei Jahren ist die Entwicklung niedersächsischer Regionen verstärkt in das Interesse der Öffentlichkeit gerückt.

Die Landesregierung will die regionalen Wirtschaftsstrukturen durch die Zusammenarbeit verschiedener regionaler Interessengruppen (u.a. Kommunen, Kammern, Gewerkschaften, Umweltschutz) vorantreiben. Zusammen sollen sie Zielvorstellungen für ihre Region erarbeiten.

neben diesem offiziellen Ansatz bestehen in Niedersachsen einige regionale Vereine und Initiativgruppen (Verdener Verein für Eigenständige Regionalentwicklung, VER Süd-Niedersachsen, Wendland, Hannover, Ostfriesland). Sie wollen den ökologischen Umbau der regionalen Wirtschaft und die Stärkung des ländlichen Raumes durch die Selbstorganisation der Betroffenen, Aktivierungs- und Motivationsarbeit sowie durch Beratungsleistungen erreichen.

Diese Tagung wird die Bestrebungen der Landesregierung und weiterreichende Ansätze vorstellen.

- An welchen Punkten widersprechen und/oder ergänzen sie sich?
- Welche Möglichkeiten bestehen, die Weiterentwicklung der Wirtschaft und besonders die Stärkung der ländlichen und altindustrialisierten Räume auf eine breitere Basis (Beteiligung der Betroffenen) zu stellen und ökologisch wie sozial angepaßt voranzutreiben?

Anmeldung:
Eigenständige Regionalentwicklung in Niedersachsen
Schaufelderstr. 30 · 3000 Hannover 1

Anzeige

remember

Ingenieurkollektiv für Regenerative Energien, Meßtechnik, Medien und Beratung

Bilanz zum 31.12.1990 — **remeber e.G. · Mariabrunnstr. 48 · 5100 Aachen**

AKTIVSEITE

A.	Anlagevermögen	
	I. immaterielle Vermögensgenstände	0,00 DM
	II. Sachanlagen	0,00 DM
	III. Finanzanlagen	0,00 DM
	Anlagevermögen insgesamt	0,00 DM
B.	Umlaufvermögen	
	I. Vorräte	7.361,50 DM
	II. Forderungen, sonst. Vermögensgegenstände	31.651,12 DM
	III. Wertpapiere	0,00 DM
	IV. Schecks, Kassenbestand, Bank- und Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	12.746,19 DM
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	790,00 DM
	Summe der Aktivseite	52.548,81 DM

PASSIVSEITE

A.	Eigenkapital	
	I. Geschäftsguthaben	17.000,00 DM
	II. Kapitalrücklage	0,00 DM
	III. Ergebnisrücklage	0,00 DM
	IV. Bilanzgewinn/Verlust	512,39 DM
	Eigenkapital insgesamt	16.487,61 DM
B.	Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00 DM
C.	Rückstellungen	0,00 DM
D.	Verbindlichkeiten	36.061,20 DM
E.	Rechnungsabgrenzposten	0,00 DM
	Summe der Passivseite	52.548,81 DM

8. BÜRGERINITIATIVEN-VERKEHRSKONGRESS:

»Deutschland fährt verkehrt!«

Bilanz nach einem Jahr gesamtdeutscher Verkehrspolitik erschreckend!
An den Verkehrs-Bürgerinitativen kommt aber auch kein Krause vorbei!

Symbol der BI's: Die Hamburger Stresemannstraße während einer Aktion — Foto: Marily Stroux

Redaktion Heidelberg ● Anfang Oktober trafen sich in Frankfurt am Main knapp 500 VertreterInnen der deutschen Verkehrs-Bürgerinitativen zu ihrem alle zwei Jahre stattfindenden Vekehrskongreß. Veranstalter waren in diesem Jahr der Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR e.V.) aus Berlin, die Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Verkehrsinitativen und Buntstift e.V. aus Göttingen. Etwa 20% der TeilnehmerInnen kamen aus den fünf neuen Bundesländern angereist.

Im Gegensatz zur Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt, die wenige Wochen zuvor über abnehmende Besucherzahlen zu klagen hatte, erfreuen sich die Verkehrs-Bürgerinitiativen Deutschlands zur Zeit an einem deutlich zunehmenden Intersse. Mit mindestens 3.000 Bürgerinitativenm stehen die Verkehrsinitiativen nicht nur zahlenmäßig im Umweltbereich an der Spitze. Immer breitere Kreise der Bevölkerung fühlen sich betroffen durch die Verkehrspolitik in Stadt und Land und wollen solche Zustände nicht mehr länger hinnehmen.

Eröffnet wurde auch dieser Kongreß mit prominenten Grußworten. So attaktierte z.B. der hessische Minister Jörg Jordan im Namen der Landesregierung die Beton-Poitik des Bundesverkehrsministers und sagte, Krause hätte den früheren DDR-Stil nicht vergessen und er ignoriere das, was wir hier im Westen inzwischen gelernt haben. Die Kongreß-TeilnehmerInnen ließen sich aber nicht nur offiziell durch Landesregierung und Oberbürgermeister begrüßen, sie solidarisierten sich mit einer Bewohnerinitiative und blockierten am für etwa eine Stunde symbolisch die Friedberger Landstraße unter dem Motto: »Stresemann ist überall!«. Der anschließende Demonstrationszug durch die Frankfurter Innenstadt trug die Forderungen der Verkehrsinitiativen aus den Kongreß-Räumen hinaus und wurde von der Bevölkerung freundlich und zustimmend aufgenommen.

In den vier arbeitsreichen Tagen war traditionsgemäß ein fachbezogenes Kulturprogramm mit Musik, Tanz, Gesang, Sketchen, Dia-, Video- und Filmvorführungen sowie die Lesung »Volk ohne Zeit« von Lothar Baier integriert. Die Stimmung war harmonisch nach innen und kämpferisch nach außen.

Hauptziel des 8. BI-Verkehrskongresses war es, die bei den TeilnehmerInnen aus Ost und West vorhandene Wut über die derzeitige Verkehrspolitk gemeinsam in eine konstruktive Kraft umzusetzen! Der Kongreß hat als Bindeglied einer nun fast **15 Jahre währenden kontinuierlichen Zusammenarbeit der Vekehrsinitiativen** in Deutschland den Vertretern der Orts-Initativen Informationen vermittelt und Mut für die Weiterarbeit gemacht.

In den sechs Plenums-Veranstaltungen und den 22 Arbeitsgruppen haben die TeilnehmerInnen versucht, aus den ersten 12 Monaten Verkehrspolitik des vereinigten Deutschlands ein gemeinsames Resümee zu ziehen. Darauf aufbauend wurden Strategien gegen überzogene Verkehrs-Großprojekte und für die Durchsetzung eines menschen- und umweltgerechten Verkehrs in Stadt und Land entwickelt.

Zunächst auszugsweise einige Erkenntnisse und Forderungen der Verkehrsinitiativen zu den Problemen der zunehmend unter der Autoflut erstickenden Städte:

Tempo 30 generell innerorts, gerade auch in den unfallträchtigen **Hauptverkehrsstraßen**, und die Umsetzung der nun vorliegenden positiven Erfahrungen aus dem bundesweiten Modellversuch **»Flächenhafte Verkehrsberuhigung«** sind Grundvoraussetzungen für menschenfreudlichere Städte! Solange hier nicht politische Weichenstellungen erkennbar sind, werden die Bürgerinitiativen ihren Kampf unvermindert fortsetzen und auch Blockaden unter dem Motto »Stresemannstraße ist überall« durchführen.

Darüber hinaus werden die Bürgerinitiativen demnächst in zahlreichen Städten und Gemeinden **Klagen wegen der gesundheitsschädlichen Luftverschmutzung** einreichen, um über die EG-Luftverschmutzungs-Grenzwerte eine Reduzierung des innerstädtischen Autoverkehrs zu erreichen.

Für alle Mobilitätsbehinderten sind **barrierefreie Städte und Dörfer** zu planen und schnellstens umzusetzen. Alle öffentliche Verkhersmittel müssen ohne fremde Hilfe für alle Menschen zu benutzen sein.

Da die Kinderverkehrserziehung in den alten Bundesländern das Unfallrisiko für Kinder nicht gesenkt hat, warnen die Verkehrsinitiativen davor, die Versuche, **Kinder an den Autoverkehr anzupassen**, in die neuen Bundesländer zu exportieren. Finanzielle Mittel sind stattdessen in **Schulwegssicherungs- und anderen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen** einzusetzen.

Die Verkehrsinitiativen fordern mehr Überquerungshilfen und den Erhalt von vorhandenen Zebrastreifen gerade auch in den neuen Bundesländern. Die Übernahme der »Konfliktfreien Ampelschaltung« aus dem Modellversuch Aachen in die bundesdeutschen Richtlinien ist zur Erhöhung der Verkehrssicherheit der Fußgänger notwendig. Gefordert wurde eine Gehwegenetzplanung für alle Städte und Gemeinden. Radfahrer gehören auf die Straße! Ausgehend vom status quo in den meisten deutschen Städten würden Radfahrstreifen, die zulasten der Autofahrbahnen und in ausreichender Breite angelegt werden, eine Verbesserung der Sicherheit und des Fahrkomforts für den Radverkehr bewirken.

Die Probleme des Fernverkehrs nahmen während des Kongresses einen ebenso breiten Raum ein:

Die geplanten Maßnahmen- und Beschleunigungsgesetze stellen längst nicht mehr nur aus der Sicht der Bürgerinitiativen einen massiven Eingriff in die Bürgerrechte dar! Hinzu kommt, daß dadurch der Umweltschutz gerade auch in den neuen Bundesländern abgebaut wird, in denen wegen der Versäumnisse der letzten Jahrzehnte gezielte Umweltschutzmaßnahmen notwendig wären! Die Bürgerinitiativen und Verbände zeigten sich in dieser Frage aber optimistisch und gehen davon aus, daß diese Gesetze zu Fall gebracht werden!

Als erster Schritt wurde gefordert, die einzusparenden Mittel aus dem Fernstraßen- und Flughafenbau umgehend für den Neu- und Ausbau des Bahnnetzes einzusetzen. Der Entwicklung, daß das Qualitätsgefälle zwischen einigen wenigen Hochgeschwindigkeitsstrecken und der Flächenbedienung immer größer wird, ist verkehrspolitisch entgegenzuwirken.

Während sich die Schweiz und Österreich dagegen wehren, die immensen Nachteile des europäischen Transitverkehrs ertragen zu müssen, beschwört die derzeitige Politik für Deutschland eine weitaus dramatischere Situation herauf. Bisher spielt sich der Transitverkehr hauptsächlich in Nord-Süd-Richtung ab. Die Zukunft wird bei unveränderten politischen Vorgaben einen Zuwachs des LKW-Verkehrs durch die Einführung des EG-Binnenmarktes 1992/93 und einen erheblichen zusätzlichen Ost-West-Transitverkehr erbringen. Die Forderung: »Wir wollen nicht auch noch kreuzweise überrollt werden!« war daher eine der zentralen Aussage des Kongresses.

Die Bürgerinitiativen bezeichneten es als einen Skandal, daß die Bundesregierung, trotz eindeutiger Erkenntnisse, noch immer eine Tempo 80-Regelung auf Landstraßen und Tempo 100 auf Autobahnen abblockt. Anstatt die Geschwindigkeitsbeschränkungen in den neuen Bundesländern schrittweise Ende 1992 bzw. 1991 auslaufen zulassen, sind diese sofort für ganz Deutschland zu übernehmen!

Warum, so fragen sich die Verkehrsinitiativen, werden die positiven Ansätze der Verkehrspolitik der DDR unbeachtet gelassen:

- Das Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel außerhalb der Städte in den neuen Bundesländern ist durchaus vergleichbar mit dem der Schweiz und somit noch derzeit mit vier- bis sechsmal besser als das der alten Bundesländer.
- Die neuen Bundesländer haben noch immer das dichteste Bahnnetz aller Flächenstaaten in Europa. Die geplante Reduzierung bis auf die Hälte des vorhandenen Netzes muß mit allen Mitteln verhindert werden!
- Der Verzicht auf ein innerdeutsches Flugnetz in der DDR mag andere Gründe gehabt haben, war aber denoch ein verkehrs- und umweltpolitischer Ansatz in die richtige Richtung.
- Auch der Erhalt der Straßenbahnen und der Verzicht auf aufwendigen U-Bahnbau hatte in der DDR eher fiskalische Gründe; sicherte aber einen hohen Anteil des Öffentlichen Personennahverkehrs an der Verkehrsmittelwahl, von dem Verkehrsbetriebe in den alten Bundesländern nur träumen können. Nur durch öffentlichen Druck wird zu erreichen sein, daß in den neuen Bundesländern die Wiederholung der in den alten Bundesrepublik erprobten Fehler gebremst wird!

Da eine der entscheidenden Ursachen für das ungebremste Anwachsen des Autoverkehrs auch gerade in den neuen Bundesländern dessen ungezügelte Subventionierung darstellt, bereiten die Verkehrsinitiativen eine Kampagne zur deutlichen Erhöhung der Mineralölsteuer vor: Dem Kraftfahrzeug-Verkehr müssen endlich die Kosten aufgebürdet werden, die er tatsächlich verursacht! Finanziert werden soll diese Kampagne von allen Umweltverbänden und Öko-Parteien, deren Mitglieder immer noch Auto fahren.

Hingewiesen werdemn muß in Zukunft auch deutlicher auf den Anteil der falschen Verkehrspolik bei der auf die Menschheit zueilenden Klimakatastrophe! Statt der von der Automobilindustrie versprochenen Reduktion der CO 2-Belastung um 25% wird die Fortführung der bisherigen Politik dazu führen, daß bis zum Jahre 2005 mindestens 40% mehr Kohlendioxid in Deutschland ausgestoßen werden.

In der Abschluß-Resolution des Bundeskongresses der Verkehrs-Bürgerinitiativen wurde Günther Krause als »die Spitze einer ganzen Reihe unfähiger Bundesverkehrsminister« bezeichnet. Deshalb wäre nach Ansicht der Initiativen der Rücktritt zwar politisch logisch, nicht aber Garant dafür, daß sich tatsächlich etwas an der Bundesverkehrspolitik ändert.

Aus diesem Grund werden sich die Bürgerinitiativen auch weiterhin mit vielfältigen Aktionen für einen menschen- und umweltfreundlichen Verkehr einsetzen. Alle Bundesbürger werden dazu aufgerufen, in Bürgerinitiativen mitzuarbeiten oder eigene zu gründen und sich bei der Kontakt- und Koordinationsstelle der deutschen Verkehrsinitiativen, UMKEHR e.V., Kirchstraße 4, 1000 Berlin 21, zu melden. Der 9. **Bürgerinitiativen Verkehrskongreß wird 1993 in Halle** stattfinden, und damit im Zentrum der Auseinandersetzungen um den konzentrierten Straßenbau. ●

Die Ergebnisse und Forderungen des 8. BI Verkehrskongresses werden im Informationsdienst Verkehr (IDV) zusammengestellt. Die Kongreßhefte ab IDV 39 sind erhältlich durch Überweisung von 40,– DM auf das Jochen Richard Sonderkonto, 5100 Aachen, PGiroA Kln 1587 18-503 (BLZ 370 100 50).

CAR-SHARING-GENOSSENSCHAFT

Bundesweites Modell erleichtert das Auto-Teilen in kleinstädtischen Gebieten

Eine Annäherung an das Genossenschaftsmodell sieht Rainer Graichen, Bundesvorsitzender des VCD, auch beim Stattauto Berlin, wenn die Kopplung mit einem Verein verwirklicht wird. Er zeigt sich überzeugt, daß die Aufgeregtheit der letzten Monate, die durch das Genossenschaftsmodell des VCD bei einzelnen Car-Sharing-Projekten, besonders bei den Berlinern (siehe Interview in CONTRASTE Nr. 85/91), entstanden ist, sich nach kurzer Zeit als unnötig herausstellen wird. Hans Frech, Bonn, führte ein Gespräch mit ihm über die Gründe und Hintergründe des Konflikts.

Redaktion Genossenschaften: Der Aufbau einer bundesweiten Auto-Teilen-Genossenschaft ist in der letzten CONTRASTE-Ausgabe vom Oktober auf zwei Arten ausführlich dargestellt worden: Zum einen wurde von der geplanten Gründung einer bundesweiten Auto-Teilen-Genossenschaft berichtet, zum anderen gab es ein Interview mit der in Berlin ansässigen Statt-Auto GmbH, daß doch zu einigen Fragen und eventuell Richtigstellungen Anlaß gibt. Ich denke, es sollte noch einmal klargestellt werden, warum der VCD sich seit Monaten mit dieser Idee des Auto-Teilens befaßt.

Rainer Graichen: Der VCD ist ein Verkehrsclub, der sich für mehr Verkehrssicherheit, mehr Umweltschutz und mehr Lebensqualität im Verkehr einsetzt. Wir unterstützen daher seit langer Zeit die Bemühung, die Zahl der Autos zu reduzieren, unter anderem dadurch, daß eine gemeinsame Autonutzung praktiziert wird. Hierzu haben wir Musterverträge für die private gemeinschaftliche Nutzung eines Autos durch mehrere Bekannte erarbeitet. Der zweite Strang, der schon seit längerer Zeit laufenden Diskussionen ist das Auto-Teilen über eine Auto-Teilen-Organisation. Bei dieser gemeinschaftlichen Autonutzung teilen sich in der Regel 10 Personen ein Auto. Da vorher jeder ein eigenes Fahrzeug hatte, ist allein schon durch die vermiedene Fahrzeugproduktion und die entfallene spätere Beseitigung des Wracks eine erhebliche Umweltentlastung verbunden. Außerdem sind die Jahresfahrleistungen beim Auto-Teilen sehr viel niedriger als vorher. Die Möglichkeit des Carsharing gibt es seit rund drei Jahren in Berlin durch Statt-Auto Berlin und, allerdings in deutlich geringerem Umfang, in Bremen, Aachen und einigen anderen Städten.

Nun gab es ja dazu im Vorfeld ein Arbeitstreffen Anfang Juli in Frankfurt, auf das auch in dem Interview mit Statt-Auto Berlin Bezug genommen wird, dort haben sich die verschiedenen Organisationsformen dargestellt. Inwieweit war bei diesem Frankfurter Treffen die Idee, in Frankfurt so etwas zu gründen, schon vorbereitet? Wie kam es überhaupt zu der Idee, eine bundesweite Genossenschaft aufzubauen?

Dieses Seminar in Frankfurt ist gemeinsam vom VCD mit Stadtteil-Auto Aachen organisiert worden. Es haben daran sowohl Initiativen innerhalb des VCD als auch andere am Auto-Teilen interessierte Personen und Gruppen teilgenommen. Bei diesem Seminar in Frankfurt hat sowohl das nach GmbH-Struktur organisierte Modell Statt-Auto Berlin eine Rolle gespielt, als auch die in der Schweiz seit einigen Jahren genossenschaftlich betriebene Auto-Teilen-Genossenschaft bzw. ShareCom-Genossenschaft. Während des Seminars fand eine ganz intensive Diskussion über die Frage statt, welches die geeignetste Organisationsform für das Auto-Teilen ist. Aufgrund dieser Diskussion und der Gespräche, die ja schon seit längerer Ziet laufen, sind lokal die Wünsche entstanden, das Auto-Teilen auf genossenschaftlicher Basis zu organisieren.

Mehrheit für das Modell einer bundesweiten Genossenschaft

Am weitesten in diesen Bemühungen ist die Gruppe in Frankfurt, die von den Vorüberlegungen her so weit war, Mitte/Ende September eine auf Frankfurt bezogene Genossenschaft des Auto-Teilens ins Leben zu rufen. Wir haben dann im VCD-Bundesvorstand die Wünsche aus den einzelnen Kreisverbänden diskutiert und sind zu dem Schluß gekommen, eine bundesweite Initiative zur Förderung des Auto-Teilens anzuschieben. Die nächste Etappe war dann ein Gespräch, zu dem wir am 12. September nach Bonn zusammen mit INNOVA eingeladen hatten. Es wurden die vor Ort an der Vorbereitung des Auto-Teilens engagierten Gruppen zusammengerufen und die beiden Modelle diskutiert. Entweder wird in jeder Stadt eine eigene Auto-Teilen-Genossenschaft aufgebaut und diese Genossenschaften finden sich dann in einem zweiten Schritt in einer gemeinsamen Struktur zusammen, oder es wird eine einzige bundesweite Genossenschaft gegründet, die dann in den einzelnen Städten Stützpunkte oder Filialen eröffnet. Bei diesem Treffen hat sich die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer für das Modell einer einzigen Genossenschaft mit lokalen Stützpunkten entschieden, und es gab keinen Vertreter, der das Alternativ-Modell, in jeder Stadt eine eigene Organisation zu gründen, das Wort geredet hatte.

Bei dieser Organisationsfrage bleibt zunächst einmal noch offen, was überhaupt auf lokaler und was auf zentraler Ebene bei einer bundesweit tätigen Genossenschaft des Auto-Teilens realisiert wird; welche Aufgaben also vor Ort verbleiben, welche Rechte die einzelnen Mitglieder haben, was auf zentraler Ebene geregelt wird und worin der Vorteil einer bundesweiten Einheit bestehen soll.

Der entscheidene Vorteil einer bundesweiten Genossenschaft ist, daß der ganze Aufwand des Gründens vor Ort, der ganze Aufwand der jährlichen Prüfung durch den Genossenschaftsverband, daß dies alles wegfällt. Die lokalen Gruppen können sich so auf die lokalen Aufgaben konzentrieren. Die Organisation des Fahrzeugeinsatzes, der Fahrzeugvermittlung und der Werbung neuer Mitglieder am Ort ist eindeutig eine Aufgabe der jeweiligen Filiale. Der gemeinsame Autokauf, der Abschluß von Versicherungen, die bundesweite Bekanntmachung des Car-sharing-Modells, die Werbung von Teilnehmern und gewisse Fragen der Abrechnung sollten dagegen an einer Stelle konzentriert werden. Der genaue Schnitt zwischen dem, was die Zentrale tut und dem, was in den einzelnen Stützpunkten gemacht wird, kann natürlich erst die Genossenschaft, die sich am 10. November gründen wird, entscheiden. Insofern sind diese Dinge nicht bis ins Detail festgelegt, und das ist auch eine Aufgabe, die die Genossenschaft nach ihrer Gründung in eigener Verantwortung entscheiden muß.

Nun gibt es die Behauptung, daß die Organisierung des Auto-Teilens in einzelnen Städten als jeweils eigene Unternehmer eine größere Nähe zum Nutzer bringen würde und bei einer Genossenschaftslösung die regionalen Genossenschaftsabteilungen zu wenig Verantwortung hätten. Wie ist ein dezentrales Organisationskonzept realisierbar bei einer Gesamtgenossenschaft, die bundesweit agiert?

Das ist eine Frage, die nun wirklich innerhalb der Genossenschaft geklärt werden muß, denn im Genossenschaftsmodell ist sowohl eine sehr zentralistische als auch eine sehr dezentrale Organisation möglich. Insofern schreibt das Genossenschaftsmodell nicht vor, wie autonom oder wie abhängig die einzelnen Regionen sind. Ich bin überzeugt, daß das Modell des Auto-Teilens entscheidend davon lebt, daß die Teilnehmer am Ort sich mit dieser Aufgabe identifizieren und verantwortlich fühlen. Das ist der entscheidende Unterschied des Car-sharing zu einem kommerziellen Autovermieter. Deswegen ist eine stark dezentrale Struktur dieser bundesweiten Genossenschaft vorgesehen. Das, was in der Schweiz seit Jahren – genossenschaftlich organisiert – recht gut funktioniert, ist sicherlich auch bei uns möglich.

Zur Nähe der Nutzer oder zur Beteiligungsmöglichkeit des einzelnen Mitgliedes ist es interessant, daß Statt-Auto-GmbH in Berlin sich jetzt zusätzlich einen Verein als Kontrollinstrument schafft. Ist dies vielleicht als ein Aufeinander-Zugehen in dem Sinne zu verstehen, daß auch hier im Prinzip ein genossenschaftsähnliches Modell gesucht wird?

Ja, ich sehe das ähnlich. Für uns als VCD ist die Frage, welches denn die geeignetste Organisationsform darstellt, keine Glaubensfrage. Wir haben die Modelle e.V., GmbH und Genossenschaft nebeneinander gestellt und gesehen, daß gerade in kleinen und mittelgroßen Städten und nicht nur in wenigen Großstädten das genossenschaftliche Modell doch wesentliche Vorteile gegenüber dem GmbH-Modell bietet. So sind zum Beispiel die finanziellen Hürden, um anfangen zu können, deutlich geringer.

Stärkere Beteiligung einzelner wird angestrebt

Außerdem ist die Mitwirkung der Einzelnen an den Entscheidungen der gesamten Organisation im Genossenschaftsmodell um vieles leichter möglich als beim GmbH-Modell. An den Überlegungen in Berlin läßt sich erkennen, daß da auch nach einer Struktur gesucht wird, die im GmbH-Modell eine stärkere Beteiligung der Einzelmitglieder ermöglicht. Wir haben uns für das genossenschaftliche Modell entschieden, weil wir meinen, daß das Mitgliedsinteresse und die Notwendigkeit der betriebswirtschaftlichen Effizienz in diesem Modell sehr gut kombiniert werden können.

Mit entscheidend für den Aufbau einer bundesweiten Genossenschaft des Auto-Teilens war, wenn ich das richtig verstanden habe, auch die Frage der Einbindung verschiedener Ortsgrößen. Eine Lösung wie jetzt in Berlin läßt sich vermutlich auf andere Großstädte übertragen und kann durch selbstständige Gründungen vor Ort organisiert werden. Inwiefern können aber bei einer bundesweiten Genossenschaft kleine und mittelgroße Städte besser einbezogen werden?

Dieser Aspekt ist für den VCD ein ganz entscheidender Grund für das bundesweite Genossenschaftsmodell. Wir sehen so die Möglichkeit, in Großstädten anzufangen, aber dann in mittelgroße Städte und in einer dritten Stufe auch in ländliche Gebiete vorzustoßen. Das Auto-Teilen und seine ökologischen Vorteile könnte dann nicht nur wenigen Großstadtbewohnern, sondern nach und nach möglichst vielen Bundesbürgern angeboten werden. Durch das bundesweite Modell ist ein gewisser Ausgleich zwischen den leicht zu organisierenden Großstadtbereichen und den sehr viel schwierigeren und auch finanziell problematischeren ländlichen Gebieten machbar. Es wird so ein gewisser Interessenausgleich möglich.

Kleineren Initiativen eine Infrastruktur anbieten

Wie dies konkret geschehen soll, muß die Genossenschaft selbst entwickeln. Es wird sicherlich einen Unterschied geben zwischen einem mehr auf Eigeninitiative aufbauenden Modell bei Stützpunkten im ländlichem Raum und einem doch stark mit Vollzeit-Beschäftigten organisierten Modell in Großstädten. Klar ist jedoch auf jeden Fall: Die für alle erbrachten Leistungen der Genossenschaft ermöglichen es kleineren Stützpunkten leichter, mit dem Auto-Teilen zu beginnen, als wenn jeder für sich eine eigene Rechtspersönlichkeit entwickelt.

Für die Leser der bisherigen Debatte um das Auto-Teilen ist auch die Frage interessant, wie es im Verhalten der einzelnen Akteure weitergehen soll. Will man weiterhin unterschiedliche Fronten aufbauen? Besteht eigentlich seitens des VCD Bereitschaft, mit anderen bereits bestehenden Vereinigungen zusammenzuarbeiten?

Wir haben uns nie als eine Konkurrenz gesehen zu den anderen Organisationen, die Auto-Teilen bereits organisieren. Wir wollen, daß auf den vielen weißen Flächen, die beim Auto-Teilen noch auf der Landkarte der Bundesrepublik existieren, jetzt möglichst schnell das Auto-Teilen praktizierbar machen. Das ist unser Ziel, und wir sind deswegen sehr an einer Zusammenarbeit und auch an einer Aufgabenteilung mit den anderen Organisationen interessiert. Die ersten Gespräche haben ja schon stattgefunden und ich glaube, daß diese Zusammenarbeit und das Vorantreiben der Auto-Teilen-Idee sich durchaus in nächster Zeit mit den anderen Organisationen auf eine vernünftige Grundlage stellen läßt. Die Aufgeregtheit der letzten Monate wird sich nach kurzer Zeit als unnötig herausstellen und es wird Absprachen geben zwischen der noch zu gründenden bundesweiten Genossenschaft und denjenigen, die bisher schon auf diesem Gebiet aktiv sind.

Wie weit ist man denn jetzt inzwischen in Frankfurt mit der Gründung dieser Genossenschaft bzw. kann man den bisherigen Vorwurf stehenlassen, daß diese Genossenschaftsgründung das eigentlich ökologische Anliegen des Auto-Teilens verzögert hat?

Die im Sommer vom VCD angestellte Überlegung, jetzt die Auto-Teilen-Bewegung kräftig zu unterstützen, hat – bezogen auf die lokale Frankfurter Initiative – zu einer kleinen Verzögerung geführt, aber es steht inzwischen fest: Am Sonntag, den 10.11.1991, wird im Haus Sossenheim in Frankfurt 80 um 12.00 Uhr die Gründung der bundesweiten Auto-Teilen-Genossenschaft stattfinden. Wir sind sehr zuversichtlich, daß viele an dieser Gründung teilnehmen werden und dann sehr schnell auch die ersten Autos rollen werden.

Vielen Dank für das Gespräch. ●

SUCHE:

Wir archivieren gefälschte Presseerklärungen, Tageszeitungen, Hauswurfsendungen, oder Falschgeld, falsche Briefmarken oder Fahrscheine, Info-Broschüren und Plakate und und und ...
Möglichst 3 Exemplare oder Kopie vom Feinsten.
Die dazu gehörigen Zeitungsartikel/Erklärungen beilegen.
Alles was falsch ist.

G. Fälscht
Archiv für ungewöhnliche Maßnahmen
-Eine Initiative für's ID-Archiv-
c/o ID, Postfach 104522 D-2800 Bremen 1

SEMINAR:

»Alternative Presse in Deutschland:
Mit Perspektive in die Zukunft?«

Unter diesem Titel veranstaltet der Verein Kraftzwerg e.V. in Clausthal-Zellerfeld vom 22. bis 24. November 1991 ein Wochenendseminar.

Die »Harzer Landbotin«, seit 1983 einzige alternative Presse in der Region Harz, übernimmt dabei die Federführung.

Die VeranstalterInnen wollen mit diesem Seminar VertreterInnen der alternativen Presseszene, aus dem Archivbereich und anderen befreundeten Bereichen zusammenbringen. Dabei soll es sowohl zu einem Erfahrungsaustausch zwischen den MacherInnen im alternativen Bereich als auch zu einer eingehenden Diskussion über das Selbstverständnis der alternativen als auch der »bürgerlichen« regionalen und überregionalen Presse kommen. Gerade im regionalen sowie im themenbezogenen Bereich scheint ja die alternative Presse eine Lücke im Informations- und Meinungsangebot zu schließen, die von der »normalen« Presse nicht abgedeckt wird.

Die VeranstalterInnen möchten in dem Seminar keine blinde Polarisierung aufbauen, sondern zum gegenseitigen Verstehen und zum Lernen voneinander beitragen. Zwänge, unter denen JournalistInnen der Tagespresse stehen, und Selbstausbeutungsmechanismen, denen die »Alternativen« häufig unterworfen sind, sollen zur Sprache kommen, wie auch der Einfluß von politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf das jeweilige Produkt.

Für die »Alternativen« soll darüber hinaus die Möglichkeit bestehen, sich selbst darzustellen.

Für eine »hochkarätige« Teilnahme wird gesorgt sein. So hat bereits Eckart Spoo, Korrespondent der Frankfurter Rundschau, als Referent zugesagt. Er wird über die »Presselandschaft Deutschland« referieren und die Frage stellen: »Wo bleibt die Selbständigkeit der JournalistInnen?«.

Die »Harzer Landbotin« wird über die Wirkungen und Schwierigkeiten von 8 Jahren Alternativpresse im Harz berichten: »Von Skandal zu Skandal – oder auch mal POSITIV?«

Das Seminar findet im Tagungshaus »Altes Zechenhaus Silbernaal« bei Clausthal-Zellerfeld im Harz statt. ●

Anmeldung: Kraftzwerg e.V.
Silbernaal 1 · 3392 Clausthal-Zellerfeld
☎ (0 53 23) 4 04 22 · Fax (0 53 23) 59 51

NETZWERK HAMBURG

Auf der Suche nach Lohnmodellen

Wir vom Netzwerk Hamburg planen für das nächste Frühjahr '92 die Herausgabe einer Broschüre zum Thema Lohnmodelle im Selbstverwaltungssektor herauszugeben. Enstanden ist die Idee aus unserer Beratungsarbeit und der Diskussion in der Öffentlichkeit, wie z.B. die taz.

Wir wollen einen Beitrag leisten, zur Lohngestaltung bzw. zu ewigen Versuchen einen gerechten Lohn zu erreichen. Bedürfnislohn, Einheitslohn, Kollektiv-selbständiger Lohn, Tariflohn, Leistungslohn oder Cafeteria-System sind einige Modellformen.

Neben der abstrakten Theorie sind wir auf der Suche nach Lohmodellen aus der Praxis. Interessiert sind wir an Erfahrungsberichten, Veränderungen und Varianten praktizierter Lohnmodelle.

Was für Euch praktikabel und richtig ist, muß für andere nicht falsch sein. Also ruft uns an.

Kontakt: Netzwerk Hamburg
Konni Grevenkamp, Siegfried Serwinski
Gaußstr. 17 · 2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 39 51 51 · Fax (040) 390 75 20

FREIHEIT AUF RÄDERN – WEITERHIN ÄRGER MIT DEN STUTTGARTER BEHÖRDEN

Wagenburg »Wilder Süden« zog ins Exil

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir über Wagenburgen und das »Leben auf Rädern«. Die Wagenburg »Wilder Süden« berichtete über die ständigen Nervereien mit den Stuttgarter Behörden aus ihrem »Notasyl« hinter einem Jugendhaus in Stgt.-Mönchsfeld. Jetzt zog die Wagenburg ins Exil nach Esslingen.

Foto: Wagenburg Wilder Süden

Redaktion Südwest, Wagenburg Wilder Süden ● ... Da ein Ende der harten Linie der Stadt Stuttgart in nächster Zeit nicht abzusehen ist und diese im Gegenteil noch verschärft wird, haben wir uns entschieden, das Stadtgebiet vorläufig zu verlassen, um der drohenden Zerstörung unserer Lebensweise zu entgehen. So zogen wir am 10.10.91 auf eine ungenutzte städtische Wiese in Esslingen-Altbach auf der Kraftwerkinsel.

Von Anfang an betonten wir gegenüber der Stadt Esslingen den vorübergehenden Status, da unser Ziel nach wie vor ist, unsere Lebensweise in Stuttgart durchzusetzen, dort wo wir unsere Lebenszusammenhänge haben, arbeiten oder zur Schule gehen.

Wir begreifen unseren Aufenthalt in Esslingen als zeitlich begrenztes Asyl. Zeit in der wir nicht permanent der Gefahr der Beschlagnahme unserer Wohnungen auf Rädern ausgesetzt sind. Zeit, in der die fortlaufenden Bemühungen verschiedenster Menschen, Institutionen und Parteien um einen Platz in Stuttgart weitergehen können.

Doch anstatt uns Notasysl auf Duldungsbasis zu gewähren, führt die Stadt Esslingen dieselbe Vertreibungspolitik wie Stuttgart weiter. Am 18.10. erreichte uns auch hier eine Allgemeinverfügung, die im Wesentlichen von Stuttgart übernommen wurde.

Bemängelt wurden z.B. die fehlenden Ver- und Entsorgungsanschlüsse, obwohl uns vor Monaten die Nutzung vorhandener Anschlüsse untersagt wurde, und obwohl unsere diversen Alternativ-Lösungen von verschiedenen Behörden »TÜV-gestempelt wurden (Strom aus Solarzellen, Wasserversorgung durch Hydrantenstandrohr und 2.000 l Tank, Abwasserversorgung und Toilette über einen fahrbaren Tank, der regelmäßig in der Kläranlage entleert wird).

Unser Vorhaben beeinträchtige Belange des Natur- und Landschaftschutzes. Dem entgegen steht, daß der Bau einer Müllverbrennungsanlage hier geplant ist. Nach der Landesbauordnung werden an Wohnraum bestimmte Bedingungen geknüpft. Jede Wohneinheit muß über Dusche, WC, selbstbeheizbare Schlafräume, 10% Fensterfläche etc., etc verfügen. Abgesehen davon, daß wir durchaus akzeptable Lösungen dieser Probleme vorweisen können, ist die penible Anwendung dieser zum Schutz von MieterInnen erlassenen Gesetze einfach lächerlich, angesichts der Tatsache, daß die Städte sowohl im sozialen Wohnungsbau als auch bei der Unterbringung von AsylantInnen diesen Anforderungen selbst nicht gerecht werden.

Obwohl wir lediglich zeitlich begrenztes Asyl wollen, obwohl die Wiese ungenutzt ist und auf Bebauung wartet, obwohl eine Nutzung mit baulichen Anlagen rechtlich unzulässig wäre, obwohl wir nicht mal Nachbarn haben, ist von Beeinträchtigung öffentlicher Belange die Rede.

Mit diesen und anderen Paragraphen begründet die Stadt Esslingen ihre Allgemeinverfügung und Aufforderung, die Wiese bis zum 28.10. zu räumen und das Stadtgebiet zu verlassen. Auch Esslingen will uns fortjagen, so als ob wir Probleme verursachen würden. Wir haben jedoch Wohnprobleme der Stadt Stuttgart und somit unsere eigenen gelöst.

Selbst die Stadtverwaltungen von Tübingen und Freiburg haben mittlerweile eingesehen, daß ihre Politik der Vertreibung keine Lösung ist. Trotz selbiger Allgemeinverfügung erhält die Wagenburg »Kuntabunt« einen Platz. Die Freiburger Wagenburg wird die nächsten 8 Monate bis auf weiteres geduldet.

Wir fordern die Stadt Esslingen auf, uns für den Winter Asyl zu gewähren, um den Rückzug nach Stuttgart vorbereiten zu können.

Wir fordern die Stadt Stuttgart auf, unsere Alternative Wagenburg als Lösungsmöglichkeit anzuerkennen und als Eigeninitiative zur Schaffung von Wohnraum zu akzeptieren.

- Keine Kriminalisierung des Wagenlebens
- Weg mit der Allgemeinverfügung
- Ein fester Platz muß her
- Bleiberecht für alle

Redaktion Südwest, Andreas Küstermann ● Der angesetzte Räumungstermin am 28.10.91 für die Wagenburg, die derzeit in Esslingen-Altbach hinterm Kraftwerk ihr Domizil hat, erhielt durch den eingereichten Widerspruch aufschiebende Wirkung. Leider war der zuständige Ressortleiter Herr Goldmann wegen einer Dienstreise nicht zu erreichen, jedoch wurde uns vom Ordnungsamtsleiter, Herrn Meinel bestätigt, daß die Stadt Esslingen sich momentan um ein Grundstück zur Überwinterung auf der Gemarkung Esslingen oder Stuttgart bemühe. Offensichtlich gibt es auch schon Reaktionen aus der Bevölkerung, die diese politische Entscheidung ebenfalls begrüßen und fordern, nicht »mit Kanonnen nach Spatzen zu schießen«.

Kontaktadresse:
Wagenburg »Wilder Süden«
c/o BI Laden
Neckarstr. 73
7000 Stuttgart 1
Spendenkonto:
LG Stgt · BLZ 600 501 01 · Kto-Nr. 1013278

Anzeige

Bevor man / frau sich individuell Alters- oder Berufsunfähigkeitsversichert, sollte geprüft werden, ob die Absicherung nicht über einen Gruppenvertrag im Rahmen eines Versorgungswerkes wesentlich günstiger erfolgen könnte.

BEISPIEL: LEBENSVERSICHERUNG

Kapitalbildende Lebendsversicherung bis Alter 65, Beitragsbefreiung bei Berufsunfähigkeit bis Alter 60, Monatsbeitrag 250 DM

Eintrittsalter	Frauen Versicherunsumme	* Ablaufleistung
35	101.577	318.386
40	97.698	205.853
45	60.235	129.004

Leistungen für Männer je nach Eintrittsalter etwas höher oder niedriger (+ - 2%)
*Auszahlung im Alter 65 Jahre

Andere Altersstufen und Beitragssätze auf Anfrage. Auch mit Berufsunfähigkeitsrente möglich.

* Die Überschußanteilsätze sind für das laufende und folgende Geschäftsjahr festgelegt. Für die gesamte Dauer können sie nicht garantiert werden.

Versorgungswerk

Verbesserung der Alters- und Berufsunfähigkeitsrente

4400 Münster, Ludgerieplatz 8, Tel.: 02 51 / 53 10 00
6800 Mannheim, C3 Nr.19, Tel.: 06 21 / 10 28 56
7032 Sindelfingen, Brenzstr.1, Tel.: 070 31 / 83 257

REZENSIONEN

Informelle Arbeit in jungen Familien

Frauen bringen den Löwinnenanteil

von Hanne Bestvater, WDöFF ● Ein neu erschienener Sammelband »Junge Familien in der Bundesrepublik« hat seinen Ursprung in einer Tagung vom Mai 1989. Er bietet einen Überblick über die vielfältigen Aspekte des Familienlebens und der Familienpolitik. Nach verschiedenen Definitionen von Familie setzen die AutorInnen in den dann folgenden Beiträgen Familie in Bezug zu sich wandelnden Einflußfaktoren wie Arbeitswelt, Wohnumfeld und Einkommenssituation. Schwer fällt es dabei, »junge Familien« klar abzugrenzen. Einhellige Grundstimmung ist, daß sich einiges verbessert hat, z.B. die Wohn- und Einkommenssituation. Auch die Rollenvorstellungen sind verändert (Beck-Gernsheim), aber das reale Verhalten noch wenig. »In der Mehrheit der Familien beteiligen sich die jüngeren Männer zwar, verglichen mit der Generation der Väter, aktiver am Erziehungsgeschehen und entwickeln auch eine engere emotionale Bindung zum Kind. Aber gleichzeitig bleibt ihre Mitarbeit vorwiegend auf die spielerischen Seiten des Erziehungsgeschehens beschränkt...« (ebd.S.57).

Mütter unterbrechen dagegen das Berufsleben wegen der Erziehung der Kinder. Sie gehen bestenfalls Teilzeitbeschäftigungen nach. 85% der Kinder in Ein-Eltern-Familien leben bei den Müttern. Dies schlägt sich in einer beeindruckenden Zahl zur fortbestehenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung nieder: Weiterhin erbringen Mütter mit 40,8% den Löwinnenanteil der Stunden der Gesamtarbeitszeit, die im Sektor der informellen Haushaltswirtschaft geleistet werden. Väter bringen es gerade auf 7,8%.

Die in diesem Band vorgetragenen Forderungen für eine familiengerechte Politik orientieren sich an der Vorstellung, daß »sowohl Mütter als auch Väter die Möglichkeit haben, ein Leben in und außerhalb der Familie zu erfahren«. (Teichert, S.246) Sie reichen von acht Wochen Geburtsurlaub für Väter über das Recht auf dreijährige geschützte Teilzeitarbeit für Eltern bis zur staatlichen Elternversicherung, die die Einkommensausfälle finanziert: Selbsthilfegruppen, flexible Betreuungssysteme, neue Berechnungsmodi für Kindergeld ergänzen das Szenario einer bedürfnisorientierten neuen Familienpolitik. Trotz mancher Wiederholung bietet der Sammelband eine Grundlage zur Diskussion der Förderungsmöglichkeiten alternativen Familienlebens. ●

Volker Teichert (Hrsg.), Junge Familien in der Bundesrepublik, Opladen 1991, DM 29,-.

Kindergruppenkinder, Selbstorganisierte Alternativen zum Kindergarten

In diesem bebilderten Buch vereinen sich praxisorientierte und theoriekundige, populäre und weniger bekannte InsiderInnen der östereichischen selbstorganisierten Kindergruppenszene. Der Band konzentriert sich vor allem auf die Großstadt Wien, ist jedoch wegen seiner theoretischen Reflexionen und seiner Informationsfülle interessant für alle, die mit der Thematik praktisch oder ideel verbunden sind. Die Gliederung des Werks in vier Teile erleichtert den Einstieg für die mit der Szenerie wenig vertrauten LeserInnen: Zuerst geht es um die Geschichte und Struktur von Kindergruppen. Dann kommen die direkt Betroffenen zu Wort – und da wird es lebendig in den Buchseiten. Teil 3 ist vor allem für notorische DenkerInnen verfaßt und bietet gründlich recherchiertes »Theoretisches und Politisches« sowie »Begründungen und empirische Vergleiche«. Der letzte Teil schließlich ist ein Aufruf zur Tat: Unter dem Motto: »ein Kindergruppen-Ratgeber für Unerschrockene« gibt Roswitha Fitzka-Puchberger, Sekretärin des 1988 gegründeten »Bundesdachverbandes österreichischer Elterninitiativen«, der über 100 Kindergruppen betreut, unverzichtbare praktische und rechtliche sowie unbezahlbare InsiderInnen-Tips für alle, die selbst ein derartiges Experiment auf die Beine stellen wollen. ●

Roman Schweidlenka

Anzeige

PROWO

Linke Monatszeitung im magischen Sechseck von Grünen, "Radikaler Linker", Autonomen, FeministInnen, PDS & AntiimperialistInnen

Nr. 19, November 91
PDS - Berlin
Schneider & Stasi
Nahostkonferenz

Ich möchte
o ein Probeexemplar (1,- I. Briefmarken)
oder PROWO abonnieren
(erscheint jeden 1. Freitag im Monat)
o 4 Ausgaben (10 DM)
o Jahresabo (11 Ausgaben, 20 DM)
o Förderjahresabo (40 DM)
Scheck, Überweisung oder Geldschein! Sofern nicht 4 Wochen vor Ablauf des Abo gekündigt wird, verlängert sich dies um den angegebenen Zeitraum.

Name
Straße
PLZ, Ort
Unterschrift

Bankverbindung:
PROWO, Stadtsparkasse Bln (BLZ 100 500 00), Kto-Nr.: 640 017 118
PROWO, Eisenbahnstr. 4, 1000 B 36
Tel.: 030/618 80 02/03, Fax: 618 80 03

JOBS

Die Würzburger Mitarbeitergesellschaft im Bereich UMZÜGE – Fahrradverleih sucht:
ENGAGIERTEN – UNDOGMATISCHEN – EIGENSTÄNDIGEN Mitgesellschafter/Kollegen.
Konzeptionelle Fähigkeiten, Mut im eigenen Verantwortungsbereich, körperliche Fitneß, sind Voraussetzung.
Langjährige handwerkliche Berufserfahrung erwünscht.
Geboten: Zukunftweisendes, ganzheitlich orientiertes Projekt, bei fairem Entgelt.
Max und Moritz
Umzüge/Fahrradverleih
Hummel-Leifeld-Tomaschwewski GbR
Pleichkirchplatz 11
8700 Würzburg
☎ (09 31) 5 76 00
Fax (09 31) 5 75 14

Querbeet sucht:
Zwei LandschaftsgärtnerInnen, die Lust haben mit uns selbstverwaltet den Großstadtdschungel zu gestalten. Lust- und frustfähige BewerberInnen melden sich bei Anja, Roger, Claudia, Holger, Christine und z.Zt. noch Gaby und Heiko.
Qerbeet · Sanderstr. 26
1000 Berlin 44
☎ (0 30) 694 54 40

Mitarbeiterin für ein selbstverwaltetes Tagungshaus mit ca. 60 Betten zum 1.3.92 gesucht. Wir wünschen uns eine Frau mit Erfahrungen im Großküchenbetrieb.
Die Bereitschaft zu Wochenend- und Abenddiensten ist notwendig. Bezahlung in Anlehnung an BAT 5b.
Bewerbungen an:
SPM e.V. Haus Einschlingen
Schlingenstr. 65
4800 Bielefeld 14

Schluß mit dem Chef
Zwei ZimmerInnen für sofort oder sobald als möglich von Zimmereikollektiv gesucht.
Ökotopia
Friedberger Landstr. 298
6000 Frankfurt/Main 60
☎ (0 69) 597 07 71

Arbeiten in Selbstverwaltung – der Werkhof macht's möglich!

- Wenn Du z.B. gerne kochst und Lust hast, 15 Leute zu versorgen, dann melde Dich doch einfach ...
- Kommst Du aus der KFZ-Branche und hast einen Meistertitel – dann könntest Du gut bei uns aufgehoben sein...
- Außerdem könnte ein/e Rundfunk- und FernsehtechnikerIn oder evtl. ein umschulungsberechtigter technisch versierter Mensch bei uns die Arbeit ihres/seines Lebens finden.

Also nur Mut und in Scharen herbei!
Werkhof Bremen
Hohentorsheerstr. 160
2800 Bremen 1

Gesucht:
DruckformherstellerIn mit Berufserfahrung.
Eigenständiges Arbeiten und Organisationstalent sind Voraussetzung.
Wir bieten: z.Z. 3.100 DM brutto bei 37,5 ST., zuzügl. Fahrkostenanteil und Mittagstisch. 13. und 14. Gehalt je nach Ertragslage (z.Z. ja). z.Z. 25 Tage Urlaub.
Wir sind: ein selbstverwalteter Betrieb (6 Jahre Genossenschaft, 15 feste MitarbeiterInnen = 90% GenossenInnen) mit den Arbeitsbereichen: Grafik, Textverarbeitung, DTP, Layout, Repro/Montage, Druck und Weiterverarbeitung.
Kurzbewerbung unter
Stattwerk e.G., Essen,
☎ (02 01) 32 26 48 & 32 86 51
(Angelika , Echo, Antje oder Kristiane)

Gesucht: KulturmitarbeiterIn für den Bereich **Bühne**. Schwerpunkt Musik **oder Kinderarbeit**/Kinderbühne. Weitere Aufgaben sind die Durchführung von Veranstaltungen und die Betreuung und Verwaltung unserer Künstlerwohnung.
Schriftliche Bewerbungen an:
Merlin e.V.
Augustenstr. 72
7000 Stuttgart 1

VERKÄUFE

Offset-Druckerei zu verkaufen
Jahresumsatz 320.000 DM, ausbaufähig, Kundenkreis u.a. Naturkostbereich, einzige Druckerei in 7.000-Einw.-Kleinstadt, in reizvoller Umgebung. Preis: 80.000 DM
☎ Fax (07934) 81 14

VERSICHERUNG

Single? Rentenversicherung? Keine Gesundheitsprüfung! Besonders günstige Prämien durch individuelle Gestaltung. **versiko GmbH** – die ökologische Finanzberatung und Versicherungsvermittlung mit 16 Jahren Erfahrung! 4000 D'dorf – Fichtenstr. 42
☎ (02 11) 97 37 111.

JOBSUCHE

Suche Praktikumsstelle als Betriebswirt
Ich, Gerd (29), suche für mein Praktikum in der Zeit vom 2.3.92 – 21.8.92 einen Betrieb, eine Institution der/die mir die Möglichkeit gibt, in die Bereiche: Betriebsführung, Organisation, Planung, Aussen-innenvertretung, sowie das Rechnungswesen Einblick zu bekommen. Der Kostenträger der Maßnahme ist das Arbeitsamt. Die Stelle sollte im norddeutschen Bereich, vorzugsweise in Hannover, Bremen oder Hamburg sein. Kollektiv wäre gut, ist aber nicht Bedingung.
Gerd Wessels
Nieschlagstr. 29
3000 Hannover 91
☎ (05 11) 458 15 57

Bin **Zeichner** (Karik., Bildgesch., Illustr.) und **Erzieher** (5-jähr. Kita-Erfahrung und suche demnächst Job in graf. Büro, bei kritischer Zeitung o.ä. oder im Kinderladen/Abenteuerspielplatz.
Großraum Stuttgart-Bodensee.
Gerhard Mauch-Kahlau
Leimenstr. 7
7210 Rottweil
☎ (0 74 27) 21 31

Steuerfachfrau, flexibel zwischen Schreibtisch und handwerklichen Arbeiten, belastbar, teamerfahren sucht neues Betätigungsfeld.
Angebote an die CONTRASTE-Anzeigenredaktion

PROJEKTE

Kommune??? Find ich gut!!!
Gemeinsam leben – kollektiv arbeiten. Wir, das sind z. Zt. 35 Erwachsene und 11 Kinder, leben seit fast 5 Jahren in der Nähe von Kassel. Wir wollen (und können räumlich) noch wesentlich mehr Leute werden (z.Zt. können wir leider keine weiteren Kinder aufnehmen).
Folgende Arbeitskollektive existieren schon: Planung/Bau, Schreinerei, Schlosserei, Landwirtschaft, Ernährung/Küche, Tagungshaus, Kinderbereich und Verwaltung. Der Aufbau weiterer Kollektive wird angestrebt.
Genaueres Infomaterial (gegen 5,00 DM in Briefmarken) und Anmeldungen unter:
Kommune Niederkaufungen
Kirchweg 1
3504 Kaufungen

Die Würzburger Mitarbeitergesellschaft im Bereich UMZÜGE – Fahrradverleih sucht:
ENGAGIERTEN – UNDOGMATISCHEN – EIGENSTÄNDIGEN Mitgesellschafter/Kollegen.
Konzeptionelle Fähigkeiten, Mut im eigenen Verantwortungsbereich, körperliche Fitneß, sind Voraussetzung.
Langjährige handwerkliche Berufserfahrung erwünscht.
Geboten: Zukunftweisendes, ganzheitlich orientiertes Projekt, bei fairem Entgelt.
Max und Moritz
Umzüge/Fahrradverleih
Hummel-Leifeld-Tomaschwewski GbR
Pleichkirchplatz 11
8700 Würzburg
☎ (09 31) 5 76 00
Fax (09 31) 5 75 14

ökowerk
Altersversorgung im Kollektiv statt Solidaritätszuschlag!
Informationen bei:
ökowerk e.V.
Fichtenstr. 42, 4000 D'dorf
Telefon 0211 - 97 37 150
e.V.

LANDWIRTSCHAFT

Kleine, robuste, schwere Weidekuh, rotbunt, hochtragend, günstig abzugeben. Kann evtl. auch gebracht werden.
Uli ☎ (05605) 30 17

EUROP. SOMMERAKADEMIE

MITHILFE

sucht die niederländische Stiftung »Union« mit Sitz in Rotterdam bei der Vorbereitung zu einer »Europäischen Sommerakademie« 1992. Von 1992 an will die Stiftung in Südfrankreich jedes Jahr während einiger Wochen verschiedene Kurse organisieren, bei denen sich progressive Leute aus ganz Europa treffen können. Für ein Gelingen dieser Initiative werden Ideen und Kreativität von Euch gefordert. Ihr könnt eine Selbstdarstellung mit Fragebogen der Stiftung über den CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
anfordern.

SACHSEN

Achtung Motorradfreaks!
Die Landesbühnen Sachsen suchen für die Inszenierung »Kleiner Horrorladen« (Probenbeginn Anfang Dez.) gegen Bezahlung Motorradfahrer mit eigener Harley Davidson bzw. ähnlichem verrückten Ofen, der bereit wäre, als Statist mitzuwirken.
Meldungen dringend an:
Intendanz der
Landesbühnen Sachsens
Meißner Str. 152
O-8122 Radebeul

An alle NachwuchsjournalistInnen!
Um auch aktuelle Probleme zu diskutieren, führte die Jugendpresse Sachsen e.V. am 28. und 29.9.1991 ein Seminar zum Thema »Umwelt- und Regionalentwicklung in Sachsen« durch. Eingeladen, nach Zwickau, dem Tagungsort, waren alle jungen RedakteurInnen sowie InteressentInnen. Kompetente Fachleute stellten sich den vielen Fragen, die nicht immer leicht zu beantworten waren.
Im Oktober fand auch ein Gespräch mit den Fraktionen des Sächsischen Landtages statt, in dessen Anschluß ein Seminar in Meißen zum Thema »Interview und Presserecht« organisiert wurde.
Das nächste Grundlagenseminar für SchülerzeitungsredakteurInnen veranstaltet die Jugendpresse Sachsen e.V. vom 22. bis 24.11.1991 in Chemnitz.
InteressentInnen melden sich bitte bei:
Cornelia Sonntag
Zwickauer Str. 3
O-9529 Wiesenburg

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Schwerpunkt Betriebliche Altersversorgung

Lieber sozial versichert als total verunsichert.

Wer für die Altersversorgung eine betriebliche Absicherung sucht, weiß nie genau, was die Versicherungsgesellschaften mit den Beiträgen machen.
IMPULS vermittelt für Firmen oder soziale Einrichtungen eine betriebliche Altersversorgung auf Gruppenbasis. Die Werte, die den eingezahlten Beiträgen entsprechen, werden im Sozialen reinvestiert. Nicht in den anonymen Finanzmarkt.
Interessiert?
Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns:
IMPULS, Versicherungsmakler, Postfach 2480, 7900 Ulm,
Tel. 0731 - 9 66 77 - 0.
Der IMPULS Beratungsservice hilft Ihnen,
für Ihre Einrichtung die geeignete Form der Altersversorgung zu finden.
Impuls
Wir helfen gern.

Wir haben das komplette Lieferprogramm!
Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.
Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr
Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!
blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel
blätterwald
Weilstr. 2
6292 Weilmünster
☎ (06472) 70 31-34
Fax: (06472) 27 98

graswurzel
Die Graswurzelrevolution (GWR) erscheint jetzt im 20. Jahrgang als antisexistische gewaltfrei–anarchistische Zeitung. Jeden Monat neu: GWR, das Fachblatt für Antimiiitarismus, Theorie und Praxis der gewaltfreien Aktion, Antipädagogik, Feminismus, Anti–AKW–Bewegung, Geschichte, Gegenwart und Zukunft des gewaltfreien Anarchismus, Antiparlamentarismus, gegen Männergewalt, für Soziale Verteidigung, Widerstand gegen die Wehrpflicht, Antiklerikales, Transnationales, und, und, und... **im Oktober 91 mit den Libertären Bechseiten**
Ein Schnupperabo (4 Ausgaben) gibt es gegen Einsendung eines 10 DM–Scheines an GWR, Schillerstr. 28, 6900 Heidelberg
revolution

piranha
SOZIALISTISCHER JUGENDRUNDBRIEF
FRÜHLING 91 4 DM NR. 8/9

piranha Nr. 8/9 erschienen. Inhalt:
Jugendbanden — gemeinsames Handeln wird kriminalisiert
• Jugendprotest: Die Polizei wieder als Helfer • Dokumentation von Artikeln über Jugendgangs
Politsekten in der Friedensbewegung
• Die „stalistische Bewegung"
• Der „Bund gegen Anpassung"
Antimilitarismus
• Strohfeuer gegen den Krieg
• MBB blockiert anstatt Friedenslieder gesungen
Hooligans — Hintergründe zur Fußballgewalt
• Jeder will der Häuptling sein
• DFB-Richtlinien gegen Fans
• Gegen Fascho-Hools, aber wie?
• Die Schlachten von heute
Außerdem: • Waffen für die Ex-DDR • Strandgut • Rotes Telefon • Opfer auf dem Goldalter — Gegen die Vernichtung der Yanomami-Kultur
piranha ist ein sozialistisches Jugendinfo Nr. 8/9 der piranha hat 58 Seiten und kostet 4 DM (bitte in Briefmarken beilegen). Abo: 5 Ausgaben für 15 DM (30 DM Vollverdienerinnen, für Gefangene umsonst) auf Konto Olaf Berg 1251/456347, HASPA, BLZ 200 505 50. Bestellungen an piranha, Karolinenstraße 21/2, W-2000 Hamburg 36.

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Geiststr. 10/1, ☎ (0551) 5 10 35; 4700 Hamm, Redaktion Ruhrgebiet, c/o Chaos-Zentrum Hamm, Götz Paschen, Postfach 18 44, ☎(02381) 1 36 69; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎(06221) 18 34 02; 7053 Stetten, Redaktion Südwest, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76, Fax: 47536; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; O-4500 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (003741) 37 93 (auch Fax); O-8060 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (003751) 57 09 14 (auch Fax) Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; Alternative Energie/Technik: 1000 Berlin 36, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 1000 Berlin 19, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

HAMBURG

Handwerk ohne Meisterpflicht? Möglichkeiten der Handwerksausübung ohne Meister
Termin: 21./22.11.91
Organisationsentwicklung in kleinen Betrieben und Organisationen
Termin: 15. bis 17.1.1992
Führen..., leiten..., eine Frage der Persönlichkeit?!
Termin:31.1./1.2.92 und 7./8.2.92
Alle Veranstaltungen beim Netzwerk Hamburg
Anmeldung & Information:
Bildungs-Netzwerk e.V.
Gaußstr. 17 · 2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 39 51 51

RAT & PLAN

Veranstaltungsmanagement II
Weiterführende Mitarbeiterschulung

Ist die Organisation von Veranstaltungen Ihre ständige Aufgabe? Wollen Sie professionell Veranstaltungen planen und organisieren? Dann können Sie in dieser Schulung systematisch darauf vorbereitet werden. Die Mitarbeiterschulung baut auf dem Einführungsseminar von RAT & PLAN auf und setzt entsprechende Vorkenntnisse voraus.
Sie beschäftigen sich mit Marketing – anwendungsbezogen und praxisnah für das Veranstaltungsmanagement, Durchführungsplanung, rechtlichen Fragen wie Verträgen oder Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht, Veranstaltungskonzept und -budgetplanung, Veranstaltungskalkulation, Anmeldungen und Genehmigungen, Veranstaltungsabrechnung und Umgang mit Zuwendungsgebern.
Termin: 25. bis 29.11.1991, jeweils 10-17h
Beitrag: 700,– DM zzgl. Mehrwertsteuer
Anmeldung:
Rat & Plan
Eimsbütteler Str. 16
2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 439 91 22

AG SPAK

Professionsgemeinschaften
Vom 7. bis 9. Februar 1992 findet ein TAK AÖ-Seminar bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg zum Thema »Intellektuellenkollektive und Professionsgenossenschaften« statt.
Anfragen & Informationen:
Burghard Flieger, Erwinstr. 29
7800 Freiburg

BONN

Moderationstechnik in Gruppen
Moderation dient zur Entscheidungsfindung in Teams, Abteilungen, Projektgruppen, zur Durchführung von Unterricht auf Seminaren. Sie ist geeignet für alle Gruppen, in denen es auf Zielerreichung und Effizienz ebenso ankommt wie auf Kreativität, breite Beteiligung und gutes Arbeitsklima. In diesem Seminar steht die praktische Erprobung der Moderationstechnik im Vordergrund; Visualisierungstechniken, Strukturierungsmethoden und Diskussionsregeln werden an Beispielen aus dem Erfahrungsbereich der Teilnehmenden eingeübt. Ziel des Seminars ist, die TeilnehmerInnen zu befähigen, Gruppen in Lern- und Entscheidungssituationen zu begleiten; außerdem soll die Technik auf dem Hintergrund anderer Methoden kritisch reflektiert werden.
Vom 9. bis 13.12.1991 in Bonn.
Gebühr: 780,– DM, inkl. Unterkunft und Verpflegung.
Anmeldung & Information:
Werkstatt für
Demokratie und Öffentlichkeit
Estermannstr. 204
5300 Bonn 1

NIEDERKAUFUNGEN

Über das Ende der Illusion und die Notwendigkeit der Utopie
Der »reale« Sozialismus zerbröckelt vor unseren Augen – zugleich sind wir nach den diskutierwütigen Jahren der StudentInnenrevolte deutlich theoriemüde geworden. Zu Unrecht, denn verändern können wir unsere Lebensbedingungen nur gemeinsam, mit einem Blick auf die gesellschaftlichen Vorgaben und, wenn möglich, einem Blick zurück: gelebte gesellschaftliche Utopien – gab's die schon mal? Und: Wie stellen wir uns das »Anders leben« heute vor? Fragen, die gemeinsam erarbeitet werden sollen. Dabei wollen wir an die Erfahrungen im Deutschland der Jahrhundertwende und der Weimarer Republik anknüpfen, wo ähnliche Probleme anstanden wie heute: Arbeitslosigkeit im bildungsbürgerlichen Bereich (etwa der Lehrer), Vermassung, Verstädterung u.a.. Wurden damals ähnliche Antworten auf diese Probleme gefunden wie heute? Die Beschäftigung mit Vergangenheit und Gegenwart soll uns anregen, uns unseres eigenen Standpunktes zu vergewissern.
Termin: 22. bis 24.11.1991
Unkostenbeitrag: 70,– DM
Dieses Seminar wird in Kooperation mit der »Stiftung Mitarbeit« veranstaltet.
Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen
Kirchweg 1 · 3504 Niederkaufungen
☎ (0 56 05) 30 15
9-13 Uhr u. 14-18 Uhr

ÖKOLOGIE

RECKLINGHAUSEN

Ökologische Gebäudesanierung
– Innenraum –
AGÖF-Fachkongreß am 27./28.11.1991, Festspielhaus Recklinghausen
Themenschwerpunkte werden u.a. sein:
- »building sickness« – Innenraumbelastung durch Faserstoffe, chemische Schadstoffe, Radioaktivität, Stäube etc. – gesundheitliche Auswirkungen und Sanierungsmöglichkeiten
- Materialien für den Innenausbau aus gesundheitlicher Sicht
- Ökologische und gesundheitliche Aspekte bei Heizungs-, Elektro- und Wasserinstallationen
- Praxiserfahrungen und methodische Aspekte bei integrierter Innenraumsanierung öffentlicher und privater Gebäude

Programm & Anmeldung:
Rheinisches Institut für Ökologie
Melchiorstr. 14
5000 Köln 1
☎ (02 21) 739 14 44

FRAUEN

TISCHLERINNEN

»Die Tradition von Frauen im Handwerk damals und heute«
Bundesweites Tischlerinnentreffen vom 7. bis 9.2.1991 in der Frauenbildungsstätte Anraff – Edertal e.V.
Anmeldungen schriftlich erbeten an
Franziska Leonhardt
Muhliusstr. 49 · 2300 Kiel 1
bis spätestens 31.1.1992

FRAU & ARBEIT

Treffpunkt für Selbständige
Ref. Anke Duwe
12. Nov. 91, 19.30-22 Uhr
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – erst planen, dann beantragen...
Ref. Gila Otto, Dette Alfert
13. Nov. 91, 18-21 Uhr
Gebühr: 10 DM
Ich bin gut – und teuer?
Ref. Petra Beyer, Rita Lassen
16. Nov. 91, 10 bis 16 Uhr
Gebühr: 50 DM
Anmeldung & Information:
Frau und Arbeit e.V.
Grindelallee 43
2000 Hamburg 13
☎ (0 40) 44 49 60

SONSTIGES

BODENSEE

Sozialpolitische Tage
Vom 14. bis 17. November 1991 in Wasserburg. Ausgehend von den noch immer in vielen Bereichen unabsehbaren Folgen der deutsch-deutschen Vereinigung soll auf dieser Tagung eine Bestandsaufnahme sozialpolitischer Veränderungen in der Bundesrepublik erfolgen, eine perspektivische Konzeption einer gesamtdeutschen Sozialpolitik in Umrissen entworfen werden, der Frage nachgegangen werden, welche konkreten Maßnahmen und Schritte notwendig sein werden, um die Menschen in den neuen Bundesländern nicht weiterhin als Deutsche zweiter Klasse erscheinen zu lassen. Auch ein Zusammenschluß sozialpolitischer Personen und Gruppen wie die AG SPAK kann sich den dringenden und teilweise noch unlösbar erscheinenden Problemen, wie sie durch die Vereinigung geschaffen wurden, nicht entziehen. Daher soll die Tagung ein Versuch sein, übergreifend eine Haltung zu einer sozialpolitischen Diskussion in der »neuen« Bundesrepublik herzustellen.
Anmeldung & Information:
AG SPAK Bundesgeschäftsstelle
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2
☎ (0 89) 77 40 77

TRIER

Anti-Klerikale Woche
Sie soll tatsächlich stattfinden im heiligen Trier, die Anti-Klerikale Woche und zwar vom 16. bis 24. Dezember 1991.
Von Euch erwarten wir Unterstützung *in jeder Hinsicht: Mitarbeit, Öffenlichkeitsarbeit, Knete und was es sonst noch gibt.*
Und es ist dringend notwendig, aufzustehen gegen den weltweiten reaktionären Schwachsinn, der den kritischen Gesit vernebeln soll. Wir sollen physisch und geistig ins Mittelalter zurückgebombt werden, damit die Menschen wieder Material seien in Gottes gnädiger Hand. Frauen werden wieder zum ES und einfache Gemüter in der Hand des Klerus zu Vollstreckern der religiösen Schwerverbrecher.
Noch mag es denkende Kreaturen geben, die glauben das alles sei nur Spuk. Doch spätestens dann, wenn auch hier in Germoney die Frauen wieder verschleiert rumlaufen (das muß nicht physisch sein) und in den Schulen das Gebet der Familie gepredigt wird, werden auch diejenigen aufwachen und die Abtreibung wieder bei irgendwelchen Quacksalbern vornehmen lassen.
Die Anti-Klerikale Woche wird vorbereitet durch die BUNTE LISTE , den ArbeiterInnenkulturverein, die FreidenkerInnen Trier und durch die AKAZ Morbach (Anti-Kerikale-Zelle)
Kontakt: AKAZ
Birkenfelderstr. 13
5552 Morbach
☎ (0 65 33) 53 54

RADIO

FREIBURG

Aus-Fortbildungsprogramm
Werkstatt:
RadioEXperiMental
Die Werkstatt RadioEXperiMental bietet ein Forum, in dem spielerisch, in gemeinsamer Auseinandersetzung, die Möglichkeiten des Mediums Hörfunk ausgelotet werden können. In diesem Arbeitsprozeß können konventionelle Hörformen/Hörgewohnheiten radikal bewußt werden. Gleichzeitig besteht die Chance, zu neuen Kommunikationsformen jenseits des einseitigen HörerInnen-Verhältnisses vorzustoßen.
RadioEXperiMental ist so konzipiert, daß die jeweiligen Schwerpunkte von TeilnehmerInnen für ein Wochenende gemeinsam ausgewählt werden.
Konzeption und Ansprechpartnerin für RadioEXperiMental: Ulrike Werner, Kulturredaktion.
Begrenzt auf 10 TeilnehmerInnen.
Freitag, 29. November bis Sonntag, 1. Dezember 1991
Einführungs-Workshop
Freitag, 6. bis Sonntag, 8. Dezember 1991
Werkstatt: Debatte und Gesprächsführung
Donnerstag, 12. Dezember 1991
Nähere Infos:
Radio Dreyeckland:
Karlheinz Grieger
Adlerstr. 12
7800 Freiburg
☎ (07 61) 3 04 07

AG SPAK

Politische Selbstorganisation
Ein Thema für sozialpolitische Gruppen in Ost und West?
Vom 29. November bis 1. Dezember 1991 in Wasserburg am Bodensee.
Wir wenden uns an sozialpolitisch interessierte Personen, die sich zu den Themen
- Selbstorganisation · Kooperation · Vernetzung

Gedanken machen. Welche Vorstellungen und Ideen gibt es dazu in den Bereichen
- Jugend(initiativen)
- Arbeitslosigkeit
- Kulturelle und politische Bildung

Es geht uns um einen Erfahrungaustausch von Ost und West, der nicht bestimmt ist durch den Transfer von westlichen Knowhow, sondern von der Eigeninitiative und Gegenseitigkeit. Ziel ist es konkretere Formen der Selbstorganisation »von unten« zu entwickeln.
Anmeldung: Dieter Koschek
Gasthof Eulenspiegel
Hauptstr. 99 · 8992 Wasserburg

... hinein in die Kommunalpolitik. Denn dort existiert zuviel Altparteienfilz, zuviel tagespolitisches Klein-Klein, zuwenig ökologisches und soziales Bewußtsein. Als grün-alternatives Zeitschriftenprojekt zeigen wir neue – bessere – Wege auf.
Die AKP berichtet laufend in Schwerpunkten über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr, Frauenpolitik usw.
Ein Nachrichten- und Magazinteil, sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

* * *

Die AKP erscheint 6-mal in Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 8,- DM (zzgl. 1,50 Versand), das Abo gibt es portofrei für 48,- DM. Auslandsabos kosten 55,- DM. Bestellkatalog oder kostenloses Probeheft anfordern:

Redaktion und Vertrieb:
ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(0521/177517)

Fachzeitung für grüne und alternative Kommunalpolitik

BUKO-SEMINAR

»Utopie einer anderen Weltwirtschaftsordnung«

vom 10. bis 12.1.1992 in Niederkaufungen (bei Kassel)

»Der Sozialismus ist nicht tot. Es gab ihn noch gar nicht. Dies ist vielmehr der erste Tag seines künftigen langen Lebens.« (Eduardo Galeano, Uruguay 1990)

Spätestens seit der IWF-Kampagne taucht in Aufrufen immer wieder die Forderung nach eine »anderen Weltwirtschaftordung« auf. Doch bisher ist niemand in der Lage, über ein paar spärliche, meist reformistische Ansätze hinaus, zu erklären, was eigentlich damit gemeint ist und wie diese andere Weltwirtschaftsordnung aussehen soll. Diesen »weißen Fleck« mit Inhalten zu füllen, bedarf einer intensiven Diskussion.

Nach einem ersten Seminar im April 1991, wo die notwendigen Diskussionsstränge bestenfalls angerissen werden konnten, wollen wir, der Koordinierungskreis für Weltwirtschaft und Verschuldung des BUKO (KOWV), jetzt ein Folgeseminar veranstalten.

Anknüpfend an Themenvorschläge vom letzten Seminar entstanden Überlegungen zu den nun folgenden, auf welche erste Fragen zu einem systematischen Ansatz angegangen werden sollen. Ausgegangen wird von essentiellen Begriffen, die im Zusammenhang mit Weltwirtschaft immer wieder auftauchen und vorab der Klärung bedürfen, wie z.B. Arbeit – wofür arbeitet der Mensch; welches Menschenbild impliziert eine andere Weltwirtschaftsordnung. Von diesen Grundlagen aus soll übergegangen werden zum Aufbau von Betrieben, überbetriebliche Strukturen bis hin zur Organisation auf regionaler Ebene.

Themen des Seminars:
- Die Funktion von Utopien
- *Ziele einer anderen Weltwirtschaftsordnung* – Kritik an der jetzigen Weltwirtschaftsordnung
- Allgemeine Merkmale einer anderen Weltwirtschaftsordnung – Kritik an der realsozialistischen Planwirtschaft
- Wirtschaftsdemokratie – Wie kann – zunächst auf regionaler Ebene – eine demokratische Wirtschaft organisiert sein und welchen Stellenwert haben dabei Markt und Plan.

Dies ist der Anfang einer systematischen Diskussion, die auf weiteren Seminaren zu Aussagen über globale Wirtschaftsstrukturen führen soll.
Anmeldung:
BUKO-Geschäftsstelle
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 39 31 56

KULTUR

Kulturelle Identität – ein Thema für die Jugendkulturarbeit
17. bisa 19.11.91, Akademie Remscheid
Information:
☎ (0 21 91) 7 94-1
Fortbildung zum Arbeits- und Sozialrecht, Teil 2
18. bis 19.11.91, Tagungshaus »Neues Alter«, Hattingen
LAG soziokultureller Zentren NRW e.V.
Information:
(02 51) 51 84 75
4. Remscheider Computerforum: Computer International
21. bis 22.11.91, Akademie Remscheid
Information:
☎ (0 21 91) 7 94-1
Grafische Gestaltung von Werbematerial. Mehr als modernes Face-Lifting
28. bis 29.11.91
Heinrich-Rabbich-Haus, Essen
LAG Kulturpädagogische Dienste
Information:
☎ (0 23 03) 6 93 24
Europäische Kulturarbeit
29.11. bis 1.12.91, Zeche Carl, Essen
Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren
Information:
☎ (02 01) 35 02 81

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).